

# Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 23. Januar 2024

[www.epd.de](http://www.epd.de)

**Nr. 4-5**

## ■ Zwischen Paternalismus und Partizipation

Sinti\* und Roma\* in Geschichte und Gegenwart kirchlicher Sozialarbeit

Fachtagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen

Nürnberg, 24. bis 25. November 2023

### Impressum

Herausgeber und Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH  
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,  
60439 Frankfurt am Main.  
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:  
Direktor Jörg Bollmann  
Verlagsleiter:  
Bert Wegener  
epd-Zentralredaktion:  
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:  
Verantwortlicher Redakteur:  
Uwe Gepp  
Tel.: (069) 58 098 -135  
Fax: (069) 58 098 -294  
E-Mail: [doku@epd.de](mailto:doku@epd.de)

Der Informationsdienst  
epd-Dokumentation dient der  
persönlichen Unterrichtung.  
Nachdruck nur mit Erlaubnis und  
unter Quellenangabe.  
Druck:  
Strube Druck & Medien GmbH  
Stimmerswiesen 3  
34587 Felsberg

## ■ Zwischen Paternalismus und Partizipation

Sozialarbeit ist ein bedeutendes Handlungsfeld, in dem Sinti\* und Roma\* mit kirchlichen Institutionen als Bündnispartner im Kampf gegen Ausgrenzung und für gleichberechtigte Teilhabe in Berührung kommen. Sie ist aber auch ein Brennpunkt, in dem sie Verfolgung, Diskriminierung und Paternalismus ausgesetzt waren und bis in die Gegenwart sind. Unter dem Titel *Zwischen Paternalismus und Partizipation* widmete sich deshalb die Jahrestagung 2023 des Netzwerks Sinti

Roma Kirchen der Geschichte und Gegenwart kirchlicher Sozialarbeit.

(...)

Ziel der Fachtagung war es, Entwicklungen der kirchlichen Haltung gegenüber Sinti\* und Roma\* im Wandel der Zeit, vor allem aber auch Kontinuitäten von der NS-Zeit bis heute aufzuzeigen. Vor diesem Hintergrund wollten wir den Blick in die Gegenwart richten: Wie können wir Antiziganismus und Paternalismus in der Sozialen Arbeit jetzt und zukünftig entgegentreten? Wo sind Ansätze echter Partizipation zu finden, die als Hand-

lungsempfehlungen dienen können?

In der Vorbereitung wurde rasch deutlich, dass die vorhandenen Veröffentlichungen zum Thema nur den Bruchteil eines Feldes abdecken, das es im Grunde noch zu bearbeiten gilt. Auf diesen Arbeiten aufbauend hoffen wir, mit den Beiträgen der Fachtagung einen Teil zur Sondierung des Feldes beizutragen.

*(Jakob Mirwald, Jessica Severin und Dr. Christian Staffa, Evangelische Akademie zu Berlin für das Netzwerk Sinti Roma Kirchen im Kompetenznetzwerk Antiziganismus, S. 5f.)*

---

### Quellen:

#### Zwischen Paternalismus und Partizipation Sinti\* und Roma\* in Geschichte und Gegenwart kirchlicher Sozialarbeit

Fachtagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen  
Nürnberg, 24. bis 25. November 2023

**Inhalt:**

**Zwischen Paternalismus und Partizipation  
Sinti\* und Roma\* in Geschichte und Gegenwart kirchlicher Sozialarbeit  
Fachtagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen  
Nürnberg, 24. bis 25. November 2023**

---

▶ Jakob Mirwald, Jessica Severin, Dr. Christian Staffa: Vorwort	5
▶ Marcella Reinhardt: Grußwort	8
▶ Christian Kopp: Grußwort	10
▶ Dr. Ludwig Schick: Grußwort	11
▶ Natalie Reinhardt: Die Macht des »Helfens«: Strukturen der Ausgrenzung in der Sozialen Arbeit	13
▶ Michael Helmbrecht: Wer eigentlich sind die Gegner und wer die Partner? Kommentar zu »Die Macht des »Helfens«: Strukturen der Ausgrenzung in der Sozialen Arbeit«	18
▶ Valerie Judith Mitwali: Beziehungsstatus: belastet. Versuch einer Verhältnisbestimmung zwischen Kirche und Minderheit in antiziganistischer Gegenwart	22
▶ Hanna Blumenthal: (K)eine Versöhnung ohne Aufarbeitung? Kommentar zu »Beziehungsstatus: belastet. Versuch einer Verhältnisbestimmung zwischen Kirche und Minderheit in antiziganistischer Gegenwart«	34
▶ Rainer Burger, Thomas Höhne, Jeany Poschauko-Seitz: Zur Situation geflüchteter ukrainischer Roma* in Bayern	38
▶ Johanna Albers, Josefin Olsson: Herausforderungen kirchlicher Sozialarbeit heute	40
▶ Johanna Smith: Erfahrungen, Hürden und Fallstricke in der kirchlichen Sozialarbeit mit zugewanderten Roma*	43
▶ Renate Melis: Aufsuchende Sozialarbeit am Beispiel des Projekts Teilhabe von Roma* in Stuttgart	46
▶ Maria Macher: Erfahrungen aus der Bildungsarbeit über Nationalsozialismus und Rassismus gegen Sinti* und Roma*	47
▶ Tayo Awosusi-Onutor: JOKESI Club – das erste deutschsprachige Kinderbuch mit romani und sinti Charakteren als Heldinnen der Geschichte	50

▶ Dr. Hans Hesse (Mitarbeit Kevin Kyburz-Fischer): Identität – Religion – »Rasse« – Verfolgung Die Geschichte von Mariechen	51
▶ Anna Reinöhl, PD Dr. Yvonne Robel: Kirchliche Sozialarbeit und Wohnpolitik in westdeutschen Großstädten	55
▶ Mikuláš Vymětal: Kirche für und mit Roma* in Tschechien	64
▶ René Ferko: Eine Vision für Roma* in Tschechien	67
▶ Dr. Carla Hagen: Antiziganismus in katholischen Institutionen der Schweiz	68

## Vorwort

*Jakob Mirwald, Jessica Severin und Dr. Christian Staffa, Evangelische Akademie zu Berlin für das Netzwerk Sinti Roma Kirchen im Kompetenznetzwerk Antiziganismus*

Sozialarbeit ist ein bedeutendes Handlungsfeld, in dem Sinti\* und Roma\*<sup>1</sup> mit kirchlichen Institutionen als Bündnispartner im Kampf gegen Ausgrenzung und für gleichberechtigte Teilhabe in Berührung kommen. Sie ist aber auch ein Brennpunkt, in dem sie Verfolgung, Diskriminierung und Paternalismus ausgesetzt waren und bis in die Gegenwart sind. Unter dem Titel *Zwischen Paternalismus und Partizipation* widmete sich deshalb die Jahrestagung 2023 des Netzwerks Sinti Roma Kirchen der Geschichte und Gegenwart kirchlicher Sozialarbeit.

Für das Thema gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte, die hier nur cursorisch genannt seien. Dazu gehört die Initiierung neuer »Stolpersteine« zum Gedenken an Minderheitenangehörige, die von der kirchlichen Wohlfahrt ausgeliefert und vom NS-Regime ermordet wurden. Von der Mehrheitsgesellschaft oft übersehen, gab es in den 1970er und frühen 1980er Jahren vehementen Widerstand der Bürgerrechtsbewegung von Sinti\* und Roma\*. Von der Relevanz des Themas zeugen aktuell auch viele Anfragen an Selbstorganisationen, in denen Wohlfahrtseinrichtungen um Unterstützung für den Umgang mit aus der Ukraine geflüchteten Roma\* bitten.

Ziel der Fachtagung war es, Entwicklungen der kirchlichen Haltung gegenüber Sinti\* und Roma\* im Wandel der Zeit, vor allem aber auch Kontinuitäten von der NS-Zeit bis heute aufzuzeigen. Vor diesem Hintergrund wollten wir den Blick in die Gegenwart richten: Wie können wir Antiziganismus und Paternalismus in der Sozialen Arbeit jetzt und zukünftig entgegenreten? Wo sind Ansätze echter Partizipation zu finden, die als Handlungsempfehlungen dienen können?

In der Vorbereitung wurde rasch deutlich, dass die vorhandenen Veröffentlichungen zum Thema nur den Bruchteil eines Feldes abdecken, das es im Grunde noch zu bearbeiten gilt.<sup>2</sup> Auf diesen Arbeiten aufbauend hoffen wir, mit den Beiträgen der Fachtagung einen Teil zur Sondierung des Feldes beizutragen.

Neben wissenschaftlichen Erörterungen gehören dazu Erfahrungen und Berichte aus der Praxis. Die in dieser Publikation gesammelten Texte spiegeln die heterogenen Beiträge der Fachtagung wider. Sie können aber deren beiden Blickrich-

tungen zugeordnet werden: einerseits in die Vergangenheit und andererseits zu den aktuellen Herausforderungen kirchlicher Sozialarbeit.

In ihrem Eröffnungsvortrag skizziert Natalie Reinhardt, die Vorstandsvorsitzende der Landesvertretung deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg – SintiPower Club e. V., anhand von Fallbeispielen Strukturen der Ausgrenzung in der Sozialen Arbeit. Das organisierte Helfen beschreibt sie als Kontrollsystem und Machtinstrument von Kirche und Staat mit dem Ziel, eine bürgerliche Gesellschaftsordnung zu erhalten, während Unterstützungsleistungen aus der Community selten beachtet und honoriert werden. Michael Helmbrecht, Hochschullehrer für Soziale Arbeit an der TH Nürnberg, warnt in seinem Kommentar zu den Ausführungen Reinhardts hingegen vor einer pauschalen Verurteilung Sozialarbeitender. Er betont, in Lehre und Ausübung Sozialer Arbeit gebe es Entwicklungen hin zu einer solidarischen Praxis gemeinsam mit den Betroffenen. Dazu gehöre auch, deren Rechte einzufordern, statt ihnen nur mit fürsorglichem Wohlmeinen zu begegnen.

Einige Impulsvorträge im Rahmen der Arbeitsgruppen und Workshops verhandeln weitere Gesichtspunkte und Problemfelder (kirchlicher) Sozialarbeit heute. So berichten Rainer Burger, Thomas Höhne und Jeany Poschauko-Seitz vom Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Bayern e.V. in ihrer Darstellung der Situation geflüchteter ukrainischer Roma\* in Bayern von Praktiken der Segregation sowie von antiziganistischen Ressentiments und Stereotypen. Diese seien sowohl durch Medien als auch durch Helfende verbreitet worden.

Die Streetworkerin Renate Melis vom Diakonischen Werk Württemberg gewährt einen Einblick in ihren Arbeitsalltag. Zugleich beschreibt sie die Ausgrenzungserfahrungen und die desaströsen Lebensbedingungen von Roma-Familien aus Rumänien auf den Straßen Stuttgarts.

Um zugewanderte Roma\* geht es auch in dem Beitrag von Johanna Smith vom Diakonischen Werk Dortmund und Lünen. Sie stellt einen bedarfsorientierten, trägerübergreifenden Handlungsansatz vor, der versucht, den neu nach Dortmund Zugewanderten oder Geflüchteten

passende Hilfsangebote zu machen. Smith benennt auch die Fallstricke der aktuellen Praxis Sozialer Arbeit und geht dabei auf die Ethnisierung von Problemlagen sowie auf spezifische Angebote ausschließlich für Angehörige der Community ein. Johanna Albers und Josefin Olsson von der Diakonie Hasenberg in München erkennen die Problematik von communityspezifischen Angeboten zwar an, betonen aber auch die positive Resonanz aus der Minderheit für ihre Einrichtung *Drom – Sinti & Roma*.

Erfahrungen aus der Bildungsarbeit über Nationalsozialismus und Rassismus gegen Sinti\* und Roma\* vermittelt Maria Macher vom Diakoniewerk Simeon in Berlin. Eindrucksvoll schildert sie ein Projekt der »Stadtteilmütter«, einer Gruppe von Müttern mit Migrationshintergrund, die gemäß einem Peer-to-Peer-Ansatz andere Mütter zu Familienthemen beraten und unterstützen. Im Rahmen einer Kooperation mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste setzen sie sich mit der nationalsozialistischen Geschichte Deutschlands auseinander.

Die Musikerin und Aktivistin Tayo Awosusi-Onutor von RomaniPhen e.V. blickt in ihrem Text zurück auf die Lesung aus ihrem Buch *JOKESI Club*, dem ersten deutschsprachigen Kinderbuch, dessen Heldinnen Sinti\* und Roma\* sind. Sie erinnert sich an den lebhaften Austausch mit Teilnehmenden der Netzwerktagung über die Darstellung von Sinti\* und Roma\* in den Medien sowie über die Bedeutung von Own-Voices-Büchern.

Eine systematisch-theologische Perspektive bietet die Keynote von Valerie Judith Mitwali von der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. Darin wagt sie eine kritische Bestimmung des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und Minderheit in antiziganistischer Gegenwart. Einen Kommentar zu Mitwalis Vortrag liefert Hannah Blumenthal – ebenfalls von der Ruhr-Universität Bochum –, die die evangelische Seite in den Fokus rückt und Möglichkeiten einer Versöhnung untersucht.

Der Historiker Dr. Hans Hesse zeichnet das kurze Leben von Mariechen Franz (1927–1944) nach und legt dar, wie Zuschreibungen und Deutungen ihrer Identität und »Rasse« ihr Schicksal in der NS-Zeit bestimmten.

Anna Reinöhl von der Universität Hamburg und PD Dr. Yvonne Robel von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg interessiert die Wohnpolitik westdeutscher Großstädte der 1970er

und 1980er Jahre. Sie steht beispielhaft für die Beständigkeit von Ausgrenzung der Minderheit. Kirchliche Akteur\*innen spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Lohnenswert ist auch der Blick ins benachbarte Ausland. Die Situation der Roma\* in Tschechien und ihre Entwicklung schildern die beiden Pfarrer Mikuláš Vymětal und René Ferko, die von der Arbeit in ihren Gemeinden für und mit Roma\* erzählen. Der Beitrag von Dr. Carla Hagen von der Universität Bern führt uns in die Schweiz und analysiert den Antiziganismus katholischer Institutionen, die bis in die 1970er Jahre hinein versuchten, durch die Praxis von Kindeswegnahmen die Lebensweise der Jenischen zu zerstören.

Alle Beiträge der Referierenden wurden auf der Netzwerktagung intensiv und teils kontrovers diskutiert. Der Werkstattcharakter der Tagung zeigte sich in der abschließenden Podiumsdiskussion, die anhand der Ergebnisse aus den einzelnen Arbeitsgruppen und Workshops auslotete, wie sich das nach 1945 geschehene Unrecht an den Sinti\* und Roma\* aufarbeiten lässt.

Die Unabhängige Kommission Antiziganismus forderte in ihrem Bericht bereits 2021, eine weitere – spezifische – Kommission für diese notwendige Aufarbeitung einzusetzen.<sup>3</sup> Erste Schritte dazu wurden von staatlicher Seite schon unternommen: Auf Initiative des Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland, Dr. Mehmet Daimagüler, werden zurzeit Inhalte und Kriterien für eine solche Kommission erörtert. Doch eine so komplexe Täterschaft sollte auf unterschiedlichen Ebenen aufgearbeitet werden, vielleicht auch in unterschiedlichen Formaten und unter Umständen mit thematischen oder regionalen Schwerpunkten. Neben der Bundes- und der Länderebene und unterschiedlichen Institutionen (Polizei, Justiz, öffentliche Verwaltung etc.) sind in diesem Zusammenhang nicht zuletzt kirchliche Handlungsfelder zu nennen.

Besonderes Augenmerk muss dabei auf die Institutionen kirchlicher Sozialarbeit gerichtet werden. Der enorme Bedarf an Aufarbeitung zeigt sich in der Auseinandersetzung mit der außerordentlich paternalistischen und somit diskriminierenden karitativen Arbeit von Akteur\*innen wie der katholischen Sozialreferentin Silvia Sobek<sup>4</sup>, die für kirchliches Handeln in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts maßgeblich waren. In erster Linie geht es jedoch nicht darum, individuelle Schuldige aufzuspüren, auch wenn konkrete Na-

men genannt werden müssen. Vielmehr sollte der Blick auf die strukturelle Ebene gelenkt werden.

Dass neben den großen Wohlfahrtsverbänden Caritas und Diakonie auch viel kleinere Organisationen zur Weiterführung antiziganistischer Strukturen beitragen, lässt sich am Umgang mit Minderheitenangehörigen in der Wohnungspolitik veranschaulichen. So waren kirchliche Wohlfahrtsakteur\*innen sozialarbeiterisch in die Umsetzung von städtischen Wohnprojekten der 1970er und 1980er Jahre eingebunden. Dabei fungierten sie als Expert\*innen im Umgang mit Minderheitenangehörigen, häufig als paternalistische Vermittlerinstanz zwischen Minderheit und staatlichen Akteur:innen. Dass dies keineswegs als abgeschlossenes Kapitel aus vergangenen Zeiten zu betrachten ist, zeigt sich daran, dass in den damals geschaffenen Wohnprojekten auch heute noch Minderheitenangehörige leben. Häufig wurden keine ordentlichen Miet- oder gar Eigentumsverhältnisse geschaffen, obwohl die Entschädigung für die Vertreibung und das begangene Unrecht in der NS-Zeit ein Leitgedanke dieser Wohnprojekte war.

Lässt sich in diesem Beispiel eine unmittelbare historische Kontinuitätslinie ziehen, kann man dies unter anderen Vorzeichen auch im Umgang mit neu zugewanderten oder geflüchteten Roma\* aufzeigen. Sie wurden sowohl in der Vergangenheit – im Rahmen von Fluchtbewegungen zur Zeit der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren – oft wie Geflüchtete zweiter Klasse behandelt und werden es auch ganz aktuell im Zuge des Krieges in der Ukraine.

Doch wie können die antiziganistischen Kontinuitätslinien in der Sozialen Arbeit durchbrochen werden? Ein Schlüssel dafür kann die kritische Auseinandersetzung der kirchlichen Institutionen mit dem eigenen Handeln, die Anerkennung des Unrechts sein. Voraussetzung dafür ist ein Wechsel der Perspektive, denn die Stimmen der Betroffenen müssen im Zentrum der Aufarbeitung stehen. Das Geschehene sollte aus ihrem Blickwinkel betrachtet werden. Das Konzept und die Kriterien dieser Auseinandersetzung können sich nur an den Bedürfnissen der Community orientieren.

Dennoch kann der Impuls und die Verantwortung zur Aufarbeitung nicht den Selbstorganisationen übertragen werden. Dieser Ball liegt im Feld der mehrheitsgesellschaftlich dominierten Institutionen: Sie müssen bereit sein, sich dem eigenen

antiziganistischen Handeln in Vergangenheit und Gegenwart zu stellen und unter Einbeziehung der Minderheitenangehörigen zu überwinden. Die kirchlichen Akteur\*innen müssen sich das Vertrauen der Community dafür erarbeiten, nicht unter einem vorschnell erwünschten Vorzeichen der Versöhnung, nicht zum Selbstzweck, sondern um eine Umkehr anzustoßen. Das muss im Miteinander und auf Augenhöhe geschehen, wie es im Netzwerk Sinti Roma Kirchen Praxis ist und von der EKD in ihrer Solidaritätserklärung mit der Minderheit im Januar 2023 als Ziel verankert wurde.

Wir danken allen Referierenden und Teilnehmenden der Jahrestagung 2023 des Netzwerks Sinti Roma Kirchen für die Beiträge, Impulse und Diskussionen und freuen uns, die Ergebnisse der Betrachtungen in die weitere Arbeit des Netzwerks einzubinden. Der Austausch war eine enorme Bereicherung und kann als wichtiger erster Schritt betrachtet werden, mit dem die zukünftige Auseinandersetzung in Angriff genommen werden kann.

#### **Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Wir verwenden in diesem Text das Wortpaar mit Genderstern, um damit alle Angehörigen der Minderheit unabhängig ihrer Geschlechteridentität zu bezeichnen. Die folgenden Texte der Referierenden sind sprachlich nicht redaktionell vereinheitlicht, sondern sollen gerade in ihrer Heterogenität die vielfältigen vertretenen Perspektiven darstellen. Dies zeigt sich auch im Umgang mit der rassistischen Fremdbezeichnung: Mancherorts wird diese als historischer Quellenbegriff in Zitaten mit Anführungszeichen kenntlich gemacht, anderenorts durchgestrichen, um der antiziganistischen Bedeutung zu widersprechen, aber gleichzeitig die historische Bedeutungszuschreibung sichtbar zu machen.

<sup>2</sup> Als Ausgangspunkt sind u.a. folgende maßgebliche Arbeiten zu nennen: der von Wolfram Stender herausgegebene Sammelband »Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis« (2016), die Dissertation von André Lohse »Antiziganismus und Gesellschaft. Soziale Arbeit mit Roma und Sinti aus kritisch-theoretischer Perspektive« (2015) sowie der 3. Gleichbehandlungsbericht des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma »Antiziganismus in der Verwaltung und in der Sozialen Arbeit« (2020).

<sup>3</sup> Allein die Problematik des Wordings zeigt die Komplexität dieser Aufgabe. Die Bezeichnung als »Wahrheitskommission« legt einen starken Fokus auf »Wahrheit« und birgt die Gefahr, dass wenn diese im ersten Schritt nicht anerkannt wird, alle weiteren unabdingbaren Schritte einer Aufarbeitung wie Erinnerung, Gerechtigkeit, Entschädigung und die Sicherstellung, dass das Unrecht nicht wiederholt wird, nicht folgen können. Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass die Reflektion über die Begrifflichkeiten Teil des Aufarbeitungsprozesses sein muss.

<sup>4</sup> Siehe Valerie Judith Mitwalis Beitrag.

## Grußwort

*Marcella Reinhardt, Vorstandsmitglied im Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Bayern e.V.*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich heute das Grußwort für den bayerischen Landesverband Deutscher Sinti und Roma sprechen darf. Zuerst möchte ich Ihnen herzliche Grüße von unserem ersten Vorsitzenden Erich Schneeberger ausrichten, der heute leider terminlich verhindert ist. Der Vorsitzende und der gesamte Vorstand des Landesverbands bedanken sich bei allen, die bei der Vorbereitung der Jahrestagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen mitgewirkt haben und begrüßt ausdrücklich deren thematische Ausrichtung. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart der Sozialen Arbeit ist zwingend notwendig. Aus der Perspektive der Selbstorganisationen wie des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und der ihm angeschlossenen Landesverbände wurde diese Auseinandersetzung schon vor Jahrzehnten begonnen. Sie war Teil der Bürgerrechtsarbeit.

Bereits 1981 veröffentlichte die Zeitschrift »Pogrom« der Gesellschaft für bedrohte Völker einen Artikel von Ranco Brantner, Anton Franz und Romani Rose, die sich darin sehr kritisch zu den Tätigkeiten der katholischen Sozialreferentin Silvia Sobeck und des Priesters Achim Muth äußerten. Die Art und Weise, wie die beiden über Sinti\* und Roma\* geschrieben haben, ist aus heutiger Sicht kaum zu fassen. Achim Muth sprach allen Sinti\* und Roma\* ab, eine eigene Persönlichkeit entwickeln zu können, und unterstellte ihnen eine »moralische Labilität« und »mangelnde Willensstärke«. Silvia Sobeck verbreitete 1975 auf dem Evangelischen Kirchentag ihre Ansicht, dass Sinti\* und Roma\* »vom Wesen her wie Kinder konzipiert sind«. Ich verzichte hier gerne auf längere Zitate, weil der darin enthaltene Antiziganismus unerträglich ist. Diese Einstellungen, die in veränderter Form teilweise bis in die Gegenwart fortwirken, müssen aufgearbeitet werden. Was wir aber bei dieser Rückschau nicht vergessen sollten, sind auch die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die immer schon auf Augenhöhe mit Sinti\* und Roma\* zusammengearbeitet und viele von ihnen jahrelang unterstützt haben. Insbesondere sind da Werner Stricker für die Stadt Nürnberg und Uta Horstmann für den Münchner Raum zu nennen. Uta Horstmann hat sich in der Gedenkstätte Dachau am Hungerstreik

der Sinti\* an Ostern 1980 beteiligt und damit auch einen bedeutenden Beitrag für die Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti\* und Roma\* geleistet.

Wenn wir uns nun der Gegenwart zuwenden, dann sehe ich ganz entscheidende Impulse durch die Einrichtung der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, deren Bericht unter dem Abschnitt »Institutioneller Antiziganismus« auch ein Kapitel zu »Sozialarbeiterischem Antiziganismus« enthält. Dazu gibt es noch eine eigene Studie über Rassismuserfahrungen von Sinti\* und Roma\* in Deutschland, in der auch die Erfahrungen im Bereich der Sozialen Arbeit untersucht werden. Hier wurde insbesondere die Verweigerung von Dienstleistungen, die den Menschen gesetzlich zustehen, als typisches Merkmal für den Antiziganismus in der Sozialen Arbeit genannt. Die Liste der Empfehlungen, die am Ende dieser Studie steht, ist zu lang, um sie in einem Grußwort vorzulesen. Doch ein Punkt liegt mir besonders am Herzen: die Förderung und Einrichtung von Antidiskriminierungsbüros in Selbstorganisationen für Beratung, Begleitung und Dokumentation rassistischer Vorfälle gegen Sinti\* und Roma\*. Der hier geltende Vorrang der Förderung für die Selbstorganisationen gilt meiner Meinung nach auch ganz grundsätzlich für alle Förderungen im Arbeitsfeld Antiziganismus und in der Arbeit mit Sinti\* und Roma\*. Es darf nicht sein, dass sich bereits etablierte Verbände und Organisationen der Mehrheitsgesellschaft Gelder sichern und wir nur als Mittel zum Zweck dienen.

Der Landesverband Bayern erhält seit diesem Jahr eine Förderung von »Respektland« für eine Antidiskriminierungsberatung im Kontext Antiziganismus, in der hauptsächlich Angehörige der Minderheit tätig sind, die sich berufsbegleitend zur Antidiskriminierungsberaterin bzw. zum Antidiskriminierungsberater ausbilden lassen. Diese Arbeit führt professionell das weiter, was ich und viele von uns Aktivist\*innen in den Selbstorganisationen jahrelang ehrenamtlich für unsere Menschen getan haben: Unterstützung bei Anträgen, Begleitung bei Behördengängen und auch Beschwerden bei der Verweigerung von Leistungen. Diese Arbeit ist unverzichtbar und die notwendige Konsequenz der antiziganistischen Diskriminierung in diesem Bereich. Zu-



gleich brauchen wir die Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Mehrheitsgesellschaft und ihren Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind. Wir merken schon jetzt, dass es einen Wandel gibt und wir solidarisch und auf Augenhöhe mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Beratungsprojekte zusammenarbeiten.

Ich wünsche mir, dass sich das auf viele Arbeitsfelder ausweitet und hoffe, dass die Jahrestagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen einen wichtigen Teil dazu beitragen wird.

Ich diesem Sinn wünsche ich uns allen eine interessante Tagung!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



## Grußwort

*Landesbischof Christian Kopp, Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Einladung, heute bei Ihrer Tagung ein Grußwort zu sprechen. Ich grüße Sie herzlich, auch im Namen unserer evangelischen Landeskirche in Bayern. Ich wünsche allen Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern interessante Begegnungen und Erkenntnisse.


Für Christinnen und Christen sind alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zutiefst unchristlich. In der alten theologischen Sprache nennen wir das Sünde, Gottlosigkeit, Gottferne. Wer bei Menschen Unterschiede macht in Bezug auf Gruppen und Nationen, kann sich nicht Christ oder Christin nennen. Die christliche Religion lehrt den Respekt und das Verständnis für unterschiedliche Lebenssituationen und Ausgangspunkte.

In diesen Tagen erleben Menschen rund um den Erdball ein Aufflammen von vermeintlich über-

wundenen oder eingedämmten Vorurteilen. Wir beobachten in Deutschland einen offen auf die Straßen getragenen Antisemitismus in kaum vorstellbarer Schamlosigkeit. Auch andere Gruppen von Menschen erleben Ausgrenzung und Gewalt.

Was hilft? Reden hilft. Tagungen helfen vielleicht. Wir müssen reden. Die Publizistin Carolin Emcke hat in vielen Veröffentlichungen darauf hingewiesen, wie wichtig gutes Zuhören gerade in diesen Zeiten ist. Zuhören können wenige. Also wirklich zuhören. Es muss immer wieder geübt werden.

Sie werden das auf dieser Tagung tun. Ich finde es sehr gut, dass Sie sich für die Prävention und die Aufarbeitung des Antiziganismus auch gerade im kirchlichen Bereich engagieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche der Tagung einen guten Verlauf. 

## Grußwort

*Erzbischof em. Dr. Ludwig Schick, Bamberg*

Sehr verehrte Damen und Herren,

gern spreche ich ein Grußwort zur Fachtagung »Zwischen Paternalismus und Partizipation. Geschichte und Gegenwart kirchlicher Sozialarbeit mit Sinti und Roma«. Selbstverständlich war und ist kirchliche Sozial-, Diakonie- und Caritasarbeit für einen jeden Menschen, der Hilfe braucht, von großer Bedeutung und muss erhalten bleiben. Dabei müssen die Minderheiten besonders berücksichtigt werden, die oft hilfsbedürftig sind. Aber weder Diakonie noch Caritas dürfen durch ihr soziales, diakonisches und karitatives Engagement in eine paternalistische Rolle verfallen. Vielmehr müssen sie dazu beitragen, dass alle Menschen und Gruppen in der Gesellschaft gleichberechtigt behandelt werden und vollumfänglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Nicht Paternalismus, sondern Partizipation ist das Ziel! Es muss auch hier der Grundsatz gelten: Hilfe zur Selbsthilfe, – oder anders formuliert: Hilfe zur freien und selbstständigen Partizipation.

Partizipation in der Gesellschaft setzt sowohl die Anerkennung der Eigenständigkeit aller Personen und Gruppen als auch die Solidarität mit allen anderen in der Gesellschaft voraus.

Besonders die Kirchen wissen oder müssten wissen, dass für eine Gesellschaft der Solidarität oder eine Zivilisation der Liebe, wie sie im theologischen Sprachgebrauch oft genannt wird, die Vielfalt von großer Bedeutung ist. Nicht in der Uniformität liegt das Wohl einer Gesellschaft, sondern in der Pluriformität. Die biblische Schöpfungsgeschichte weiß um die Vielfalt der Menschen und ihre Sozialformen und betont die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen und Gemeinschaften unabhängig von Geschlecht, Abstammung und Ethnie. Alle sind nach Gottes Bild und Gleichnis geschaffen. Aber wenn man auf die Pluriformität Wert legt, dann ist es auch wichtig, zu wissen, was die Welt im Innersten zusammenhält, wie Johann Wolfgang von Goethe es ausgedrückt hat, also zu wissen und einzufordern, was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält.

Und was ist das? In Deutschland ist es das Grundgesetz der Bundesrepublik vom 23. Mai 1949 und für die Bundesländer die jeweilige Verfassung.

Wir leben in einer Zeit der Umbrüche und der Neuorientierung. Das ist normal in der Geschichte. Solche Zeiten hat es immer gegeben. Sie erfordern aber besondere Aufmerksamkeit. Die Bibel lehrt uns: »Prüft alles und behaltet das Gute!« (1 Thess 5,21). So müssen sich Veränderungen und Wandlungen vollziehen! Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Länderverfassungen geben uns das vor, was unsere bundesrepublikanische Welt immer im Verbund mit Europa und der ganzen internationalen Weltgemeinschaft zusammenhält. Unsere Verfassung und die Länderverfassungen sind ein großer Schatz, der die Einheit in Vielfalt vorgibt. Deshalb halte ich es – besonders derzeit – für äußerst wichtig, dass sowohl das Grundgesetz als auch die Länderverfassungen bekannter und strenger eingehalten werden. Das befähigt dazu und verpflichtet zugleich, jedem Verstoß gegen die Rechte anderer, vor allem auch von Minderheiten wie Sinti\* und Roma\*, entschieden entgegenzutreten. Dabei muss gelten: »Wehret den Anfängen!« Aber das konkrete Einschreiten gegen Verstöße genügt nicht. In Zeiten des Wandels und der Veränderung ist es wichtig, dass die Grundlagen nicht aus dem Bewusstsein verschwinden. Wenn wir die Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger entsprechend den Grundrechten bewahren wollen, dann ist es wichtig, dass alle, die in der Bundesrepublik leben, das Grundgesetz und die Verfassung des jeweiligen Bundeslandes kennen und achten. Daran mangelt es zurzeit! Deshalb bin ich sehr dafür, dass die alte Tradition in Bayern wieder uneingeschränkt aufgenommen wird, jeder Schülerin und jedem Schüler eine Verfassung zu schenken. Das sollte für alle Bundesländer gelten. Ich stelle mich auch hinter die Forderung im Koalitionsvertrag der CSU und der Freien Wähler in Bayern, eine »wöchentliche Verfassungsviertelstunde« einzuführen. Sie sollte in allen Bundesländern, in allen Schulzweigen, auch den Berufsschulen, in die Lehrpläne verpflichtend eingebaut werden, aber mit mehr als einer Viertelstunde. Ebenso muss im Rahmen aller Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete und Migrant\*in-nen das Grundgesetz vermittelt werden.

Unser Grundgesetz und die Verfassungen der Länder sind gut. Sie garantieren eine freiheitliche Demokratie, eine rechtsstaatliche Ordnung und eine soziale, humane Gesellschaft. Dafür verlangen sie Partizipation und lehnen Paternalismus ab. So entsteht eine Gesellschaft, in der Einigkeit

und Recht und Freiheit herrschen, wie es die deutsche Nationalhymne ausdrückt, und so wird sie aufrechterhalten. Darin werden Einheit bei Achtung derselben Rechte und Freiheit für alle und die solidarische Partizipation aller an den Freuden und Nöten der Gesellschaft eingefordert.

Zum Schluss: Meine Erfahrungen mit Sinti\* und Roma\* sind von Kindheit an sehr positiv. Ich habe sowohl die Musik und die Tänze als auch das soziale Leben, die religiösen und ethischen Einstellungen der Sinti\* und Roma\* als Bereicherung wahrgenommen. Sinti\* und Roma\* sollten

eigenständig und verantwortungsbewusst am Gemeinwohl in der Bundesrepublik und überall partizipieren können.

In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung hier in Nürnberg, dass sie diesem Anliegen dient: nicht Paternalismus, sondern Partizipation durch die kirchliche Sozialarbeit auch für Sinti\* und Roma\* zum Wohl der Gesellschaft. Dazu erbitte ich Gottes Segen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



## Die Macht des »Helfens«: Strukturen der Ausgrenzung in der Sozialen Arbeit

*Natalie Reinhardt, Vorstandsvorsitzende Landesvertretung deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg – Sinti Powerclub e. V.*

Zu Beginn unserer Arbeit vor einigen Jahren zeigte unser erstes Logo einen Berg mit zwei Personen darauf: Die eine steht etwas oberhalb, greift die Hand der anderen und hilft dieser hinauf. Diese Momentaufnahme der Unterstützung sollte zeigen, dass wir uns als Selbstorganisation gegenseitig helfen und dabei auf paternalistische Strukturen verzichten können. Wir ersetzten dieses Logo bereits nach einigen Wochen. Denn das, was wir überwunden hatten, war noch präsent darin. So viel Raum wollten wir dem Bild, das die Soziale Arbeit in kirchlichen und staatlichen Institutionen geschaffen hatte, nicht mehr geben. Wir wollten uns selbst nicht als Menschen darstellen, die per se auf Hilfe angewiesen sind – obwohl es doch sehr menschlich ist, diese zu geben und zu nehmen. Aber was, wenn etwas Menschliches negativ konnotiert, zum Identitätsmerkmal deklariert und zum Stigma gemacht wird?

### **Antiziganismus als Definitionsinstrument einer identitätssuchenden Gesellschaft**

Soziale Arbeit ist Teil einer Gesellschaft, die sie zugleich abbildet; Teil einer Gesellschaft, an deren Rändern Problemfelder existieren, in denen die Soziale Arbeit Hilfe bietet und Menschen unterstützt. Doch woher weiß man, wer Hilfe benötigt? Wer gilt als hilfsbedürftig? Sind es Einzelne, Familien, Gruppen?

Soziale Arbeit hält die Gesellschaft als solche stabil. Das heißt, dass sie auch stets den anderen Weg geht, nicht den der gesellschaftlichen oder politischen Veränderung, sondern den der Anpassung: Unterstützung, (Um-)Erziehung, Disziplin, Integration, Reintegration sind dabei zentrale Begriffe.

Soziale Arbeit versucht die Gesellschaft zu erhalten und nicht infrage zu stellen. Verwundern darf dies nicht, war und ist das organisierte Helfen doch immer ein Ordnungs- und Kontrollsystem von Kirche und Staat zur Erhaltung der jeweiligen Strukturen, durch das gesellschaftliche Konflikte im Auge behalten werden können.

Dabei sprechen wir von einer bürgerlichen Gesellschaft, deren Ideal immer noch in der Sozialen Arbeit mitschwingt, wenn auch heutzutage nicht

mehr ganz so explizit. Doch deutlich sichtbar wird es dort, wo sich der Gegenentwurf dieser Gesellschaft, die Projektion antibürgerlicher Imaginationen, die dem Antiziganismus als Ursache zugrunde liegt, in der Sozialen Arbeit zeigt.<sup>1</sup>

Die Bürgerrechtsarbeit deutscher Sinti und Roma erkannte diesen Zusammenhang früh, der bei der Wissensgenerierung anfängt, die sich auch in der Sozialen Arbeit manifestieren sollte: Die Holocaust-Überlebenden Vinzenz und Oskar Rose stellten Strafanzeige gegen Robert Ritter, Eva Justin und andere, die als Rasseforschende an der Ermordung von 500.000 Roma und Sinti beteiligt waren. Im Prozess 1948 wird keine\*r der verantwortlichen Wissenschaftler\*innen belangt: Die Täter\*innen können ihre Karrieren – und ihre Forschung – ungehindert fortsetzen. Dabei werden insbesondere die Felder der Sozialen Arbeit infiltriert, personelle Kontinuität findet sich an den Universitäten, in den Gesundheitsämtern sowie in der Kinder- und Jugendfürsorge. Wichtige politische Entscheidungen werden auf der Grundlage der Beratung durch ehemalige Nazis getroffen, die so zu wissenschaftlich und politisch anerkannten Expert\*innen für Sinti und Roma werden.<sup>2</sup>

Bürgerrechtsarbeit ist von Anfang an auch der Kampf gegen den Antiziganismus, der gerade in den Universitäten immer wieder neu begründet wurde und eine Rechtfertigung durch das Siegel der Institution erfuhr. Über diese Struktur breitete sich auch der Antiziganismus in der Sozialen Arbeit nach 1945 weiter aus, in dem Arbeitsfeld, das sich im Schnittpunkt staatlicher, familiärer und individueller Bereiche, von Kontrolle und Helfen befindet und das vorhandene Machtgefälle stets ausreizt.<sup>3</sup>

Dabei geht es auch immer um Werte, über die sich eine Gesellschaft definiert: Fleiß, Bildung, Reinlichkeit und Ordnung, Struktur, Ehrlichkeit und Disziplin. Wie diese negiert werden, wenn es um Sinti und Roma geht, werden wir später an einem konkreten Beispiel sehen. Offensichtlich ist jedoch die Schlussfolgerung aus der Beschreibung von Sozialer Arbeit in einer Gesellschaft, die den Antiziganismus verinnerlicht hat, folgende: Sinti und Roma werden automatisch zur Adressaten-

gruppe durch das Ethnifizieren von fremd zugeschriebenen Eigenschaften, von denen sich eine bürgerliche Gesellschaft abgrenzt. Zur Verfestigung dessen, was die Gesellschaft gern wäre, ist stets die Gruppe notwendig, der die Andersartigkeit, und zwar die unveränderbare, zugeschrieben wird. Das sich fortsetzende antiziganistische Bild in der Gesellschaft und ihrer Sozialen Arbeit ist nicht nur aufgrund einer nie vollzogenen Entnazifizierung möglich gewesen, sondern auch, weil sich das »Normale« in einer Gesellschaft leichter über ein Gegenbeispiel definieren lässt. So war es auch nach 1945 viel angenehmer zu erklären, was man nicht war, anstatt sich damit auseinandersetzen zu müssen, was man tatsächlich war. Identitätsbildung über das Tatsächliche bleibt dabei immer viel schwieriger, vor allem in einer Situation, in der eine Gesellschaft vielleicht über eine schwache bis gar keine Identität verfügt und mit dem, was an Kontur vorhanden ist, unzufrieden bleibt.<sup>4</sup>

Antiziganismus ist jahrhundertealtes Othering und dient als Instrument einer Mehrheitsgesellschaft, die einen Teil von sich nicht akzeptiert und alles, was sie nicht sein will, dieser Gruppe zuschreibt und sie folglich ausgrenzt.

Antiziganismus funktioniert durch Deutungshoheit der Nichtbetroffenen, es geht auch immer um das Machtgefälle bei der Wissensgenerierung. Sinti und Roma wurden dabei in eine Lebenssituation gedrängt, die in einer Ursache-Wirkungs-Umkehr antiziganistische Thesen zu unterstützen hatte. Eine ganze Bevölkerungsgruppe wurde in der Folge automatisch kriminalisiert und gleichzeitig auch immer Zielgruppe des organisierten Helfens. Wesentlich dabei ist die Defizitorientierung, die Ausblendung von bürgerlichem Leben in der Minderheit sowie das aktive Generieren von Hilfsbedürftigen, auf deren Rücken man sich nach dem Zweiten Weltkrieg kirchlich wie staatlich rehabilitieren konnte – alles zur Konsolidierung von Überlegenheits- und Machtgefühlen herrschender Gruppen in einer Dominanzgesellschaft, die ihre Schuld an der Vernichtung von 500.000 Sinti und Roma aktiv verdrängte. Ganze Arbeitsfelder wurden durch die Kontinuität des in der BRD legitimen Antiziganismus geschaffen, der sich über diese Struktur fortan selbst erhalten konnte und uns als Betroffene strukturell in Randpositionen »verhalf, wo wir letztendlich – gesellschaftlich ganz unten – durch die Stigmatisierung als »ständig Hilfsbedürftige« ausgegrenzt blieben. Für den Antiziganismus in der Sozialen Arbeit sowie in den Kirchen gibt es in der Mehrheitsgesellschaft jedoch kaum Bewusstsein.

Wenn wir nun von Antiziganismus in der Sozialen Arbeit reden, müssen wir das mitunter vorsätzliche Unwissen erwähnen: Wie kann es sein, dass auch hier so wenig über die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma als Bestandteil der gemeinsamen deutschen Geschichte bekannt ist? Wie kann es sein, dass ganze Teile der Gesellschaft eine autochthone Minderheit ausblenden, Erfolge ignorieren und sich auf vereinzelte Problemfälle fokussieren? Wohl auch deshalb, weil bei den Sinti und Roma lange Zeit das gelang, was man auch bei den Jüdinnen und Juden beabsichtigte: Die Verweigerung, sich mit dem industriellen Massenmord in genozidaler Vernichtungsabsicht aus rassistischen Gründen auseinanderzusetzen, an dem alle Bildungs- und Gesellschaftsschichten, sowie auch kirchliche und staatliche Institutionen des organisierten »Helfens«, tatkräftig mitgewirkt hatten – Bereiche, in deren Nachfolge heute die Soziale Arbeit steht. *Nichts hören, nichts sehen und schweigen* begleiteten das goldene Zeitalter der Nachkriegszeit und ermöglichten die Persistenz antiziganistischer Strukturen.<sup>5</sup>

Sichtbar wird das zum Beispiel bei der Verortung unserer Anliegen als autochthone Minderheit im Bereich von Integration auf allen Regierungsebenen: Wie kann man etwas integrieren, dass seit 600 Jahren zur Gesellschaft gehört? Ist es nicht die beschönigte Ausgrenzung eines inhärenten Teils der Gesellschaft unter dem Label des Helfens?

Auch Projekttitle zeugen von dieser strukturellen Grundhaltung. Oft basieren sie auf Ausschreibungen, die einen Mangel voraussetzen. So liegt der Verdacht nahe, dass unsere Organisation in diesem Jahr zur Ausschreibung für Projekte der Armutsprävention aufgrund der Annahme, dass wir als autochthone Minderheit besonders armutsbetroffen seien, eingeladen wurde.

### **Konkrete Auswirkungen antiziganistischer Strukturen**

Im zweiten Teil des Tagungsbeitrags werde ich aktuelle Auswirkungen antiziganistischer Strukturen zeigen und diese anhand der antibürgerlichen Motive nachweisen. Nachzulesen sind ähnliche Phänomene auch im Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus.<sup>6</sup>

Die antiziganistischen Äußerungen sind im Fallbeispiel kursiv markiert und orientieren sich am wissenschaftlichen Kategoriensystem von MIA (Melde- und Informationsstelle Antiziganismus). Dort haben wir den Fall auch über unsere eigen-

ständige Meldestelle in Baden-Württemberg eingereicht.<sup>7</sup>

### Fallbeschreibung

Ein Kind wird aufgrund einer temporären Notsituation der alleinerziehenden Mutter, die zur Minderheit gehört, für zwei Monate in ein Kinderhaus eines kirchlichen Trägers in Baden-Württemberg aufgenommen. Nach Ablauf der zwei Monate wird das Sorgerecht vom Jugendamt beantragt. Der Fachbericht zeigt allerdings antiziganistische Motive, die starke Zweifel an der Einschätzung aufkommen lassen. Der Fall steht exemplarisch für viele weitere, die uns dieses Jahr erreicht haben. Allen gemeinsam sind Vorwürfe, die ein antiziganistisches Stereotyp beschreiben.

Ich zitiere nun direkt aus den Berichten, der Text ist stellenweise schwer zu ertragen. Schätzen Sie das Alter des Kindes, bei dem folgendes Verhalten als problematisch, sogar als Grund für den Sorgerechtsentzug gewertet wird. Hier ist der O-Ton:

- »... zeigt viele *kleinkindliche* Verhaltensweisen ... Bei der *Zahnhygiene* ist direkte Begleitung nötig ... Kennt das *Essverhalten mit Messer und Gabel nicht* ... schafft es kaum, irgendwelche *Regeln* und *Strukturen* einzuhalten. Offensichtlich kennt er sowas nicht.
- »... arbeitet nach dem *Lustprinzip*.«
- »... [das] Fehlen von *Alltagsstrukturen* und *Regeln* zu Hause [stellt] eine Kindeswohlgefährdung dar ...«
- »... kam man zu dem Ergebnis, wonach die Meldungsinhalte bezüglich *verdreckter* Wohnung und Küche, *fehlendem Schlafplatz* sowie Alkoholmissbrauch durch die Mutter nicht festgestellt werden konnte ...«
- »... Mutter agiert *überfürsorglich*...[sie] begleitet ihn mehrmals bis in das Klassenzimmer hinein und hat ihn auch in der Großen Pause auf dem Schulhof besucht.«

(aus dem Antrag des Fachbereichs Jugend)

Das Kind wird ärztlich und auch psychologisch untersucht. Es weist keinerlei Normabweichungen auf, ist altersgerecht entwickelt, gesundheitlich und psychisch unbelastet, alle Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen wurden durchge-

führt, lediglich eine leichte Form von ADHS wird diagnostiziert. Diese Vermutung findet sich in dem dreiseitigen Bericht nicht, dafür aber eine Fülle von vermeintlich »unnormalen« Defiziten, die man sich mit einem Mangel an bürgerlichen Fähigkeiten der Mutter erklärt. Das Kind ist gerade einmal acht Jahre alt, üblicherweise unterstützen hier Eltern noch beim Zähneputzen, ganz zu schweigen von der »Arbeitsbereitschaft nach dem Lustprinzip«, der sich unter anderem ganze pädagogische Richtungen verpflichtet haben. Im gesamten Bericht wird nicht darauf eingegangen, dass das Kind von der Unterbringung im Heim belastet ist und mit der neuen Umgebung hadert. Das soziale Verhalten des Kindes wird als störend und unangemessen dargestellt: An einer Stelle wird berichtet, dass das Kind während des Unterrichts aufgestanden sei, um sich neben ein anderes Kind zu setzen, das von allen ausgegrenzt und gemieden wird. Der Bericht merkt zwar die Solidarität des Kindes an, setzt den Schwerpunkt aber darauf, dass das Kind damit den Unterricht gestört habe und sich nicht an die Regeln halten könne. Zusätzlich werden Vorwürfe und Ängste der Mutter nicht ernstgenommen. Der Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen wird im Bericht stark angezweifelt, ebenso der ihres Kindes, das einen unterstellten Diebstahl einfach nicht zugeben möchte.

Der beschriebene Fall wurde vor Gericht zugunsten der Mutter entschieden. Diesem lag unsere Analyse des Fachberichts vor, in der wir auf die klaren antiziganistischen Motive hingewiesen haben.

### Mechanismen des Antiziganismus in der Sozialen Arbeit

Antiziganismus wird, so zeigt es nicht nur dieses Beispiel, auch in der Sozialen Arbeit bagatellisiert oder geleugnet. Interventionen dagegen werden abgetan, Sensibilität für die Erscheinungsformen dieser Diskriminierung gibt es kaum.

Dabei macht es den entscheidenden Unterschied, wenn hinter der phänotypischen Ähnlichkeit zu »Helikoptereltern« die familienbiografisch konkret mit »Fürsorgeeinrichtungen« verbundene und bis hin zur Gewalterfahrung reichende, sich transgenerational wiederholende Erfahrung steht, die im Nationalsozialismus ihren Höhepunkt erreichte und leider heute immer noch präsent ist.

Die Abwärtsspirale des misogynen Stereotyps in Form von frauenfeindlichen Vorwürfen hat im Antiziganismus eine spezielle Erscheinungsform.

In diesem Zusammenhang kommt ihnen eine wesentliche Bedeutung zu: Attraktive, freizügige Bilder von Frauen sind ebenso damit verknüpft – auch hier wieder als Objekte antibürgerlicher Projektion – wie auch das Bild der schlechten Mutter, die einerseits ihr Kind vernachlässigt, andererseits jedoch überbehütet. Dass sich das gegenseitig ausschließt, scheint dabei keine Rolle zu spielen. Dieser Fall ist kein Einzelfall. Oft besteht daher eine begründete Skepsis von Minderheitenangehörigen gegenüber Institutionen der Mehrheitsgesellschaft, die Erfahrungswerte sind stellenweise erschreckend. Ich erwähne das antiziganistische Frauenbild hier ausdrücklich, weil es zur intersektionalen Diskriminierung beiträgt.

Das doppelte Mandat zwischen Helfen und Kontrolle, zwischen Hilfsangeboten und Kontrollmacht, ist problematisch, spielt hier im entscheidenden Moment auch das Siegel der Glaubwürdigkeit und der Deutungshoheit eine wesentliche Rolle. Viele Sinti und Roma fühlen sich in den Beratungs- und Hilfsangeboten der Sozialen Arbeit nahezu bedroht. Probleme bei multisektionalen Schwierigkeiten der Betroffenen treten meistens auf, dabei ist das antiziganistische Moment nicht selten, wenn Probleme und Schwierigkeiten eine ethnifizierte Begründung finden.

Oft werden Menschen aus der Minderheit in Notlagen alleingelassen. Sie ziehen sich in die Unsichtbarkeit zurück, können sie das System doch schlecht einschätzen, das unberechenbar ist und mal hilft, mal Gewalt ausübt.

Dieses Misstrauen registrieren auch die Einrichtungen selbst, die sich dann an uns als Selbstorganisation mit folgenden Worten wenden: »Wenn wir über Sie Zugang zur Gruppe/Familie bekommen könnten ...«

Menschen aus der Minderheit werden gelegentlich dazu instrumentalisiert, Vorstellungen von Institutionen – zum Teil diskriminierender Art – innerhalb der eigenen Community durchzusetzen. Sichtbar wird das zurzeit im Zuge der Migration aus der Ukraine. Dabei geht es nicht nur um die ukrainische Staatsbürgerschaft, sondern auch hier um die kulturelle Identität der Roma. Segregation und Problemabwälzung finden statt, besonders in den Vorbereitungsklassen an Schulen, wo immer wieder separate Klassen für Roma-Kinder gefordert werden. Dabei werden auch finanzielle Anreize geschaffen, neue Projekte sowie Stellen in Aussicht gestellt, die wohl schwer als partizipativ gelten dürften. Vielmehr wird damit im Zuge der Problematisierung einer vermeintlich zusammen-

gehörigen Gruppe die Vorstellung einer Hard-To-Reach-Randgruppe verfestigt, die mit dem Etikett »Roma« gelabelt wird und zu der mitunter auch autochthone Sinti gezählt werden. Wichtig ist, zu betonen, dass der Antiziganismus immer mit einem Sammelbegriff aufwartet und stets entindividualisiert. Neben Othering ist die Unterstellung von Wesensfremdheit zentral, ebenso die Annahme eines unverhältnismäßigen Integrationsbedarfs, Kriminalisierung und das Überbetonen von Armutsmarkern. Darauf wird entweder mit räumlicher Ausgrenzung oder mit verschiedensten Formen der »Zwangsassimilation« – etwa mit dem Entzug des Sorgerechts wie im beschriebenen Fall – reagiert.

Die Instrumentalisierung von Minderheitenangehörigen beginnt dann, wenn sie Dolmetschertätigkeiten übernehmen oder über (unterstellte) kulturelle »Besonderheit« informieren sollen. Auch ihr Einsatz in der ehrenamtlichen Integrationsbegleitung ist gefragt, *denn sie gehören ja schließlich zur »selben« Gruppe*. Für mediatorische Unterstützung werden sie ebenso oft angefragt, jedoch unter der Voraussetzung, nicht die Interessen und Rechte der Betroffenen zu vertreten, sondern ausschließlich das beschriebene Konzept Sozialer Arbeit zu verfolgen, auch unter Ausblendung antiziganistischer Vorerfahrungen.

Ein weiteres Phänomen in der Sozialen Arbeit besteht darin, dass Leistungen innerhalb der Community über finanzierte externe Stellen unter Nichtberücksichtigung der Arbeitsleistung aus der Minderheit abgeschöpft werden: So werden bedarfsorientierte Projektkonzepte einfach ungefragt umgesetzt, selbstorganisierte Hilfeleistungen zu Bestandteilen der Arbeit der Sozialdienste gemacht und Unterstützungsleistung aus der Community – gerade für ältere Menschen, Kinder oder Jugendliche – nicht honoriert, sondern einfach in die externe Sozialarbeit regelmäßig eingebaut. Dieser Punkt ist wesentlich. Er zeigt auch, dass es in den Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit immer noch ein Interesse an Kontrolle und Generierung von Abhängigkeitsverhältnissen gibt.

### Perspektive

Elizabeta Jonuz und Jane Weiss untersuchten in ihrer Bildungsstudie erstmals Bildungserfolge in der Community und durchbrachen damit die üblichen defizitorientierten Narrative. Dass dieser Perspektivwechsel ausgerechnet dann stattfindet, wenn wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen aus der Minderheit selbst in den Fokus treten, wundert nicht.<sup>8</sup> Die Selbstorganisa-



tionen unter dem Dach des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma forderten längst diesen Perspektivwechsel ein, den auch der Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus in seinem Titel postuliert: »Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation«.

In der Absicht, den Perspektivwechsel voranzutreiben, startete das vom Bundesfamilienministerium im Rahmen des Programms »Demokratie leben!« geförderte Projekt »Bildungsbotschafter\*innen gegen Antiziganismus« mit ersten Einsätzen an Universitäten: Studierende aus der Community halten dort Vorträge und bringen ihre Expertise in die Produktion von Wissen ein. So schaffen sie Sichtbarkeit und informieren über die Wirkmechanismen des Antiziganismus, über unsere kulturelle Identität sowie über die Bürgerrechtsarbeit des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Sie stehen für authentische empowernde Aufklärung und dafür, die eigene Deutungshoheit zurückzuerobern und nicht mehr selbst Gegenstand der Forschung zu sein, auch in der Sozialen Arbeit.

### Die Macht des Helfens

Die Landesvertretung deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg - Sinti Powerclub e. V. ist als Selbstorganisation auch ein christlicher Verband. Als Vorständin habe ich mir viele Gedanken darüber gemacht, welche christliche Perspektive ich hier anbringen könnte, was die Bibel dazu sagt, wie sich Gemeinden verhalten und auch: WHAT WOULD JESUS DO? Letzten Endes ist die Antwort so einfach und so knapp, dass ich gar nicht mit ihrer Ausführung und Deutung glänzen kann, wie es oft bei den ganz echten Wahrheiten ist: Beim Helfen, Unterstützen und Geben »lass deine linke Hand nicht wissen, was die rechte tut.« (MT 6,3)

Weiter kann das Helfen nicht von der Macht weggerückt werden, so ist Helfen gemeint.

Was antiziganistische Handlungsmuster betrifft, muss sich jede\*r trauen, ins Licht zu treten, sich

selbst prüfen und den Mut haben, die Wahrheit zu ertragen. Und diejenigen, die sich für zu gering halten, etwas an den Strukturen und dem Machtgefälle zu ändern, möchte ich daran erinnern, dass sogar ein Schmetterling einen Orkan auslösen kann.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Vgl. Lohse, André: *Antiziganismus und Gesellschaft. Soziale Arbeit mit Sinti und Roma aus kritisch-theoretischer Perspektive*. Wiesbaden (2016), 119 f.

<sup>2</sup> Vgl. Rose, Romani: *Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland*. Heidelberg (1987), 115.

<sup>3</sup> Vgl. Opfermann, Ulrich: »Stets korrekt und human«. *Der Umgang der westdeutschen Justiz mit dem NS-Völkermord an den Sinti und Roma*. Heidelberg (2023).

<sup>4</sup> Vgl. Lohse André: *Antiziganismus und die Pathologie der Normalität*, 9-20, in: *Sinti Power: Einblick in den beruflichen Alltag von Sinti im Kontext antiziganistischer Strukturen*. Online: <https://sinti-powerclub.de/wp-content/uploads/2020/10/SintiPower2020-2.pdf>.

<sup>5</sup> Stender, Wolfram: *Die Wandlungen des »Antiziganismus« nach 1945. Zur Einleitung*. In: ders. (Hrsg.): *Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis*. Wiesbaden (2016), 1–50.

<sup>6</sup> Deutscher Bundestag. *Perspektivwechsel – nachholende Gerechtigkeit – Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus*. Berlin (2021) [Bericht sowie zugrunde liegende Expertisen unter: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/das-institut/geoerderte-projekte/unabhaengige-kommission-antiziganismus> (6. November 2023)].

<sup>7</sup> MIA, Melde- und Informationsstelle Antiziganismus: *Antiziganistische Vorfälle in Deutschland 2022. Erster Jahresbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus*, verfügbar unter: <https://www.antiziganismus-melden.de/wp-content/uploads/2023/09/MIA-JB-2022-Internet.pdf> (6. November 2023).

<sup>8</sup> Jonuz, Elizabeta/Weiß, Jane: *(Un-)Sichtbare Erfolge. Bildungswege von Romnja und Sintize in Deutschland*. Wiesbaden (2020).



## Wer eigentlich sind die Gegner und wer die Partner? Kommentar zu »Die Macht des ›Helfens‹: Strukturen der Ausgrenzung in der Sozialen Arbeit«

Michael Helmbrecht, Technische Hochschule Nürnberg

Sehr geehrte Frau Reinhardt,

Sie haben in Ihrem Beitrag das »Helfen« als maskiertes paternalistisches, kolonialistisches wie marginalisierendes Projekt der Sozialen Arbeit beschrieben. Diese harsche Kritik fordert mich gleichermaßen als Sozialarbeiter, als Sozialwissenschaftler und Hochschullehrer heraus. Das ist hier nicht der Ort, um mit guten Gründen die methodologischen Schwächen Ihrer dekontextualisierten und generalisierten Fallbefunde, Ihre Gesellschaftsdiagnose und Ihre Argumentationslogik kritisch zu diskutieren. Ich bin als Kommentator eingeladen worden und nicht als Gutachter. Und mir geht es bei einer Netzwerktagung um den Anspruch, Verbindungen herzustellen und nicht Gräben zu buddeln.

Weil es dabei um die Gestaltung von Anerkennungsverhältnissen gehen soll, um wechselseitigen Respekt, um die Bemühung wechselseitigen Verstehens, möchte ich die Teilfrage nach Partizipation im Verhältnis von Sozialer Arbeit mit Sinti\* und Roma\* stärker betonen und dies Ihrer Verortung der Praxis Sozialer Arbeit als Kontroll- wie Disziplinierungsagentur des herrschenden »bürgerlichen« Systems entgegensetzen. Dies mache ich in Rückführung auf mein Berufsverständnis und meiner beruflichen Praxis und nicht als systematische Diskussion moderner professionstheoretischer und gesellschaftsanalytischer Befunde. Ich will meine Darstellung zudem um ausgewählte Hinweise auf fachliche Perspektiven der Auseinandersetzung mit Antiziganismus in der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern ergänzen.

Es ist gewiss eine Seite der Geschichte des Berufs, auf die man als Betroffenen-Vertreter\*in wie als Professionsvertreter\*in mit Entschiedenheit hinweisen muss: Agenturen der sogenannten »Sozialfürsorge«, insbesondere in den Gesundheitsämtern, haben sich vor und während der Zeit des Nationalsozialismus an der Diagnose sogenannter artfremder Existenzen beteiligt und waren damit Erfüllungsgehilfen des Otherings von Amts wegen, der Selektion und schließlich der Vernichtung von Leben. Die fachliche Rationalität – oder besser Irrationalität – folgte einem pseudowissen-

schaftlichen, biologistisch-medizinischen, von der Rassenlehre geprägten Paradigma, das in der Weimarer Zeit auch in die Gesundheits- und Sozialberufe mit todbringenden Konsequenzen eingeschickert war.

Die Schuldverstrickungen der deutschen Gesellschaft sind lange Zeit – im Adornoschen Sinne – nicht »aufgearbeitet« worden, gesamtgesellschaftlich nicht und auch nicht in der Sozialer Arbeit. Erst seit jüngeren Tagen ist die Mitwirkung der Sozialer Arbeit an einer genozidalen Politik Gegenstand der Pflichtlehrrangebote zur Geschichte des Berufs. Dass Sinti\* und Roma\* eine verkannte, eine verschwiegene, entrechtete, sogar noch um die Erinnerung an sie betrogene Opfergruppe sind, wurde erst durch die Bürgerrechtsbewegung, beginnend mit dem Hungerstreik in der KZ-Gedenkstätte Dachau 1980, auf die Tagesordnung des politischen Diskurses gezwungen. Trotz zwischenzeitlich vielfältiger politischer Erfolge der Bürgerrechtsbewegung: Antiziganistische Einstellungsmuster in der Gesellschaft sind nach wie vor weit verbreitet und sie nehmen im Zuge massiver gesellschaftlicher Krisen an Bedeutung zu. Sie erzeugen gesellschaftliche Marginalisierung und erschweren oder verhindern die Inklusion von Sinti\* und Roma\* in den gesellschaftlichen Teilsystemen Bildung, Arbeit, Wohnung und Gesundheit in Deutschland wie auch in ganz Europa.

Die These indessen, dass in der Sozialen Arbeit ungebrochen rassistische, antiziganistische Ressentiments eine Rolle spielen würden, halte ich – nach 15 Jahren Tätigkeit in der praktischen Sozialen Arbeit und nach 25 Jahren Lehrtätigkeit für diesen Beruf – genau wie die Verwissenschaftlichung und Professionalisierung Sozialer Arbeit für übertrieben. Vielleicht sind wir aber in unserer Auffassung, was nottäte, näher beieinander, als Sie denken oder auch als Ihnen lieb ist. Meine eigene Praxis, meine Lehre und meine Auffassung von Sozialer Arbeit werden maßgeblich bestimmt von einer Berufsauffassung, die sich in der Tradition Jane Addams', Saul Alinskys oder Harry Spechts sieht. Das waren zwar keine Sozialarbeiter\*innen, aber sie stritten für eine verständige, solidarische soziale Praxis gemeinsam mit Be-

troffenen, für die Einforderung von Rechten der Betroffenen anstelle nur fürsorglichen Wohlmeins, für die kollektive Organisierung der Interessen und im Notfall auch für kollektiven, zivilgesellschaftlichen Widerstand.

In Anerkennung dieser politischen Traditionslinie sollte man sich davor hüten, Sozialarbeiter\*innen pauschal als Agent\*innen der Kolonialisierung fremder Lebenswelten zu denunzieren. Dafür sind das Feld und die Handlungskonstellationen Sozialer Arbeit ja auch zu vielfältig und man würde einer ganzen Reihe von Sozialarbeiter\*innen unrecht tun, die eine solidarische Praxis in ihrer Arbeit mit und für Sinti\* und Roma\* verwirklicht haben. Ich nenne hier nur stellvertretend die Sozialarbeiterin Uta Horstmann, die sich gemeinsam mit Romani Rose und Jakob Bamberger am Hungerstreik 1980 in Dachau beteiligt und damit die Initialzündung für die Bürgerrechtsbewegung entfacht hat. Ich nenne Werner Stricker, der sein Berufsleben lang mit solidarischer Leidenschaft mit Sinti\* und Roma\* hier in Nürnberg kooperiert hat. Ich nenne meinen zwischenzeitlich verstorbenen Schulfreund Sepp Fauner, der den in Straubing lebenden Sinti\* und Roma\* als wichtiger Ansprechpartner in Erinnerung geblieben ist. Und ich nenne auch den Sozialarbeiter und Soziologen Thomas Höhne, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Verbandes Deutscher Sinti und Roma Landesverband Bayern, der regelmäßig mit sehr großer Expertise meine Menschenrechtsseminare zum Thema »Antiziganismus« an der Technischen Hochschule Nürnberg bereichert.

Ich habe in Verwirklichung der genannten Traditionslinie Bürgerinitiativen und unterschiedlichen Sozialinitiativen dazu verhelfen können, ihre Interessen zu organisieren und in den Lobbys der Macht vorzutragen, nicht immer oder – besser vielleicht – meist nicht zum Wohlgefallen mächtiger Gruppen. Praktische Soziale Arbeit lehre ich als Mäeutik (griech. Hebammenkunst) zivilgesellschaftlichen Engagements und kollektiver Organisierung von Interessen. (Ich gestehe: nicht mit durchschlagendem Erfolg, zumal die Berufsangehörigen kaum in der Lage sind, ihre eigenen Interessen in Gewerkschaften und Berufsverbänden zu organisieren). Ich versuche, gegen eine einseitige Individualisierung der Interpretation von Problemkonstellationen zu argumentieren, vielleicht ganz im Sinne Saul Alinskys, der Sozialarbeiter\*innen als jene sah, die Ertrinkende aus dem Wasser ziehen können, sich aber nie fragen, wer sie stromaufwärts ins Wasser befördert hat. Das beinhaltet unter anderem die Unterstützung von gesundheitlich beeinträchtigten Menschen

oder von Eltern-Kind-Gruppen bei der Gründung von Selbsthilfegruppen, die Unterstützung von älteren Menschen bei der Organisierung ihrer Interessen und die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement in unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern. Ich habe mich jahrelang in der Gemeinwesenarbeit mit unterschiedlichen Gruppen befasst, unter anderem auch mit bemerkenswert verhaltensorientierten Jugendlichen gearbeitet, wo ich – ich gestehe es – einem Kontrollauftrag (gesellschaftliche Kontrolle ist ja nicht per se verwerflich, man denke nur an Soziale Arbeit mit rechtsextremistisch gestimmten Jugendlichen) durchaus wohlwollend gegenübergestanden habe, um diesen Jugendlichen dabei zu helfen, ihre polizeilichen Akten in überschaubarem Rahmen zu halten, und sie in produktivere Engagementfelder (als zum Beispiel in Supermarkt-Einbrüche und Sprengungen von PKWs) einzubinden.

Ich glaube, wir können durchaus am selben Strang ziehen und sollten alles dafür tun, kooperative Verhältnisse zwischen Bürgerrechtsarbeit und einer Sozialen Arbeit, die in diesem Sinne inspiriert ist, zu schaffen.

Auf eine Dimension möchte ich noch eingehen, weil sie von entscheidender Bedeutung ist: Soziale Arbeit ist wie die rechtliche Situation und die gesellschaftliche Bewertung von Sinti\* und Roma\* maßgeblich abhängig von den politischen Rahmenkonstellationen. Ein großer Teil meiner Lebensenergie floss in den letzten 15 Jahren in die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Ich bin Gründungsmitglied der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg, dem größten bundesdeutschen Netzwerk gegen Rechtsextremismus, dem zwischenzeitlich 161 Kommunen und Landkreise und 295 zivilgesellschaftliche Initiativen, Organisationen und Institutionen angehörten, und war vier Jahre lang dessen Vorsitzender. In diesem Zusammenhang konnte ich vielfach beobachten, wie antiziganistische Stereotype und Hassparolen systematisch von rechten Gruppen eingesetzt werden, um die Markierung und Ausgrenzung von Sinti\* und Roma\* als verachtenswerte Andere zu fördern, Ekelgefühle anzustacheln und Angst zu erzeugen (vgl. Illouz 2023). Ich bin sehr froh, dass sich der bayerische Landesverband Deutscher Sinti und Roma der Allianz angeschlossen hat und in der Koordinierungsgruppe mitwirkt. Wenn es also um die rechtliche wie sozialmoralische Anerkennung und die Bedrohung von Sinti\* und Roma\* in Deutschland wie europaweit geht, dann kann es nur im Schulterschluss Ihrer Bürgerbewegung mit

menschenrechtsorientierten, politisch wachen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern funktionieren. Bei den unlängst stattgefundenen Wahlen in Bayern ist die in Teilen rechtsextreme AfD zahlenmäßig stärkste Oppositionspartei geworden. In den ehemals liberalen Niederlanden ist kürzlich der Rechtspopulist Geert Wilders völlig überraschend mit seiner »Partei für die Freiheit« stärkste politische Kraft geworden. Wir haben für die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen und die Europawahlen schlimme Ergebnisse zu befürchten. Was rechte Regierungen Sinti\* und Roma\* anzutun in der Lage sind, habe ich unter anderem in Gesprächen mit ungarischen Roma-Bürgerrechtler\*innen erfahren, aber auch bei einem Besuch eines Rom-Bürgermeisters in einer kleinen ungarischen von Roma\* dominierten Gemeinde, der aufgrund seiner faschistoiden Kontroll- und Disziplinierungsstrategien zum umworbene(n) Star der faschistischen Jobbik-Partei wurde.

Was ist gefordert, um die Kooperation zwischen Sozialer Arbeit und der Community zu verbessern?

### **Reflexive Klärung und Formulierung des Handlungsauftrags**

Ganz im Sinne der Chicagoer Schule der Soziologie steht am Anfang des Fallverstehens die Frage: »What the hell is going on here?« Für das – im soziologischen Sinne verstandene – »Fallgeschehen« in der Sozialen Arbeit geht es um eine sorgfältige Aufklärung folgender Fragen: Ist der Fall ein Fall? Warum ist der Fall ein Fall? Wessen Fall ist der Fall eigentlich? In dieser Analyse müssen unter anderem soziologische, politikwissenschaftliche, historische Wissensbestände und vor allem die Eigensicht der Menschen einfließen, die womöglich zum Fall werden.

Aus welchen Gründen also werden Sinti\* und Roma\* zum Fall und inwiefern sedimentieren sich in dieser Fallherstellung Vorurteilsstrukturen, rassistische, antiziganistische Ressentiments?

### **Konsequente Menschenrechtsorientierung Sozialer Arbeit fördern**

Die Vergegenwärtigung, dass jedem Menschen das Recht zukommt, Rechte zu haben (Hannah Arendt), ist unverzichtbar. Damit gewinnt man Abstand von einem Wohltätigkeitsverständnis Sozialer Arbeit.

Die unbedingte Anerkennung der Würde des Menschen muss ein basales Leitmotiv sein. Jedem Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion, sexueller Orientierung, sozialer Herkunft oder sonstigen Umständen, kommt sie zu.

Die Praxis Sozialer Arbeit muss im Lichte dieser grundlegenden ethischen Fundierung selbstkritisch reflektiert werden und allen Skalierungen der Würde, allen Formen von Diskriminierung oder Bevorzugung mutig, informiert und entschieden entgegengetreten werden. Freilich ist nicht auszuschließen, dass der Maßstab verfehlt wird und sich Kunstfehler und Missverständnisse in die professionelle Praxis einschleichen. Umso wichtiger ist ein kritischer Maßstab.

Das gilt auch für die Auseinandersetzung mit kulturell relativistischen Paradigmen, die im Zuge postkolonialer Orientierungen in die Soziale Arbeit Einzug halten. Auch wenn solche Rezeptionen dazu beitragen, diskriminierungssensibel zu stimmen: Eine Menschenrechtsverletzung bleibt auch dann eine, wenn sie eine allseits akzeptierte, weil geltende Praxis in einer bestimmten Kultur ist. Dieser Umstand macht sie noch nicht zu einer in ethischer Hinsicht gültigen Praxis.

### **Politisch-historische Bildung von Sozialarbeiter\*innen verbessern**

Die sozioökonomischen Lagen wie die bürgerrechtlichen Kämpfe um Anerkennung von Sinti\* und Roma\* sollten im Lichte der Verfolgungs-, Ausgrenzungs- und Vernichtungsgeschichte verstanden werden können. Die Studierenden bringen kaum Wissen über den Völkermord an Sinti\* und Roma\* aus den Schulen mit und verkennen deshalb transgenerational vermittelte Ängste und Misstrauen in ihrer Interpretation des Fallgeschehens. Dieses mangelnde Wissen indes ist nicht zugleich ein Indikator für Antiziganismus.

Statt um eine »Tsiganologie«, die ethnologisch-kulturalistisch eine Art Wesenhaftigkeit der Sinti\* und Roma\* zu ergründen suchte und damit weiter zur Stereotypisierung beitrug, sollte es auch in der Sozialarbeitsforschung um »Antiziganismus«-Studien gehen. Das ist allerdings nur in Kooperation mit Vertreter\*innen der Community möglich.

### **Perspektivenwechsel ermöglichen**

Angehende Sozialarbeiter\*innen wissen kaum etwas bis nichts über Sinti\* und Roma\*. Wir

haben deshalb primär ein Informations- und Wissensdefizit abzubauen.

Bei der Gestaltung von Partizipation steht die Frage im Raum, wer eigentlich wen woran partizipieren lassen soll und kann: Sozialarbeiter\*innen, die historisch, politisch und menschenrechtlich aufgeklärt sind, können Anwält\*innen wie Unterstützer\*innen im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antiziganismus sein. Vielleicht sollte man auf beiden Seiten versuchen, Misstrauen, Argwohn und Abgrenzungsreflexe selbstkritisch zu betrachten und Anschlussfähigkeit im Sinne einer gemeinsamen, solidarischen Praxis herzustellen. Das dürfte schließlich der Anspruch einer Vernetzungstagung sein.

#### **Literatur:**


Alinsky, Saul (1989): Rules for Radicals: A Pragmatic Primer for Realistic Radicals. Knopf Doubleday Publishing Group.

Benz, Wolfgang (2014): Sinti und Roma: Die unerwünschte Minderheit. Über das Vorurteil Antiziganismus. Metropol Verlag: Berlin.

Illouz, Eva (2023): Undemokratische Emotionen. Suhrkamp Verlag: Berlin.

Otto, Hans-Uwe, Hans Thiersch, Rainer Treptow, Holger Ziegler (Hg.) (2018, 6. Aufl.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Ernst Reinhardt Verlag: München.

Pollmann, Arnd, Georg Lohmann (Hg.) (2012): Menschenrechte. Ein interdisziplinäres Handbuch. Metzler'sche Verlagsbuchhandlung: Stuttgart.

Staub-Bernasconi, Silvia (2019): Menschenwürde – Menschenrechte – Soziale Arbeit. Die Menschenrechte vom Kopf auf die Füße stellen. Verlag Barbara Budrich: Opladen u. a. 

## Beziehungsstatus: belastet. Versuch einer Verhältnisbestimmung zwischen Kirche und Minderheit in antiziganistischer Gegenwart

Valerie Judith Mitwali, Promovendin der katholischen Theologie an der Ruhr-Universität Bochum und Redaktionsmitarbeiterin bei *katholisch.de*

Ein Beitrag einer katholischen Dogmatikerin in einem Tagungsband zur »Geschichte und Gegenwart kirchlicher Sozialarbeit mit Sinti und Roma«<sup>1</sup>? Es handelt sich dabei tatsächlich um ein Wagnis. Viele Menschen, die mit ihren Aufsätzen hier vertreten sind, verfügen über persönliches Wissen, zu dem ich keinen direkten Zugang habe. Einige werden als Minderheitenangehörige Erfahrungen mit der katholischen Kirche gemacht haben, die sie nicht in diesem Beitrag wiederfinden.<sup>2</sup> Andere bringen als in der Sozialarbeit Tätige Erlebnisse mit, die diesem Beitrag zu widersprechen scheinen. Bei manchen wird gar beides der Fall sein. Wozu also eine systematisch-theologische Perspektive? Ich forsche in der Ekklesiologie, der Lehre von der Kirche. Was bedeutet es, Kirche zu sein? Auf ungewohnten Wegen sind wir hier beim Tagungsthema. Denn aufbauend auf den Einsichten der Vorurteilsforschung halte ich gerade diese Umkehrung der Blickrichtung für entscheidend: Wer sich mit katholischem Antiziganismus beschäftigt, lernt kaum etwas über die Betroffenen – aber sehr viel über die Kirche.<sup>3</sup> Die Verantwortung, sich den eigenen antiziganistischen Strukturen und Sinngehalten selbstkritisch und dialogbereit zu stellen, liegt zunächst bei der noch immer mehrheitsgesellschaftlich dominierten Theologie. Oder, wie es die Künstlerin, Therapeutin und Aktivistin Drita Jakupi prägnant zusammenfasst: »Wir als Rom\*nja sind nicht verantwortlich, den Gadje ihre Ignoranz aufzuzeigen. Das ist eure Kultur des Schweigens, die ihr für euch und unter euch brechen müsst.«<sup>4</sup>

Als ein notwendiger, aber keinesfalls hinreichender Schritt in diese Richtung bietet dieser Beitrag Interessierten einen kursorischen Überblick über das gegenwärtige Verhältnis zwischen Kircheninstitution und Minderheit in Deutschland vor dem Hintergrund der Weltkirche. Da es sich um eine systematisch-theologische Perspektive handelt, umfasst der Gegenwartsbegriff die Zeit seit dem Abschluss des Zweiten Vatikanischen Konzils 1965. Diese Periode lässt sich in drei Phasen gliedern, die den Aufbau dieses Beitrags vorgeben: eine Phase der Expansion (1965–1978), die von Selbstprofilierung geprägt ist, eine Phase des Kon-

flikts (1979–1989), die eine Krise auslöst, und eine Phase des Niedergangs (ab 1990), die sich durch Frustration auszeichnet. Statt eines klassischen Fazits werden abschließend drei Thesen angeboten.

### Phase I: Expansion und Selbstprofilierung

Der 26. September 1965 bildet den Ausgangspunkt dieses Überblicks. Es ist ein verregneter Sonntag in der Metropolregion Rom.<sup>5</sup> Seit einigen Wochen tagt die vierte und letzte Sitzung des Zweiten Vatikanischen Konzils. Es handelt sich um das größte weltkirchliche Ereignis des 20. Jahrhunderts: Vieles, was heute in der Kirche als selbstverständlich gilt, ist eine Folge der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils. Die über 2.000 versammelten Konzilsväter diskutieren über die Kirche in der Moderne. Sie verwerfen Rassismus und Diskriminierung und sprechen sich für Menschenrechte aus.<sup>6</sup> Zur selben Zeit harren aus ganz Europa angereiste Gläubige im nahe gelegenen Pomezia aus. Der seit gestern anhaltende Dauerregen hat das geplante Wallfahrtsprogramm unmöglich gemacht. Dennoch erscheint um 17 Uhr Papst Paul VI., um mit der Pilgergruppe wenigstens einen Gottesdienst zu feiern. Schließlich ist es nicht irgendeine Wallfahrt: Es ist die erste offiziell von einem Papst empfangene Wallfahrt der Minderheit.<sup>7</sup>

»Ihr seid im Herzen der Kirche«<sup>8</sup>, predigt Paul VI. Kaum eine Kirchenpublikation zum Thema kommt seitdem ohne dieses Papstzitat aus. Was dabei meist verschwiegen wird, ist der weitere Verlauf:

»Ihr seid im Herzen der Kirche, weil ihr allein seid: niemand ist alleine (sic) in der Kirche, ihr seid im Herzen der Kirche, weil ihr arm seid und Unterstützung, eine Ausbildung und Hilfe braucht; die Kirche liebt die Armen, die Leidenden, die Niedrigen, die Entrechteten, die Verlassenen.«<sup>9</sup>

Paul VI. setzt hier den Ton für die kommenden Jahrzehnte. Einen guten Monat nach seiner berühmt gewordenen Predigt errichtet er das *Opus*

*Apostolatus Nomadum* als erste Einrichtung zur Verbindung und Förderung der Evangelisierung der als nomadisch geltenden Menschen.<sup>10</sup> Ebenfalls im Oktober 1965 verabschiedet das Zweite Vatikanische Konzil das Dekret *Christus Dominus. Über die Hirtenaufgabe der Bischöfe*. Darin heißt es:

»Eine besondere Sorge werde den Gläubigen gewidmet, die wegen ihrer Lebensbedingungen die allgemeine ordentliche Hirten Sorge der Pfarrer nicht genügend in Anspruch nehmen können oder sie vollständig entbehren. Dazu gehören zahlreiche Auswanderer, Vertriebene und Flüchtlinge, Seeleute und Luftfahrer, Nomaden und ähnliche Gruppen.«<sup>11</sup>

Die offizielle englische Übersetzung macht deutlich, wer mit »Nomaden« gemeint ist: Sie spricht von »gypsies, and others of this kind«<sup>12</sup>.

Noch im selben Jahr leistet die *Deutsche Bischofskonferenz* dem Folge, indem sie die *Katholische Zigeuner- und Nomadenseelsorge in der Bundesrepublik und Westberlin* gründet.<sup>13</sup> Erster sogenannter Nationaldirektor wird Pfarrer Arnold Fortuin, der die Wallfahrt im saarländischen Illingen mitbegründete.<sup>14</sup> Für seine neue Aufgabe freigestellt wird Fortuin jedoch nicht. Im Jahr 1967 wird der Hildesheimer Bischof Heinrich Maria Janssen zum sogenannten Bischof Promoter ernannt.<sup>15</sup> Dies ist bis heute die personelle Minimalausstattung dieser katholischen Zielgruppenpastoral: ein Priester als Nationaldirektor und ein Bischof als Bischof Promoter über ihm. Die Fäden laufen zusammen in der verantwortlichen römischen Zentrale, die erst *Opus Apostolatus Nomadum*, später *Päpstliche Kommission* bzw. *Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs* heißt.<sup>16</sup> Diese veranstaltet über Jahrzehnte hinweg sogenannte Weltkongresse, die dieser Artikel immer wieder streift.

Nach Pfarrer Fortuins Tod im Jahr 1970 tritt Pfarrer Achim Muth seine Nachfolge als Nationaldirektor an. Zwei Jahre später wird er für diese Aufgabe freigestellt – der eigentliche Beginn dieser Zielgruppenpastoral in Deutschland.<sup>17</sup> Es ist eine Zeit, in der die Mehrheitsgesellschaft meint, die Minderheit als soziale Randgruppe zu entdecken.<sup>18</sup> Mit vermeintlicher Expertise über die Minderheit lässt sich nun Karriere machen.

Gleichzeitig befinden wir uns in einer Phase, in der die Kirche noch erheblichen gesellschaftlichen Einfluss ausübt. Und so wird Muth zum gefragten Fachmann.<sup>19</sup> Er tritt als Experte in verschiedenen

staatlichen Gremien auf und die katholische *Cari-tas* veröffentlicht seine Meinungen über die Minderheit in ihrer berüchtigt gewordenen Ausgabe von 1973.<sup>20</sup> Der erste Weltkongress der Zielgruppenpastoral findet 1975 unter dem Motto »Die Evangelisierung nomadischer Gruppen«<sup>21</sup> in Rom statt. Dort berichtet Muth über seine Arbeit:

»Die Seelsorge ist noch im Aufbau begriffen. Bisher bin ich als Nationalseelsorger der einzige hauptamtliche Priester für die Zigeuner-in der BRD. Zwar haben fast alle Diözesen an ihren Ordinarien ein Referat für Zigeunerseelsorge eingerichtet, aber bei dem immer drückender werdenden Priestermangel wird die gänzliche Freistellung von weiteren Priestern für diesen Aufgabenbereich in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sein.«<sup>22</sup>

Die eigentliche Herausforderung seiner Arbeit aber sieht Muth in der »Unwissenheit«<sup>23</sup> der Minderheitenangehörigen. Bei Muth steht dahinter nichts weniger als der rassistische Glaube an die kollektive Unterentwicklung aller ihm anvertrauten Menschen. So erklärt er noch 1981:

»Die starke seelische Verhaftung des Einzelnen im Sippenverband ist ein typisches Merkmal der Psyche des Zigeuners. Sie darf nicht oberflächlich als emotionale Bindung verstanden werden. Vielmehr beruht sie auf einer Identifizierung des Einzelnen mit der Gruppe, die verbunden ist mit einer erst beginnenden Ich-Entwicklung und Selbsterfahrung, d.h. einer völlig anderen als uns vertrauten Bewusstseins-Situation. Da unser ethisches Soll individuelle Bewusstseinsleistungen voraussetzt, die der undifferenzierten Ich-Persönlichkeit des Zigeuners noch gar nicht möglich sind, dürfen wir auf keinen Fall unsere Maßstäbe christlicher Moral an das Verhalten des Zigeuners anlegen. Auch die »mangelnde Willensstärke« und »moralische Labilität« gründen letztlich in den noch nicht systematisierten Bewusstseinsinhalten und sollten nicht moralisch, sondern entwicklungsgeschichtlich verstanden werden.«<sup>24</sup>

So erschreckend Muths Überzeugungen heute auch klingen mögen: Seine Person verblasst bald neben der von Silvia Soback. Als junge Frau kommt die ausgebildete Sozialarbeiterin 1963 zum Lagerplatz Köln Roggendorf/Thenhoven, der vom *Sozialdienst Katholischer Männer* betreut wird. Zunächst arbeitet Soback als Zweitkraft in der Kinderbetreuung, dann übernimmt sie die Leitung des Sozialprojekts.<sup>25</sup> 1974 tritt sie die neu geschaffene Stelle der Sozialreferentin dieser ka-

tholischen Zielgruppenpastoral an.<sup>26</sup> Sobeck schreibt für Fachzeitschriften, wird in staatliche Gremien berufen und nimmt an internationalen Fachtagungen teil.<sup>27</sup> Bei all ihren skandalösen Äußerungen ist es wichtig, sich klarzumachen, dass Sobeck die Minderheit nicht hasst. Im Gegenteil: Sie ist überzeugt davon, sie zu lieben. Sobeck gewinnt das Vertrauen von Minderheitenangehörigen, trägt lange Kleider und fährt im Wohnwagen umher.<sup>28</sup> Sie erkennt etwa den NS-Völkermord an, setzt sich in Entschädigungs- und Staatsbürgerschaftsverfahren für deutsche Betroffene ein und engagiert sich gegen Abschiebungen.<sup>29</sup>

Wie Muth glaubt allerdings auch Sobeck an einen kollektiven Entwicklungsrückstand der ihr anvertrauten Menschen und beruft sich dabei auf Hermann Arnold, einen Amtsarzt, der mit NS-Rassegutachten Karriere als vermeintlicher Experte für die Minderheit in der jungen Bundesrepublik macht.<sup>30</sup> So schreibt Sobeck 1972:

»Dr. Arnold nennt das Zigeunerproblem ein ›Negerproblem in Deutschland‹ und will damit deutlich machen, inwieweit die Zigeuner als soziale Abweichung, als Fremdheit, als entwicklungsrückständig und kulturvereinfacht empfunden werden und wie groß die soziale Distanz zwischen ihnen und uns ist.«<sup>31</sup>

Als Erklärung hierfür übernimmt Sobeck die These des »Entwicklungsschock[s]«<sup>32</sup> von Thomas Münster. Diese These besagt, dass durch die indische Kastenbildung eine Gruppe Ausgestoßener entstanden sei, die umherwandern und niedrigste Arbeiten verrichten müsse. Seit dieser Ursprungskatastrophe befände sich die Minderheit in einem Entwicklungsschock und liege, so Sobecks Schätzung, etwa vier- bis fünftausend Jahre zurück.<sup>33</sup>

Wer unter Schock steht, braucht bekanntlich besondere Fürsorge. Sobeck will die ihr anvertrauten Menschen vor allem schützen, was sie überfordern könnte: Die reguläre Beschulung der Kinder mache sich des »Zigeuner-Völkermordes«<sup>34</sup> schuldig, weil sie die ethnische Identität zerstöre. Für Sobeck handelt es sich bei der Minderheit um »eine eigene Welt [...], die Hilfe braucht, um lebensfähig zu bleiben«<sup>35</sup>.

Auf den ersten Blick erscheint es unvorstellbar, dass Sobeck mit solchen Ansichten in den 1970er Jahren als anerkannte Fachfrau gilt. Der Soziologe Wolfram Stender aber bringt es auf den Punkt, wenn er Sobeck nicht als Antagonistin, sondern Repräsentantin der damaligen sogenannten sozi-

alpädagogischen Wende in der Minderheitenpolitik identifiziert.<sup>36</sup> In den 1970er Jahren werde das sozialarbeiterische Handlungsziel der *Integration* um die Dimension der *Wahrung der ethnischen Identität* erweitert. Sobeck handle nicht rassistisch, obwohl, sondern weil sie professionell handle.<sup>37</sup> Sie sei schlicht nicht fähig, die Entstehungskontexte ihrer rassistischen Wissensquellen zu erkennen.<sup>38</sup> Wieso auch? Sobeck verstehe ihre Arbeit als unpolitischen Dienst an den Menschen. In diesem grundsätzlichen Missverständnis sieht Stender die bleibende Aktualität des Falls für Soziale Arbeit heute.<sup>39</sup> Bei Sobeck werde aus *rassistischer Identität die ethnische Identität*. Heute werde gern von *kultureller Identität* gesprochen, doch auch hier bleibe eine konstruierte Andersartigkeit, die es zu integrieren gelte, bemängelt Stender.<sup>40</sup> Viel zu selten werde deutlich, dass es hier nicht um Integration, sondern um Emanzipation aus antiziganistischen Gewaltverhältnissen gehe.<sup>41</sup> Nicht zufällig trägt Elizabeta Jonuz' 2009 erschienene Dissertation den Titel *Stigma Ethnizität. Wie zugewanderte Romafamilien der Ethnisierungsfalle begegnen*.<sup>42</sup>

## Phase II: Krise und Konflikt

Trotz alledem arbeitet die junge Bürgerrechtsbewegung in den 1970er Jahren zunächst mit der katholischen *Caritas* und dem *Sozialdienst Katholischer Männer* zusammen.<sup>43</sup> Den Beteiligten bleibt auch kaum etwas anderes übrig, weil sie, wie Romani Rose damals erklärt, »alleine noch zu schwach sind, um ausreichend Resonanz zu finden«<sup>44</sup>. Das ändert sich durch die Kooperation mit der *Gesellschaft für bedrohte Völker* – und eine Kette explosiver Ereignisse im Jahr 1979.

Am 9. Juli veröffentlicht die Berliner Tageszeitung eine anonyme Pressemitteilung, wonach das Haus des umstrittenen Amtsarztes Hermann Arnold in Landau beschmiert worden sei.<sup>45</sup> Nun stehe auf seinem Haus »Arnold, du Zigeunermörder«<sup>46</sup> und »Du Hitlerbastard«<sup>47</sup>. Zur Tat bekenne sich eine »Aktionsgruppe deutscher Zigeuner«<sup>48</sup>.

Die *Gesellschaft für bedrohte Völker* veröffentlicht am 12. Juli auf Betreiben des *Verbands Deutscher Sinti* eine Pressemitteilung über Arnolds braune Vergangenheit und seinen illegalen Besitz der angeblich verschollenen NS-Rassegutachten.<sup>49</sup> In der Zwischenzeit ordnet Sobeck die Beschriftungen an Arnolds Haus dem *Verband Deutscher Sinti* und der *Gesellschaft für bedrohte Völker* zu, brandmarkt beide als terroristische Vereinigungen und sorgt dafür, dass die gastgebende evangelische Kirche beide aus der Organisation des anstehenden



henden *Musikfestes der Deutschen Zigeuner* in Darmstadt ausschließt.<sup>50</sup>

Was dann tatsächlich auf diesem Kulturfest vom 13. bis 14. Oktober geschieht, darüber gibt es sehr unterschiedliche Aussagen. Sobeck schreibt, der *Verband Deutscher Sinti* habe in Darmstadt für seine erste geplante politische Kundgebung im ehemaligen KZ Bergen-Belsen werben wollen.<sup>51</sup> Auf dem Musikfest habe der *Verband* versucht, sie zu instrumentalisieren: zum einen, um möglichst viele Minderheitenangehörige zur Teilnahme zu bewegen, zum anderen, um Druck auf die deutschen Bischöfe auszuüben.<sup>52</sup> Auf ihre Verweigerung hin habe der *Verband* unter Drohungen ihren Wohnwagen verlassen: »Wir haben Dr. Arnold [...] fertig gemacht, wir machen auch Sie fertig!«<sup>53</sup> Demgegenüber schreibt der *Verband Deutscher Sinti*, Mitglieder hätten im Gespräch mit Sobeck lediglich darum gebeten, ihre Einzelfallhilfe fortzuführen, ihre Diffamierung der politischen Bürgerrechtsarbeit jedoch einzustellen. Daraufhin habe Sobeck unter Tränen die Geschehnisse an Dr. Arnolds Haus verurteilt. Ja, sie selbst habe seit zwölf Jahren von den NS-Akten gewusst, weil sie diese für ihre Einzelfallhilfe genutzt habe.<sup>54</sup> Ihr »Lebenswerk«<sup>55</sup> aber lasse sie sich von Personen aus dem Umfeld des Terrorismus nicht zerstören.

Im Vorfeld der Kundgebung am 27. Oktober im ehemaligen KZ Bergen-Belsen sendet der Rechtsberater der katholischen Dienststelle ein Schreiben an den Staatssekretär: Im Auftrag von 1.400 Minderheitenangehörigen fordert er ihn auf, nicht auf der Kundgebung zu sprechen und auch dem Bundeskanzler zu raten, anschließend keine Vertretung des *Verbands Deutscher Sinti* zu empfangen.<sup>56</sup> Man protestiere gegen den Anspruch des *Verbands*, »alle in Deutschland lebenden Sinti zu repräsentieren«<sup>57</sup>. Demgegenüber weist der *Verband* den Vorwurf des universalen Vertretungsanspruchs zurück: Man vertrete nur die eigenen 700 Mitglieder bzw. deren Familien – und damit immer noch mehr Menschen als Sobeck.<sup>58</sup> Die 1.400 Minderheitenangehörigen seien vielmehr von Sobeck manipuliert worden.<sup>59</sup>

Die aufgebrochenen Fronten verhärten sich im Jahr 1980. Im Februar treffen sich Vertretungen verschiedener Selbstorganisationen, um über eine gemeinsame Strategie zu beraten.<sup>60</sup> Auch Sobeck ist eingeladen, sagt jedoch schriftlich ab, »weil die Mehrheit der Teilnehmer dieses Seminars meine Arbeit und deren Qualifikation in jüngster Zeit öffentlich kritisiert und angezweifelt hat«<sup>61</sup>. Im April gehen zwölf Mitglieder des *Verbands Deut-*

*scher Sinti* im ehemaligen KZ Dachau eine Woche in den Hungerstreik. Sie demonstrieren damit gegen das rassistische Wirken der sogenannten *Landfahrerzentrale* und fordern Aufklärung über den Verbleib der NS-Rasseakten.<sup>62</sup> Mehrere Hundert Minderheitenangehörige solidarisieren sich und auch das katholische Kloster bei Dachau stellt sich hinter die Hungerstreikenden.<sup>63</sup> Sobeck, aus deren Sicht die Tradition der Minderheit jegliches politisches Eigenhandeln ausschließt, scheint die Deutungshoheit zu entgleiten.<sup>64</sup>

Davon unbeeindruckt zeigt sich Sobeck auf dem zweiten Weltkongress in Rom, der vom 11. bis 15. September 1980 unter dem Motto »Die nomadische Familie in der kirchlichen Gemeinschaft«<sup>65</sup> stattfindet. Hier hält Sobeck unbeirrt an ihrem stereotypischen Bild fest. Über die Minderheit glaubt sie kollektiv zu wissen: »Es sind Menschen, die nicht nachtragen, nach Harmonie miteinander streben, nicht aggressiv sind oder hasen, sondern sich schweigend in ihre Verlassenheit zurückziehen.«<sup>66</sup>

Ein lange gefordertes Gespräch zwischen dem *Verband Deutscher Sinti* und Kardinal Ratzinger, dem späteren Papst Benedikt XVI., findet schließlich am 27. April 1981 statt: Laut Aussage des *Verbands* einigen sie sich darauf, die Fremdbezeichnung durch Sinti zu ersetzen sowie die Anstellung eines Sinto als Sozialarbeiter der Kirche in Bayern zu prüfen.<sup>67</sup> Eine Umsetzung dieser Ankündigungen ist mir nicht bekannt. Auch eine geforderte Stellungnahme der *Deutschen Bischofskonferenz* zu den Äußerungen der Dienststelle über den *Verband Deutscher Sinti* und die *Gesellschaft für bedrohte Völker* wird nicht abgegeben.<sup>68</sup> Stattdessen stellen sich im Juni 1981 einige Minderheitenangehörige hinter die Dienststelle: In einer Erklärung verurteilen sie die »Angriffe und Diffamierungen gegen Frau Silvia Sobeck«<sup>69</sup>. Im Mai 1982 geht Sobeck noch einen Schritt weiter und stellt ihr bekannten Minderheitenangehörigen postalisch die Vertrauensfrage.<sup>70</sup>

Nach diesem vorläufigen Höhepunkt des Konflikts wird es stiller um Sobeck: Im April 1984 führt der *Zentralrat Deutscher Sinti und Roma* klärende Gespräche mit dem Präsidenten des Deutschen *Caritas*-Verbands und spricht anschließend von einer »gute[n] und regelmäßige[n] Zusammenarbeit«<sup>71</sup>. Ein Jahr später, im Dezember 1985, trifft sich der *Zentralrat* mit Kardinal Höfner, dem damaligen Vorsitzenden der *Deutschen Bischofskonferenz*: ein Gespräch, das der *Zentralrat* später als »neuen Anfang einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Bischofskonferenz«<sup>72</sup> be-

zeichnet. Die Dienststelle hingegen taucht kaum mehr auf – so wenig, dass Rose in seinem 1987 erschienenen Buch *Bürgerrechte für Sinti und Roma* sogar schreibt, die Dienststelle sei 1986 aufgelöst worden.<sup>73</sup>

Eine solche Auflösung ist mir jedoch nicht bekannt; vielmehr nimmt Sobeck regulär am dritten Weltkongress teil.<sup>74</sup> Dieser findet vom 7. bis 9. November 1989 in Rom unter dem Motto »Die Berufung und Mission der Zigeuner in der Kirche und in der Welt«<sup>75</sup> statt. Es ist dieser Kongress, der, symbolischerweise zeitgleich zum Fall der Berliner Mauer, eine Wende im Verhältnis zwischen Kirche und Minderheit markiert: Erstmals nehmen Minderheitenangehörige aktiv teil.<sup>76</sup> Wenn der Präsident des Päpstlichen Rates im Tagungsband von »lebhaften Diskussionen«<sup>77</sup> und »erhitzten Verteidigungen«<sup>78</sup> der Minderheitenangehörigen spricht, muss es kontrovers gewesen sein.<sup>79</sup> Die verschiedenen nationalen Konflikte scheinen im Vatikan angekommen zu sein. Ein Minderheitenangehöriger aus den Niederlanden etwa kritisiert:

»Viele haben über die Zigeuner und ihre Wünsche gesprochen. Es hätte mehr Sinn gemacht, erst mit ihnen zu sprechen und dann hier. Wir wissen, was wir wollen.«<sup>80</sup>

»Sie wissen nicht, wie stolz ich bin, katholisch zu sein [...] ich schäme mich nicht, das vor Priestern zu sagen, obwohl sie uns in den Arbeitsgruppen kritisiert haben. Es berührt mich nicht, denn ich weiß, wer ich bin [...]. Sie haben uns 2000 Jahre lang erforscht und was wissen Sie über uns? Nichts. Ja, Sie schreiben über uns in Büchern, aber Sie schreiben nicht die Wahrheit, Sie stellen uns als unehrlich gegenüber Menschen dar. [...] Wir organisieren uns jetzt in Holland.«<sup>81</sup>

Ein Minderheitenangehöriger aus Frankreich fügt hinzu:

»Sie haben sozialen Fortschritt erwähnt, Bildung von Kindern, Unterstützung, aber ich habe nicht genug über das Leben als Mitglied der Kirche gehört. Ich habe eine lange Reise unternommen, um nach Rom zu kommen, und ich höre nichts über unseren Platz in der Kirche.«<sup>82</sup>

Eben dies scheint mir ein Kernproblem dieser Zielgruppenpastoral zu sein: ihre Unfähigkeit, in katholischen Minderheitenangehörigen nicht nur Sozialprojekte, sondern mündige Gläubige zu sehen.

### Phase III: Niedergang und Frustration

Und so beginnt eine Phase des Niedergangs. Bereits seit 1988 ist der neue Nationaldirektor Pfarrer Hans Josef Klein.<sup>83</sup> Die Sozialreferentin Silvia Sobeck stirbt im Jahr 1991.<sup>84</sup> Der vier Jahre später stattfindende vierte Weltkongress findet auch innerkirchlich kaum Beachtung.<sup>85</sup> Bemerkenswerterweise verwendet dieser Weltkongress in seinem deutschsprachigen Motto aber erstmals die Selbstbezeichnungen: »Sinti und Roma heute: zwischen Geschichte und neuen pastoralen Erfordernissen«<sup>86</sup>. Anwesende Minderheitenangehörige erhalten hier mehr Redeanteil als je zuvor. Darunter ist auch eine deutsche Sintizza, die erzählt, sie bemühe sich schon seit vier Jahren vergeblich um eine Festanstellung als Mitarbeiterin in der katholischen Dienststelle.<sup>87</sup> Entsprechend beklagt auch Nationaldirektor Klein, wie schon sein Vorgänger Muth, die mangelnde personelle Ausstattung seiner Abteilung und fordert eine verstärkte Schulung sogenannter Multiplikatoren nach dem Vorbild der Freikirchen.<sup>88</sup> Offenbar kann er sich damit nicht durchsetzen. Klein gibt sein Amt nach einer unauffälligen Dienstzeit 2001 ab.<sup>89</sup>

Sein Nachfolger wird der slowakische Ordenspriester Pater Jozef Lančarič.<sup>90</sup> Im Sommer 2003 nimmt er am fünften Weltkongress in Budapest teil.<sup>91</sup> Dieser trägt wieder die Fremdbezeichnung im deutschsprachigen Motto: »Kirche und Zigeuner: für eine ›Spiritualität der Gemeinschaft‹«<sup>92</sup>. Dass der Nationaldirektor die ihm anvertrauten Menschen außerhalb dieser Gemeinschaft verortet, wird an seinem Redebeitrag deutlich:

»Mit den Zigeunern habe ich schon früher in Ungarn gearbeitet, dort habe ich gelernt, ihre Werte kennen zu lernen. Meiner Meinung nach sind das Menschen, die das Evangelium Christi brauchen, genauso oder noch mehr als die Anderen. [...] Das Christentum hat die ganze Welt verändert. Hunderte Nationen kulturell geformt, in Europa und überall. Nur bei einer einzigen Nation [...] ist es nicht gelungen.«<sup>93</sup>

Der sechste Weltkongress schafft es in die bundesrepublikanischen Schlagzeilen – weil er im September 2008 in Deutschland, genauer: im bayerischen Freising, stattfindet.<sup>94</sup> Bereits einen Monat zuvor veröffentlicht der *Zentralrat* eine Pressemitteilung, in der er den Organisatoren vorurteilsbehafteten Paternalismus vorwirft und ankündigt, nicht am Weltkongress teilzunehmen.<sup>95</sup> Die umstrittene Veranstaltung scheint den deutschen Bischöfen unangenehm zu sein. Zumindest drängt sich dieser Eindruck auf, denn

Robert Zollitsch, der Vorsitzende der *Deutschen Bischofskonferenz*, lässt sich entschuldigen.<sup>96</sup> Sein Grußwort verliert der für die Zielgruppenpastoral verantwortliche Bischof Trelle, welcher selbst jedoch keinen Redebeitrag leistet.<sup>97</sup> Die gesamte Veranstaltung steht unter dem Motto »Die jungen Zigeuner in der Kirche und in der Gesellschaft«<sup>98</sup>. Allerdings muss der verantwortliche *Päpstliche Rat* von der Schwierigkeit berichten, überhaupt junge Minderheitenangehörige zur aktiven Teilnahme an dieser Veranstaltung zu bewegen.<sup>99</sup> Insgesamt sprechen fünf Jugendliche, deren Beiträge jedoch nicht abgedruckt werden.<sup>100</sup> Stattdessen findet sich folgende Einschätzung des Nationaldirektors im Tagungsband: »Bei unserer Klientel ist Ausbildung nach ihren Familientraditionen nicht gefragt und sehr oft auch nicht gewünscht. [...] Die Jugendlichen, die ›was wollen‹, sind sehr selten, weil sie das von ihren Eltern nicht eingepflanzt bekommen haben.«<sup>101</sup>

Einen möglichen Grund für seine Frustration verrät Lančarić 2010 auf einem Europakongress der Zielgruppenpastoral: Die Dienststelle unterstehe dem Verantwortungsbereich der *Deutschen Bischofskonferenz*, die ihn damit beauftragt habe, die Arbeit der Seelsorgezentren auf Bistumsebene zu koordinieren. Aber: Solche Zentren gebe es kaum noch.<sup>102</sup> Aus einem renommierten Amt, das einst zu Einladungen in Bundesministerien führte, ist ein undankbarer Posten ohne klares Aufgabenprofil geworden.

2011 tritt Pfarrer Jan Opiéla das Amt des Nationaldirektors an, welches er bis heute innehat.<sup>103</sup> Drei Jahre später lässt Kardinal Marx, der Vorsitzende der *Deutschen Bischofskonferenz*, den Namen der Dienststelle in *Katholische Seelsorge für Roma, Sinti und verwandte Gruppen* ändern.<sup>104</sup> Entsprechend findet der Weltkongress im Sommer 2014 unter dem deutschsprachigen Motto »Die Kirche und die Sinti und Roma: die Verkündigung des Evangeliums in den Peripherien«<sup>105</sup> statt. In seinem Tagungsvortrag bringt Opiéla seine spezielle Sichtweise auf die Rolle kirchlicher Sozialarbeit zum Ausdruck:

»Widersinnig und kaum verstehbar bleibt, dass die einfordernd dankbar entgegen-genommene Hilfe der katholischen Kirche kaum mit der Religionsgemeinschaft ›katholisch‹ identifiziert wird und der Rom auch in Deutschland seine religiöse Heimat und Kirche eher, und es hat den Anschein, gar noch bewusster als je zuvor, bei den Freikirchen und Pfingstlern findet. An diesem Punkt bleibt nur traurig zu fragen, ob sich die ›Zigeunerseelsorge‹ aufgrund eines

speziell deutschen, historisch bedingt, chronisch schlechten Gewissens nicht selbst zum Opfer gemacht hat. Dabei hat sie über alles reichlich materielle Geben den seelsorglichen Schwerpunkt eingebüßt und es darüber hinaus kaum gewagt, die Klientel zu einem freimütigen katholischen Glaubensbekenntnis anzuhalten!«<sup>106</sup>

Dieser Weltkongress aber ist anders: Es wäre der siebte seiner Art gewesen, doch es wird nicht mehr mitgezählt. Die mehrheitlich italienischen Tagungsbeiträge werden kaum noch übersetzt und ein gutes Drittel des Tagungsbandes widmet sich historischen Rückblicken. Es scheint fast, als hätten die Verantwortlichen gehnt, dass es der letzte Kongress dieser Art sein wird: Zum 1. Januar 2017 löst Papst Franziskus den *Päpstlichen Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs* auf und fügt ihn in das neugegründete *Dikasterium für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen* ein.<sup>107</sup>

### Drei abschließende Thesen

Also alles gut? Leider nein. Und damit komme ich zur ersten These: Katholischer Antiziganismus ist ein aktuelles Problem. Das neu gegründete *Dikasterium* enthält eine Abteilung *Menschliche Mobilität*. Hier befindet sich weiter die Themenrubrik *Nomaden, Roma und Sinti*.<sup>108</sup> Die Kirche scheint unfähig, antiziganistische Stereotype loszulassen. Besonders deutlich wird dies in der 2005 verabschiedeten und bis heute gültigen *Leitschrift Orientierungen für eine Pastoral der Zigeuner*.<sup>109</sup>

Daher lautet meine zweite These: Katholischer Antiziganismus deckt Verdecktes innerhalb der Kirche auf. Vielen mag sich gar der Eindruck organisierter Verantwortungslosigkeit auf Bistumsebene aufdrängen. In den unbeachteten Ecken kann offen sprießen, was sonst durch ritualisierte Gedenkveranstaltungen und Absichtserklärungen überdeckt wird: Rassismus. Noch immer ist die Kirche, auch die Kirchengemeinde, kein sicherer Ort für alle.<sup>110</sup>

Das führt mich zur dritten These: Auch katholischer Antiziganismus nach 1945 bedarf der Aufarbeitung. Viele Minderheitenangehörige müssen schmerzliche Erfahrungen mit der Kirche machen. Sie werden in ihrem Innersten verletzt: in ihrem persönlichen Glauben. Dass sie diesen Glauben überhaupt haben, wird ihnen vielfach abgesprochen: Sie sind nur Sozialprojekte, die es zu missionieren gilt. Dabei verhält es sich in Wahrheit umgekehrt: Wer Auschwitz überlebt

und weiter an Gott festhält, von denen hätte eine oft opportunistische und glaubensschwache Kirche viel zu lernen.

### Primärliteratur

Adler, Anni, Deutschland, in: Pontificio Consiglio Della Pastorale Per I Migranti E Gli Itineranti (Hg.), Zingari Oggi. Tra Storia e Nuove Esigenze Pastorali, Atti del IV Convegno Internazionale della Pastorale per gli Zingari, Roma 6–8 Giugno 1995, 239–240.

Barz, Hajdi, Mimans Geschichte. Handreichung zum Thema Gadjé-Rassismus, Berlin 2016.

Bueno, Paul, An Exchange of Opinions and Experiences in the Meeting Hall, in: People on the Move 56 (1990), 175–191.

Cheli, Giovanni, Opening of the Meeting, in: People on the Move 56 (1990), 23–33.

Cheli, Giovanni, Presentation, in: People on the Move 56 (1990), 8.

Derrida, Jacques, Grammatologie, Frankfurt a. M. 1994.

Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen, Nomads, Roma and Sinti, in: <https://www.humandevlopment.va/en/risorse/archivio/mobilita-umana/nomadi-rom-sinti.html> (zuletzt besucht am: 22.11.2023).

Franz, Anton; Rose, Romani; Brantner, Ranco, »Zigeunerseelsorge« und Rassenideologie. Die Beziehung der »Katholischen Zigeunerseelsorge« und des Bundesfamilienministeriums zu dem Rassehygieniker Dr. med. Hermann Arnold, Ein Stück deutscher Geschichte, in: Pogrom 80/81 (1981), 163–173.

Franziskus, Grußwort vom 05.06.2014, in: People on the Move Suppl. 121 (2014), 21–22.

Group of Delegates, Draft of the Conclusive Document, in: People on the Move 56 (1990), 253–255.

Johannes Paul II., Die Ansprache des Heiligen Vaters Johannes Paul II. vom 06.06.1995, in: Pontificio Consiglio Della Pastorale Per I Migranti E Gli Itineranti (Hg.), Zingari Oggi. Tra Storia e

Nuove Esigenze Pastorali, Atti del IV Convegno Internazionale della Pastorale per gli Zingari, Roma 6–8 Giugno 1995, 10–14.

Klein, Hans Josef, Deutschland, in: Pontificio Consiglio Della Pastorale Per I Migranti E Gli Itineranti (Hg.), Zingari Oggi. Tra Storia e Nuove Esigenze Pastorali, Atti del IV Convegno Internazionale della Pastorale per gli Zingari, Roma 6–8 Giugno 1995, 209–212.

Lančarič, Jozef, Deutschland, in: People on the Move Suppl. 93 (2003), 269–271.

Lančarič, Jozef, Deutschland, in: People on the Move Suppl. 114 (2011), 196–201.

Lančarič, Jozef, Die jungen Zigeuner in der Kirche und Gesellschaft (Situation in Deutschland – wie wir sie sehen), in: People on the Move Suppl. 110 (2008), 81–85.

Marchetto, Agostino, Young Gypsies, a Resource for the Civil and Ecclesial Community, in: People on the Move Suppl. 110 (2008), 27–41.

Muth, Achim, Aufgaben und Möglichkeiten für Kirche und Caritas, in: Caritas 74 (1973), 289–291.

Muth, Achim, Die Religion der Zigeuner unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten einer seelsorglichen Betreuung seitens der katholischen Kirche in Deutschland, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.), Soziale Arbeit mit Zigeunern. Einige Orientierungshilfen für die Praxis, Frankfurt a. M. 1981 (= Arbeitshilfen 19), 83–91.

Muth, Achim, Glaubensverkündigung unter den Zigeunern in der Bundesrepublik Deutschland, in: On the Move 12 (1975), 71–73.

Muth, Achim, Zur seelsorglichen Betreuung der Zigeuner, in: Caritas 74 (1973), 291–292.

Opiéla, Jan; Peters, Ulrike; Geschichte, Aufgaben und Tätigkeitsfelder der »Katholischen Seelsorge für Roma, Sinti und verwandte Gruppen«. Eine Kurzbeschreibung, Bonn 2022, in: <https://www.ksfrs.de/downloads/geschichte-aufgaben-und-taetigkeitsfelder-der-.pdf> (zuletzt besucht am: 04.09.2022).

Opiéla, Jan; Peters, Ulrike; Schlösser, Felicitas, Roma und Sinti. »Unter uns und doch anders«, Ein Ausstellungsführer, Bonn 2022, in:

<https://www.ksfrs.de/downloads/ausstellungsfuehrer.pdf> (zuletzt besucht am: 24.02.2022).

Opiéla, Jan, Umbruch in der (deutschen) »Zigeunerseelsorge«, in: *People on the Move Suppl.* 121 (2014), 191–194.

Päpstliche Kommission der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *Introduction*, in: *On the Move* 31 (1980), 5–9.

Päpstliche Kommission der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *The Proceedings of the 1st International Conference on the Pastoral Care of Nomads* (Rome, 12–14 February 1975), in: *On the Move* 12 (1975), 12–13.

Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *List of Participants*, in: *People on the Move* 56 (1990), 298–307.

Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *List of the Participants*, in: *People on the Move Suppl.* 93 (2003), 413–428.

Päpstlicher Rat der Seelsorge für die Migranten und Menschen unterwegs, *Orientierungen für eine Pastoral der Zigeuner*, Rom 2015.

Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *Schlussdokument*, in: *People on the Move Suppl.* 93 (2003), 398–411.

Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *Schlussdokument*, in: *People on the Move Suppl.* 110 (2008), 217–230.

Paul VI., *Die Predigt von Paul IV. vom 26.09.1995*, in: *People on the Move Suppl.* 121 (2014), 218–222.

Reinhardt, Markus, »... die katholische Kirche ist uns vertraut und sehr wichtig«, in: *People on the Move* 56 (1990), 163–168.

Second Vatican Council, *Decree Concerning the Pastoral Office of Bishops in the Church Christus Dominus vom 28.10.1965*, in: [https://www.vatican.va/archive/hist\\_councils/ii\\_vatican\\_council/documents/vat-ii\\_decree\\_19651028\\_christus-dominus\\_en.html](https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decree_19651028_christus-dominus_en.html) (zuletzt besucht am: 29.11.2023).

Seiterich, Thomas, *Seelsorge für »hilflose Dummlinge«? Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Sinti*, in: *Publik-Forum* 4 (1981), 30–31.

Sobeck, Silvia, *Gedanken und Konzipierung zu einer umfassenden und gezielten Zigeuner-Hilfe*, Köln 1972.

Sobeck, Silvia, *Informationen zur Geschichte – Kultur – Religion und Zigeunerseelsorge* (Vortragsskript für den Studentag des Bistums Aachen/Gemeindec Caritas am 14.11.1990).

Sobeck, Silvia, *Integration – Chance oder notwendiges Übel?*, in: *Caritas* 74 (1973), 311–315.

Unabhängige Kommission Antiziganismus, *Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus*, Berlin 2021.

Weiss, Hans, *An Exchange of Opinions and Experiences in the Meeting Hall*, in: *People on the Move* 56 (1990), 175–191.

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, *Kritik am katholischen »Weltkongress der Zigeuner-Seelsorge« – Fördern von Klischees statt gesellschaftlicher Anerkennung*, Heidelberg 2008, in: <https://zentralrat.sintiundroma.de/kritik-am-katholischen-weltkongress-der-zigeuner-seelsorge-foerdern-von-klischees-statt-gesellschaftlicher-erkennung-2/> (zuletzt besucht am: 24.02.2022).

Zülch, Tilman; Greußing, Fritz, *Emanzipierte werden sich wehren. Eine Antwort im Konflikt um die Katholische Zigeunerseelsorge*, in: *Publik-Forum* 22 (1980).

Zweites Vatikanisches Konzil, *Dekret über die Hirtenaufgabe der Bischöfe Christus Dominus vom 28.10.1965*, in: [https://www.vatican.va/archive/hist\\_councils/ii\\_vatican\\_council/documents/vat-ii\\_decree\\_19651028\\_christus-dominus\\_ge.html](https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decree_19651028_christus-dominus_ge.html) (zuletzt besucht am: 29.11.2023).

Zweites Vatikanisches Konzil, *Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen Nostra Aetate vom 28.10.1965*, in: [https://www.vatican.va/archive/hist\\_councils/ii\\_vatican\\_council/documents/vat-ii\\_decl\\_19651028\\_nostra-aetate\\_ge.html](https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651028_nostra-aetate_ge.html) (zuletzt besucht am: 29.11.2023).

Zollitsch, Robert, *Grußwort vom 01.09.2008*, in: *People on the Move Suppl.* 110 (2008), 13–14.

## Sekundärliteratur

Braach, Ingrid, Zum Konflikt zwischen der »Katholischen Zigeunerseelsorge« und den Roma-Selbstorganisationen, in: Bauer, Rudolph; Bura, Josef; Lang, Klaus (Hgg.), Sinti in der Bundesrepublik. Beiträge zur sozialen Lage einer verfolgten Minderheit, Bremen 1984 (= Veröffentlichungen zur Situation der »Zigeuner« in der Bundesrepublik Deutschland 4), 108–133.

Danckwortt, Barbara, Sozialarbeit für »Zigeuner« in den 1960er und 1970er Jahren, in: Engbring-Romang, Udo; Solms, Wilhelm (Hgg.), Die Stellung der Kirchen zu den deutschen Sinti und Roma, Marburg 2008 (= Beiträge zur Antiziganismusforschung 5), 67–90.

End, Markus, Antiziganismus. Sinnstruktur und Kontinuität der Bilder, in: Killguss, Hans-Peter; Quicker, Esther (Hgg.), Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung. Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte, Köln 2013 (= Beiträge und Materialien 7), 54–67.

Jakupi, Drita, Antiziganismus, Romaphobie, Gadge-Rassismus? Kritische Einwände, in: Peters, Katharina; Vennmann, Stefan (Hgg.), Nichts gelernt?! Konstruktion und Kontinuität des Antiziganismus, Duisburg 2019, 200–206.

Jonuz, Elizabeta, Stigma Ethnizität. Wie zugewanderte Romafamilien der Ethnisierungsfalle begegnen, Opladen / Farmington Hills 2009.

Kelch, Christian Gerhard, Dr. Hermann und seine »Zigeuner«. Zur Geschichte der »Grundlagenforschung« gegen Sinti und Roma in Deutschland unter Berücksichtigung der Genese des Antiziganismusbegriffs, Erlangen/Nürnberg 2020.

Nicolini, Bruno, Die katholische Kirche und die Zigeuner, in: Karpati, Mirella (Hg.), Sinti und Roma. Gestern und heute, Rom 1993, 118–138.

Rose, Romani, Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland, Heidelberg 1987 (= Schriftenreihe des Zentralrats 1).

Stender, Wolfram, Über die Schwierigkeiten Sozialer Arbeit, nicht antiziganistisch zu sein, in: Stender, Wolfram (Hg.), Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis, Wiesbaden 2016, 329–348.

Vossen, Rüdiger, Zigeuner. Roma, Sinti, Gitanos, Gypsies zwischen Verfolgung und Romantisierung, Frankfurt a. M. / Berlin/Wien 1983.

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> So der Untertitel der Tagung *Zwischen Paternalismus und Partizipation*.

<sup>2</sup> Wenn nicht anders vermerkt, bezieht sich Kirche im Folgenden stets auf die römisch-katholische Kircheninstitution.

<sup>3</sup> Vgl. End, Markus, *Antiziganismus. Sinnstruktur und Kontinuität der Bilder*, in: Killguss, Hans-Peter; Quicker, Esther (Hgg.), *Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung. Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte*, Köln 2013 (= Beiträge und Materialien 7), 56.

<sup>4</sup> Jakupi, Drita, *Antiziganismus, Romaphobie, Gadge-Rassismus? Kritische Einwände*, in: Peters, Katharina; Vennmann, Stefan (Hgg.), *Nichts gelernt?! Konstruktion und Kontinuität des Antiziganismus*, Duisburg 2019, 206.

<sup>5</sup> Vgl. Paul VI., *Die Predigt von Paul IV. vom 26.09.1965*, in: *People on the Move Suppl.* 121 (2014), 218.

<sup>6</sup> Vgl. *Zweites Vatikanisches Konzil, Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen Nostra Aetate vom 28.10.1965*, in: [https://www.vatican.va/archive/hist\\_councils/ii\\_vatican\\_council/documents/vat-ii\\_decl\\_19651028\\_nostra-aetate\\_ge.html](https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651028_nostra-aetate_ge.html) (zuletzt besucht am: 29.11.2023), Nr. 5.

<sup>7</sup> Vgl. Paul VI., *Die Predigt von Paul IV. vom 26.09.1965*, 218.

<sup>8</sup> Ebd., 220.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Vgl. Nicolini, Bruno, *Die katholische Kirche und die Zigeuner*, in: Karpati, Mirella (Hg.), *Sinti und Roma. Gestern und heute, Rom* 1993, 133.

<sup>11</sup> *Zweites Vatikanisches Konzil, Dekret über die Hirtenaufgabe der Bischöfe Christus Dominus vom 28.10.1965*, in: [https://www.vatican.va/archive/hist\\_councils/ii\\_vatican\\_council/documents/vat-ii\\_decree\\_19651028\\_christus-dominus\\_ge.html](https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decree_19651028_christus-dominus_ge.html) (zuletzt besucht am: 29.11.2023), Nr. 18.

<sup>12</sup> *Second Vatican Council, Decree Concerning the Pastoral Office of Bishops in the Church Christus Dominus vom 28.10.1965*, in: [https://www.vatican.va/archive/hist\\_councils/ii\\_vatican\\_council/documents/vat-ii\\_decree\\_19651028\\_christus-dominus\\_en.html](https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decree_19651028_christus-dominus_en.html) (zuletzt besucht am: 29.11.2023), Nr. 18.

<sup>13</sup> Vgl. Opiéla, Jan; Peters, Ulrike; Schlösser, Felicitas, *Roma und Sinti. »Unter uns und doch anders«*, Ein Ausstellungsführer, Bonn 2022, in: <https://www.ksfrs.de/downloads/ausstellungsfuehrer.pdf> (zuletzt besucht am: 24.02.2022), 26. Wissenschaftliche Analysen von Rassismus müssen sich zwangsläufig mit Quellen auseinandersetzen, die rassistische Begriffe verwenden. Entsprechend wissenschaftlicher Standards sind direkte Zitate

unbearbeitet wiederzugeben. Um Rassismen nicht unnötig zu reproduzieren, bemühe ich mich um den sparsamen Gebrauch direkter Zitation. Dort, wo ich selbst die Fremdbezeichnung setze, wie hier in der Namenswiedergabe einer Institution, schreibe ich ihn durchgestrichen aus. Dieser Umgang mit der Fremdbezeichnung wurde von der Bildungswissenschaftlerin und Aktivistin Hadji Barz bereits 2016 vorgeschlagen (vgl. Barz, Hajdi, *Mimans Geschichte. Handreichung zum Thema Gadje-Rassismus*, Berlin 2016, 98). Theoretisch basiert dieses Durchstreichen auf einem Vorschlag des französischen Philosophen Jacques Derrida (vgl. Derrida, Jacques, *Grammatologie*, Frankfurt a. M. 1994). Die Unabhängige Kommission Antiziganismus greift diesen Begriffsengang in ihrem Bericht 2021 auf (vgl. *Unabhängige Kommission Antiziganismus, Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation*, Berlin 2021, 10).

<sup>14</sup> Vgl. Opiéla; Peters; Schlösser, *Roma und Sinti*, 25 f.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., 27.

<sup>16</sup> Mit dem *Motuproprio Apostolicae Caritatis* errichtete Paul VI. vom 19. März 1970 die der Heiligen Bischofskongregation unterstellte Päpstliche Kommission der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs. Am 28. Juni 1988 wurde die Institution als Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs zu einer autonomen Dienststelle erhoben (vgl. Nicolini, *Die katholische Kirche und die Zigeuner*, 133).

<sup>17</sup> Die katholische Dienststelle schreibt, Muth sei erst 1972 Nationaldirektor geworden (vgl. Opiéla, Jan; Peters, Ulrike; *Geschichte, Aufgaben und Tätigkeitsfelder der »Katholischen Seelsorge für Roma, Sinti und verwandte Gruppen«*. Eine Kurzbeschreibung, Bonn 2022, in: <https://www.ksfrs.de/downloads/geschichte-aufgaben-und-taetigkeitsfelder-der-.pdf> (zuletzt besucht am: 04.09.2022), 8). Demgegenüber schreibt Muth selbst, der Aufgabenbereich sei ihm bereits 1970 übertragen worden, wenngleich die Freistellung hierfür erst im Herbst 1972 erfolgt sei (vgl. Muth, Achim, *Die Religion der Zigeuner unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten einer seelsorglichen Betreuung seitens der katholischen Kirche in Deutschland*, in: *Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge* (Hg.), *Soziale Arbeit mit Zigeunern. Einige Orientierungshilfen für die Praxis*, Frankfurt a. M. 1981 (= *Arbeitshilfen* 19), 90).

<sup>18</sup> Vgl. Danckwortt, Barbara, *Sozialarbeit für »Zigeuner« in den 1960er und 1970er Jahren*, in: Engbring-Romang, Udo; Solms, Wilhelm (Hgg.), *Die Stellung der Kirchen zu den deutschen Sinti und Roma*, Marburg 2008 (= *Beiträge zur Antiziganismusforschung* 5), 67.

<sup>19</sup> Vgl. Braach, Ingrid, *Zum Konflikt zwischen der »Katholischen Zigeunerseelsorge« und den Roma-Selbstorganisationen*, in: Bauer, Rudolph; Bura, Josef; Lang, Klaus (Hgg.), *Sinti in der Bundesrepublik. Beiträge zur sozialen Lage einer verfolgten Minderheit*, Bremen 1984 (= *Veröffentlichungen zur Situation der »Zigeuner« in der Bundesrepublik Deutschland* 4), 116.

<sup>20</sup> Vgl. Muth, Achim, *Aufgaben und Möglichkeiten für Kirche und Caritas*, in: *Caritas* 74 (1973), 289–291; Muth, Achim, *Zur seelsorglichen Betreuung der Zigeuner*, in: *Caritas* 74 (1973), 291–292.

<sup>21</sup> Päpstliche Kommission der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *The Proceedings of the 1st International Conference on the Pastoral Care of Nomads* (Rome, 12–14 February 1975), in: *On the Move* 12 (1975), 12 [Übersetzung aus dem Englischen von V. M.]. Manchmal

wird auch das internationale Treffen vom 25. bis 27. Februar 1964 als erster Kongress gezählt. Hierbei handelte es sich jedoch nur um ein formloses Treffen von individuell in der Zielgruppenpastoral tätigen Personen, die von Paul VI. in einer Privataudienz empfangen wurden (vgl. Nicolini, *Die katholische Kirche und die Zigeuner*, 132).

<sup>22</sup> Muth, Achim, *Glaubensverkündigung unter den Zigeunern in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *On the Move* 12 (1975), 71.

<sup>23</sup> Ebd., 72.

<sup>24</sup> Muth, *Die Religion der Zigeuner unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten einer seelsorglichen Betreuung seitens der katholischen Kirche in Deutschland*, 87 f.

<sup>25</sup> Vgl. Braach, *Zum Konflikt zwischen der »Katholischen Zigeunerseelsorge« und den Roma-Selbstorganisationen*, 113.

<sup>26</sup> Vgl. ebd., 115.

<sup>27</sup> Vgl. ebd., 116.

<sup>28</sup> Vgl. Züch, Tilman; Greußing, Fritz, *Emanzipierte werden sich wehren. Eine Antwort im Konflikt um die Katholische Zigeunerseelsorge*, in: *Publik-Forum* 22 (1980), 8.

<sup>29</sup> Vgl. Opiéla; Peters, *Geschichte, Aufgaben und Tätigkeitsfelder der »Katholischen Seelsorge für Roma, Sinti und verwandte Gruppen«*, 7.

<sup>30</sup> Vgl. Kelch, Christian Gerhard, *Dr. Hermann und seine »Zigeuner«*. Zur Geschichte der »Grundlagenforschung« gegen Sinti und Roma in Deutschland unter Berücksichtigung der Genese des Antiziganismusbegriffs, Erlangen/Nürnberg 2020.

<sup>31</sup> Sobeck, Silvia, *Gedanken und Konzipierung zu einer umfassenden und gezielten Zigeuner-Hilfe*, Köln 1972, 2 f.

<sup>32</sup> Ebd., 7.

<sup>33</sup> Vgl. Sobeck, Silvia, *Hilfe – sie haben sich meiner angenommen. Die Problematik der Projektarbeit bei Zigeunern. Handreichung zur Tagung »Sozialarbeit mit Zigeunern« innerhalb des Studienprogramms des Fortbildungswerkes im Deutschen Verein in der Zeit vom 9.-11. Juni 1976 in Frankfurt/Main*, 16, zitiert nach: Stender, Wolfram, *Über die Schwierigkeiten Sozialer Arbeit, nicht antiziganistisch zu sein*, in: Stender, Wolfram (Hg.), *Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis*, Wiesbaden 2016, 333 f.

<sup>34</sup> Sobeck, Silvia, *Integration – Chance oder notwendiges Übel?*, in: *Caritas* 74 (1973), 311.

<sup>35</sup> Sobeck, *Gedanken und Konzipierung zu einer umfassenden und gezielten Zigeuner-Hilfe*, 15.

<sup>36</sup> Vgl. Stender, Wolfram, *Über die Schwierigkeiten Sozialer Arbeit, nicht antiziganistisch zu sein*, 331.

<sup>37</sup> Vgl. ebd., 330.

<sup>38</sup> Vgl. ebd., 335.

<sup>39</sup> Vgl. ebd., 335 f.

<sup>40</sup> Vgl. ebd., 341–344.

<sup>41</sup> Vgl. ebd., 331.

<sup>42</sup> Vgl. Jonuz, Elizabeta, *Stigma Ethnizität. Wie zugewanderte Romafamilien der Ethnisierungsfalle begegnen*, Opladen / Farmington Hills 2009.

<sup>43</sup> Vgl. Vossen, Rüdiger, *Zigeuner. Roma, Sinti, Gitanos, Gypsies zwischen Verfolgung und Romantisierung*, Frankfurt a. M. / Berlin/Wien 1983, 100.

<sup>44</sup> Zülch; Greußing, *Emanzipierte werden sich wehren*, 8.

<sup>45</sup> Vgl. Franz, Anton; Rose, Romani; Brantner, Ranco, »Zigeunerseelsorge« und Rassenideologie. Die Beziehung der »Katholischen Zigeunerseelsorge« und des Bundesfamilienministeriums zu dem Rassehygieniker Dr. med. Hermann Arnold, Ein Stück deutscher Geschichte, in: *Pogrom 80/81* (1981), 163.

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Vgl. ebd., 165.

<sup>50</sup> Vgl. ebd., 165 f.

<sup>51</sup> Vgl. Sobeck, Silvia, *Informationen zur Geschichte – Kultur – Religion und Zigeunerseelsorge* (Vortragsskript für den Studientag des Bistums Aachen/Gemeindecariitas am 14.11.1990), 11.

<sup>52</sup> Vgl. ebd.

<sup>53</sup> Ebd.

<sup>54</sup> Vgl. Franz; Rose; Brantner, »Zigeunerseelsorge« und Rassenideologie, 166.

<sup>55</sup> Ebd., 169.

<sup>56</sup> Vgl. ebd., 166.

<sup>57</sup> Braach, *Zum Konflikt zwischen der »Katholischen Zigeunerseelsorge« und den Roma-Selbstorganisationen*, 108.

<sup>58</sup> Vgl. Seiterich, Thomas, *Seelsorge für »hilflose Dümmlinge«? Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Sinti*, in: *Publik-Forum 4* (1981), 31.

<sup>59</sup> Vgl. Franz; Rose; Brantner, »Zigeunerseelsorge« und Rassenideologie, 168.

<sup>60</sup> Vgl. Braach, *Zum Konflikt zwischen der »Katholischen Zigeunerseelsorge« und den Roma-Selbstorganisationen*, 108.

<sup>61</sup> Zitiert nach Braach, *Zum Konflikt zwischen der »Katholischen Zigeunerseelsorge« und den Roma-Selbstorganisationen*, 109.

<sup>62</sup> Vgl. Rose, *Romani, Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland, Heidelberg 1987* (= Schriftenreihe des Zentralrats 1), 93 f.

<sup>63</sup> Vgl. Franz; Rose; Brantner, »Zigeunerseelsorge« und Rassenideologie, 166 f.

<sup>64</sup> Vgl. Sobeck, Silvia, *Informationen zur Geschichte – Kultur – Religion und Zigeunerseelsorge*, 11.

<sup>65</sup> Vgl. Päpstliche Kommission der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *Introduction*, in: *On the Move 31* (1980), 5 [Übersetzung aus dem Englischen von V. M.].

<sup>66</sup> Sobeck, Silvia, *Schwierigkeiten und Chancen in Deutschland*, in: *On the Move 31* (1980), 177.

<sup>67</sup> Vgl. Franz; Rose; Brantner, »Zigeunerseelsorge« und Rassenideologie, 163.

<sup>68</sup> Vgl. ebd.

<sup>69</sup> Braach, *Zum Konflikt zwischen der »Katholischen Zigeunerseelsorge« und den Roma-Selbstorganisationen*, 112.

<sup>70</sup> Vgl. ebd., 113.

<sup>71</sup> Rose, *Bürgerrechte für Sinti und Roma*, 169.

<sup>72</sup> Ebd.

<sup>73</sup> Vgl. ebd., 167 f.

<sup>74</sup> Vgl. Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *List of Participants*, in: *People on the Move 56* (1990), 301.

<sup>75</sup> Cheli, Giovanni, *Opening of the Meeting*, in: *People on the Move 56* (1990), 23 [Übersetzung aus dem Englischen von V. M.].

<sup>76</sup> Vgl. *Group of Delegates, Draft of the Conclusive Document*, in: *People on the Move 56* (1990), 253.

<sup>77</sup> Cheli, Giovanni, *Presentation*, in: *People on the Move 56* (1990), 8 [Übersetzung aus dem Englischen von V. M.].

<sup>78</sup> Ebd.

<sup>79</sup> Das bedeutet selbstverständlich nicht, alle anwesenden Minderheitsangehörigen hätten eine einhellige kritische Position vertreten. Der Beitrag eines deutschen Sinto etwa zeichnet sich durch eine positive Sicht auf die Dienststelle aus (vgl. Reinhardt, Markus, »... die katholische Kirche ist uns vertraut und sehr wichtig«, in: *People on the Move 56* (1990), 163–164).

<sup>80</sup> Weiss, Hans, *An Exchange of Opinions and Experiences in the Meeting Hall*, in: *People on the Move 56* (1990), 179 [Übersetzung aus dem Englischen von V. M.].



<sup>81</sup> Ebd., 181.

<sup>82</sup> Bueno, Paul, *An Exchange of Opinions and Experiences in the Meeting Hall*, in: *People on the Move* 56 (1990), 183.

<sup>83</sup> Vgl. Opiéla; Peters, *Geschichte, Aufgaben und Tätigkeitsfelder der »Katholischen Seelsorge für Roma, Sinti und verwandte Gruppen«*, 8.

<sup>84</sup> Vgl. Stender, *Über die Schwierigkeiten Sozialer Arbeit, nicht antiziganistisch zu sein*, 331.

<sup>85</sup> *People on the Move*, die Zeitschrift des verantwortlichen Päpstlichen Rates, bringt keine Ausgabe über den Weltkongress heraus.

<sup>86</sup> Johannes Paul II., *Die Ansprache des Heiligen Vaters Johannes Paul II. vom 06.06.1995*, in: *Pontificio Consiglio Della Pastorale Per I Migranti E Gli Itineranti* (Hg.), *Zingari Oggi. Tra Storia e Nuove Esigenze Pastorali, Atti del IV Convegno Internazionale della Pastorale per gli Zingari*, Roma 6–8 Giugno 1995, 10.

<sup>87</sup> Vgl. Adler, Anni, *Deutschland*, in: *Pontificio Consiglio Della Pastorale Per I Migranti E Gli Itineranti* (Hg.), *Zingari Oggi. Tra Storia e Nuove Esigenze Pastorali, Atti del IV Convegno Internazionale della Pastorale per gli Zingari*, Roma 6–8 Giugno 1995, 240.

<sup>88</sup> Vgl. Klein, Hans Josef, *Deutschland*, in: *Pontificio Consiglio Della Pastorale Per I Migranti E Gli Itineranti* (Hg.), *Zingari Oggi. Tra Storia e Nuove Esigenze Pastorali, Atti del IV Convegno Internazionale della Pastorale per gli Zingari*, Roma 6–8 Giugno 1995, 209.

<sup>89</sup> Vgl. Opiéla; Peters, *Geschichte, Aufgaben und Tätigkeitsfelder der »Katholischen Seelsorge für Roma, Sinti und verwandte Gruppen«*, 8.

<sup>90</sup> Vgl. ebd., 8.

<sup>91</sup> Vgl. Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *List of the Participants*, in: *People on the Move* Suppl. 93 (2003), 418.

<sup>92</sup> Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *Schlussdokument*, in: *People on the Move* Suppl. 93 (2003), 398

<sup>93</sup> Lančarič, Jozef, *Deutschland*, in: *People on the Move* Suppl. 93 (2003), 269.

<sup>94</sup> Vgl. Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *Schlussdokument*, in: *People on the Move* Suppl. 110 (2008), 217.

<sup>95</sup> Vgl. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, *Kritik am katholischen »Weltkongress der Zigeuner-Seelsorge – Fördern von Klischees statt gesellschaftlicher Anerkennung*, Heidelberg 2008, in: <https://zentralrat.sintiundroma.de/kritik-am-katholischen-weltkongress-der-zigeuner-seelsorge-foerdern-von-klischees-statt-gesellschaftlicher-erkennung-2/> (zuletzt besucht am: 24.02.2022).

<sup>96</sup> Vgl. Zollitsch, Robert, *Grußwort vom 01.09.2008*, in: *People on the Move* Suppl. 110 (2008), 13.

<sup>97</sup> Vgl. Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *Schlussdokument*, in: *People on the Move* Suppl. 110 (2008), 218.

<sup>98</sup> Ebd., 217.

<sup>99</sup> Vgl. Marchetto, Agostino, *Young Gypsies, a Resource for the Civil and Ecclesial Community*, in: *People on the Move* Suppl. 110 (2008), 41.

<sup>100</sup> Vgl. Päpstlicher Rat der Seelsorge für Migranten und Menschen unterwegs, *Schlussdokument*, in: *People on the Move* Suppl. 110 (2008), 222.

<sup>101</sup> Lančarič, Jozef, *Die jungen Zigeuner in der Kirche und Gesellschaft (Situation in Deutschland – wie wir sie sehen)*, in: *People on the Move* Suppl. 110 (2008), 81 f.

<sup>102</sup> Vgl. Lančarič, Jozef, *Deutschland*, in: *People on the Move* Suppl. 114 (2011), 199 f.

<sup>103</sup> Vgl. Opiéla; Peters, *Geschichte, Aufgaben und Tätigkeitsfelder der »Katholischen Seelsorge für Roma, Sinti und verwandte Gruppen«*, 8.

<sup>104</sup> Vgl. ebd., 7.


<sup>105</sup> Franziskus, *Grußwort vom 05.06.2014*, in: *People on the Move* Suppl. 121 (2014), 21.

<sup>106</sup> Opiéla, Jan, *Umbruch in der (deutschen) »Zigeunerseelsorge«*, in: *People on the Move* Suppl. 121 (2014), 193.

<sup>107</sup> Vgl. Franziskus, *Apostolisches Schreiben in Form eines »Motu Proprio« seiner Heiligkeit Papst Franziskus vom 17.08.2016, mit dem das Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen eingerichtet wird*, in: [https://www.vatican.va/content/francesco/de/motu\\_proprio/documents/papa-francesco-motu-proprio\\_20160817\\_humanam-progressionem.pdf](https://www.vatican.va/content/francesco/de/motu_proprio/documents/papa-francesco-motu-proprio_20160817_humanam-progressionem.pdf) (zuletzt besucht am: 22.11.2023).

<sup>108</sup> Vgl. Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen, *Nomads, Roma and Sinti*, in: <https://www.humandevlopment.va/en/risorse/archivio/mobilita-umana/nomadi-rom-sinti.html> (zuletzt besucht am: 22.11.2023).

<sup>109</sup> Vgl. Päpstlicher Rat der Seelsorge für die Migranten und Menschen unterwegs, *Orientierungen für eine Pastoral der Zigeuner vom 08.12.2005*, in: [https://www.vatican.va/roman\\_curia/pontifical\\_councils/migrants/documents/rc\\_pc\\_migrants\\_doc\\_20051208\\_orientamenti-zingari\\_ge.html](https://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/migrants/documents/rc_pc_migrants_doc_20051208_orientamenti-zingari_ge.html) (zuletzt besucht am: 29.11.2023).

<sup>110</sup> Die Unabhängige Kommission Antiziganismus konstatiert: »Sinti\_ze und Rom\_nja wurde und wird durch staatliche Behörden und andere gesellschaftliche Institutionen der Bundesrepublik Deutschland (z.B. Polizei, Justiz, öffentliche Verwaltung, Ausländer- und Sozialbehörden, Schulen, Jugendämter, Kirchen, Wohlfahrtsverbände) gravierendes Unrecht zugefügt.« (Unabhängige Kommission Antiziganismus, *Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus*, Berlin 2021, 15, Hervorhebung durch V.M.) 

## (K)eine Versöhnung ohne Aufarbeitung? Kommentar zu »Beziehungsstatus: belastet. Versuch einer Verhältnisbestimmung zwischen Kirche und Minderheit in antiziganistischer Gegenwart«

*Hanna Blumenthal, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Dogmatik und Dogmengeschichte der Kath. Fakultät der Ruhr-Universität Bochum*

Folgender Kommentar wird sich an den vorherigen Ausführungen von Valerie Mitwali orientieren und dabei besonders die deutsche evangelische Seite auf theologischer Ebene beleuchten. Der Hauptteil gliedert sich in drei Teile und wird in einem Fazit enden. Dabei werden zunächst die aktuellen Ansätze der EKD, Antiziganismus in den eigenen Reihen zu bekämpfen, erläutert, um sich daraufhin der Frage nach einer historischen Aufarbeitung und theologischen Verknüpfung zu stellen.

### **Kommentar I: Eine evangelische Ergänzung**

Im Vortrag von Valerie Mitwali wird dezidiert das Verhältnis der katholischen Kirche zum Antiziganismus, ausgerichtet am Zweiten Vatikanischen Konzil 1965, untersucht.

Verena Meier zeigte 2017 in ihrem *Gutachten zum Forschungsstand zum Thema »Protestantismus und Antiziganismus«*<sup>1</sup>, welches vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in Auftrag gegeben wurde, dass Antiziganismus vor und auch noch weit nach 1945 eine Rolle im Protestantismus und in der Evangelischen Kirche in Deutschland spielt. Wie auf katholischer Seite finden sich auch hier zahlreiche Beispiele dafür, wie rassistische infantilisierende Stereotype sowohl in theologischer Fachliteratur<sup>2</sup> – wie Lexikonartikel – sowie in Missionseinrichtungen und vielen anderen Bereichen verbreitet werden.<sup>3</sup> Verena Meier weist nachdrücklich darauf hin, dass die Aufarbeitung der Mitschuld an der Verfolgung von Sinti und Roma vor und im Nationalsozialismus nicht ausreichend untersucht oder in einer Erinnerungskultur verankert wurde und ebenso wenig eine Aufarbeitung der sogenannten zweiten Verfolgung stattgefunden hat.<sup>4</sup>

Im Januar dieses Jahres veröffentlichte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Erklärung unter dem Titel *Gemeinsam Antiziganismus bekämpfen*, in der betont wird, dass nicht nur die Verschuldung im Nationalsozialismus aufgearbeitet werden soll, sondern dass es Antiziganismus auch in den heutigen kirchlichen und

gesellschaftlichen Strukturen aufzudecken gilt.<sup>5</sup> Dies ist durchaus als Schritt in die richtige Richtung zu betrachten, dennoch wird sich erst in einigen Jahren abzeichnen, in welcher Form die vagen Formulierungen der Zusammenarbeit nachhaltig umgesetzt werden können. Dies bringt mich direkt zu meinem zweiten Kommentar:

### **Kommentar II: Von (historischer) Aufarbeitung zu Versöhnung – aber wie?**

Global gesehen sind unzählige Institutionen, Länder und religiöse Gemeinschaften mit dieser Frage konfrontiert. Wie können vergangene Taten und Ereignisse aufgearbeitet und versöhnlich betrachtet werden? Dies erscheint besonders schwierig, wenn die Konsequenzen von Schuldzusammenhängen für Überlebende oder Nachkommen von Opfern nicht in der Vergangenheit zu verorten sind, sondern bis in die Gegenwart und Zukunft reichen und Schmerzen verursachen, da die gesellschaftlichen Strukturen weiterhin stigmatisieren.

Der Theologe Sandor Fazakas nennt als Bedingung für versöhnliche Bestrebungen in einer Post-Konflikt-Gesellschaft Erinnerungsarbeit in Form von einem reflektierten und wissenschaftlichen Umgang mit der Geschichte sowie prozesshaften Versöhnungsarbeiten.<sup>6</sup> Dabei orientiert er sich an der Aufarbeitung politischer Ereignisse im Mittel- und Ost-Europa des letzten Jahrhunderts. Unter der Prämisse, dass der Umgang mit der Vergangenheit schwierige und schmerzhaft Arbeit ist, verweist er darauf, dass Aufarbeitung und Versöhnung gesellschaftlich multidimensional zu betrachten sind, da es sowohl interpersonelle als auch soziale Ebenen der Versöhnungsanliegen gibt.<sup>7</sup>

Besonders hervorzuheben ist, dass Fazakas in seinem Streben nach historischer Aufarbeitung nicht daran interessiert ist, blind Daten zu veröffentlichen. Er sieht ein solches nicht aufklärendes und nicht aufarbeitendes Handeln als störend für jegliche versöhnliche Annäherung.<sup>8</sup> Zur Aufarbeitung gehört für ihn eine kontextualisierende his-

torische Hinwendung und Bearbeitung, die nicht instrumentalisiert werden sollte.<sup>9</sup>

Als Schlüssel in Fragen der historischen Aufarbeitung könnten die *Postcolonial Studies* fungieren. Sie untersuchen, wie koloniale Strukturen bis heute unsere Denkstrukturen, Stereotype und unser Kulturverständnis prägen. Die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Untersuchung dieser Zusammenhänge geht auch aus einem Aufsatz hervor, den Verena Meier kurz nach dem schon erwähnten Gutachten veröffentlichte.<sup>10</sup>

Für die stereotype Vorstellung der *Zigeuner* wird sinnvollerweise Edward Said herangezogen. In seinem Buch *Orientalismus* verdeutlicht er, wie »der Orient« westlich konstruiert und fantasiert wurde.<sup>11</sup> Diese Fantasien spielen bis heute eine große Rolle, da auf ihrer Grundlage in den Kirchen Mission gedacht und betrieben wurde.<sup>12</sup> Sinti und Roma, wie auch Juden und Jüdinnen, wurden als Europas innerer Orient konstruiert, was verdeutlicht, wie stark Stereotype künstlich erschaffen und auch innerhalb von Europa aufrechterhalten wurden.<sup>13</sup>

Auch das, was in den *Postkolonialen Studien* als *Othering* bezeichnet wird, darf nicht außer Acht gelassen werden. *Othering* ist eine meist bewusste Abgrenzung des Gegenübers als anders – anders allerdings nicht im Sinne einer zu respektierenden Andersartigkeit, sondern anders im Sinne von weniger wert, weniger Mensch. Die Dehumanisierung, die mit dem *Othering* einhergeht, findet sich in Missionsschriften auf die Gruppe von Menschen ausgerichtet, die als *Zigeuner* bezeichnet wurden, sowie in Missionsschriften aus den afrikanischen Kolonien.<sup>14</sup>

Manch einer könnte trotz dieser Erläuterung infrage stellen, was die *Postkolonialen Studien* für einen Beitrag in der Frage von Paternalisierung und Partizipation der Sinti und Roma besonders in kirchlichen Zusammenhängen beitragen können. Dies hängt ganz vom jeweiligen Verständnis von Kolonialisierung ab. Man versteht unter Kolonialismus im Allgemeinen die Ausweitung europäischer Herrschaftsgebiete auf andere Kontinente. *Postcolonial Studies* dekonstruieren die damit einhergehende rassistische Ideologie. Diese ist aber nicht auf die ehemaligen Kolonien beschränkt, sondern auch im besonderen Maße in den Nationen zu finden, die kolonialisierten. Weiter dekonstruiert, lässt sich Kolonialismus als die dehumanisierende Praxis verstehen, in der versucht wird, dem Gegenüber das Menschsein auf Grundlage von äußerlichen wie auch religiö-

sen oder kulturellen Unterschieden abzusprechen, und gleichzeitig angestrebt wird, das Gegenüber zu »erziehen« und an den von sich etablierten Status quo heranzuführen. Dies lässt sich historisch auch in Bezug auf Sinti und Roma in Deutschland beobachten, auch wenn streng genommen keine Kolonisierung vor Ort stattgefunden hat.

### **Kommentar III: Theologische Verknüpfung – ein Schritt zurück**

An dieser Stelle möchte ich mich nun dem Theologiebetrieb zuwenden – oder vielmehr der Frage, was aus all diesen Prozessen und Theorien theologisch gefolgert und entwickelt werden kann.

Im Hintergrund vieler dieser Arbeiten steht der Gedanke von Schuld, Buße, Wiedergutmachung, Versöhnung und Vergebung. Auch ohne eigenes theologisches Profil wird den Lesenden sicherlich schnell klar, warum dies für mich ein Fest an theologisch deutbaren Themen ist. Es gibt in der Theologie viele Diskussionen – besonders um die Versöhnung. Die Fragen zum Beispiel, was Versöhnung bedingt oder wer sich mit wem versöhnen kann. Was vor Versöhnung geschehen muss. Und viele mehr.

Es erscheint aber sinnvoll, an dieser Stelle einen Schritt zurückzugehen und von der Versöhnung einen Blick auf das zu richten, was im Allgemeinen davor passieren soll oder muss: die Vergebung.

Die katholische und die evangelische Kirche stehen beide dafür ein, dass die Vergebung von Schuld – mal mehr, mal weniger institutionell gebunden – prinzipiell möglich ist. Gleichzeitig müssen sich beide damit auseinandersetzen, dass sie sowohl in sich selbst als auch nach außen hin Strukturen unterstützen, in denen man gegenüber Menschen und Gott schuldig wird.

In ihrem Aufsatz »Der Mensch heißt Mensch, weil er ... vergibt?« setzt sich Magdalene Frettlöh mit philosophisch-politischen und anthropologischen Verggebungsdiskursen auseinander.<sup>15</sup> Sie beginnt dabei mit Theorien von Nicolai Hartmann, um sich anschließend mit den Ansätzen von Hannah Arendt und Jacques Derrida zu beschäftigen.<sup>16</sup> Letztere betonen auf besondere Weise, dass es im Angesicht der Verbrechen des Nationalsozialismus Unvergebbares gibt.<sup>17</sup> Wo Arendt den Strich der Unmöglichkeit bestehen lässt, weist Derrida darauf hin, dass nur das Unvergebbares, das, was nicht einfach verziehen werden kann, die Verge-

bung überhaupt braucht.<sup>18</sup> Seine Konzeption der Vergebung ist etwas, das einen fast wundersamen Charakter hat: ein Ereignis, das nicht unter Druck geschehen oder auf Verjährung zurückgeführt werden kann. Frettlöh verknüpft dies mit der christlichen geschenkten Vergebung Gottes, auf welche die Theologie ausgerichtet und aufgebaut ist.<sup>19</sup>

Aber was ist, wenn nicht vergeben wird? Weil es nicht gewollt wird oder auch nicht gekonnt? Was ist mit dem Schmerz und der Wut?

Gerne wird in Versöhnungsfragen darauf hingewiesen, dass Vergebung im Zweifelsfall im Eschaton geschehen kann – dann, wenn alle vereint und alle Tränen getrocknet werden.<sup>20</sup> Hier gilt es, kritisch zu hinterfragen, ob es sich dabei nicht einfach um eine Tendenz zur eschatologischen Paternalisierung handelt. Natürlich befinden sich im biblischen Zeugnis viele Momente der Hoffnung auf Gerechtigkeit und Versöhnung und die Theologie tut recht daran, an der Hoffnung und vielleicht auch der Unmöglichkeit der Vergebung festzuhalten; aber dies darf nie auf Kosten derer geschehen, die verletzt, benachteiligt, wütend und marginalisiert sind.

Theologie – egal ob katholisch oder evangelisch – kann nur davon profitieren, wenn sie sich weg von der künstlichen Harmonisierung und hin zu Räumen für die reale Irritation bewegt.

### Fazit?

An dieser Stelle muss man sich eingestehen, dass es nahezu unmöglich ist, zu diesem Zeitpunkt ein passendes Fazit zu ziehen, da unlängst erst oberste Schichten der Thematik abgetragen werden konnten, um notwendige, nun tiefergehende Untersuchungen in Zukunft möglich zu machen. Ich hoffe allerdings, dass aus meinem Kommentar mitgenommen werden kann, dass Kirche und Theologie wichtige Wege vor sich haben, wenn es um Aufarbeitung, Schuldeingeständnisse und hoffentlich irgendwann auch um Fragen der Vergebung gehen wird.

### Literaturverzeichnis

Althaus, Georg: »Zigeuner, Zigeunermission«, in: Evangelisches Kirchenlexikon. Christlich-theologisches Handwörterbuch, Göttingen 1962, Sp. 1899–1901.

Fazakas, Sándor: »Versöhnung als Modell historischer Aufarbeitung? Umgang mit der Geschichte als Voraussetzung für die Gestaltung der Post-Konflikt-Gesellschaften«, Vortrag gehalten bei der 9. Zeitgeschichtlichen Sommernacht der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 28.8.2012 in der St.-Elisabeth-Kirche in Berlin.

Frettlöh, Magdalene L.: »Der Mensch heißt Mensch, weil er .... vergibt?« Philosophisch-politische und anthropologische Vergabungsdiskurse im Licht der fünften Vaterunserbitte, in: Ebacht, Jürgen: »Wie? Auch wir vergeben unsern Schuldigern?«: Mit Schuld Leben (Jabboq), Gütersloh 2004, S. 179–215.

Gronemeyer, Reimer: »Zigeuner im Spiegel früher Chroniken und Abhandlungen. Quellen vom 15. bis zum 18. Jahrhundert«, Focus: Giessen 1987.

Meier, Verena: Gutachten zum Forschungsstand zum Thema »Protestantismus und Antiziganismus«. Gutachten im Auftrag des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg 2017, [https://zentralrat.sintiundroma.de/wp-content/uploads/2017/09/2017-09-23-gutachtenprot\\_antizig\\_final\\_layout.pdf](https://zentralrat.sintiundroma.de/wp-content/uploads/2017/09/2017-09-23-gutachtenprot_antizig_final_layout.pdf) (letzter Zugriff: 14.12.2023).

Meier, Verena: »Neither bloody persecution nor well intended civilizing missions changed their nature or their number«: A Postcolonial Approach to Protestant »Zigeuner« Missionary Efforts. *Critical romani studies* 1(1), 2018.

Rat der EKD: Gemeinsam Antiziganismus bekämpfen. Erklärung des Rates der EKD zur Zusammenarbeit mit Sinti und Roma, 2023, [https://www.ekd.de/ekd\\_de/ds\\_doc/Erklaerung\\_des\\_Rates\\_der\\_EKD\\_zur\\_Zusammenarbeit\\_mit\\_Sinti\\_und\\_Roma.pdf](https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Erklaerung_des_Rates_der_EKD_zur_Zusammenarbeit_mit_Sinti_und_Roma.pdf) (letzter Zugriff: 14.12.2023).

Said, Edward W.: *Orientalism*, London 1978.

Spohn, Elmar: »Frieda Zeller-Plinzner«, in: *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon* Bd. 37 (2016), Sp. 1530–1535.

**Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Vgl. Meier, Verena: Gutachten zum Forschungsstand zum Thema »Protestantismus und Antiziganismus«. Gutachten im Auftrag des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg 2017,

[https://zentralrat.sintiundroma.de/wp-content/uploads/2017/09/2017-09-23-gutachtenprot\\_antizig\\_final\\_layout.pdf](https://zentralrat.sintiundroma.de/wp-content/uploads/2017/09/2017-09-23-gutachtenprot_antizig_final_layout.pdf) (letzter Zugriff: 14.12.2023).

<sup>2</sup> Vgl. Althaus, Georg: »Zigeuner, Zigeunermission«, in: Evangelisches Kirchenlexikon. Christlich-theologisches Handwörterbuch, Göttingen 1962, Sp. 1899–1901.

<sup>3</sup> Vgl. Spohn, Elmar: »Frieda Zeller-Plinzner«, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon Bd. 37 (2016), Sp. 1530–1535.

<sup>4</sup> Vgl. Meier 2017.

<sup>5</sup> Vgl. Rat der EKD: Gemeinsam Antiziganismus bekämpfen. Erklärung des Rates der EKD zur Zusammenarbeit mit Sinti und Roma, 2023, [https://www.ekd.de/ekd\\_de/ds\\_doc/Erklaerung\\_des\\_Rates\\_der\\_EKD\\_zu\\_r\\_Zusammenarbeit\\_mit\\_Sinti\\_und\\_Roma.pdf](https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Erklaerung_des_Rates_der_EKD_zu_r_Zusammenarbeit_mit_Sinti_und_Roma.pdf) (letzter Zugriff: 14.12.2023).

<sup>6</sup> Vgl. Fazakas, Sándor: »Versöhnung als Modell historischer Aufarbeitung? Umgang mit der Geschichte als Voraussetzung für die Gestaltung der Post-Konflikt-Gesellschaften«, Vortrag gehalten bei der 9. Zeitgeschichtlichen Sommernacht der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 28. 8. 2012 in der St.-Elisabeth-Kirche in Berlin, S. 1–2.

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 6–7.

<sup>8</sup> Vgl. ebd., S. 7.

<sup>9</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>10</sup> Vgl. Meier, Verena: »Neither bloody persecution nor well intended civilizing missions changed their nature or their number«: A Postcolonial Approach to Protestant »Zigeuner« Missionary Efforts. *Critical romani studies* 1(1), 2018, S. 86–112, 103.

<sup>11</sup> Vgl. Said, Edward W.: *Orientalism*, London 1978.

<sup>12</sup> Vgl. Meier 2018, S. 104.

<sup>13</sup> Vgl. Gronemeyer, Reimer: *Zigeuner im Spiegel fruherer Chroniken und Abhandlungen. Quellen vom 15. bis zum 18. Jahrhundert*, Focus: Giessen 1987, S. 36.

<sup>14</sup> Vgl. Meier 2018, S. 104.

<sup>15</sup> Vgl. Frettlöh, Magdalene L.: »Der Mensch heißt Mensch, weil er ... vergibt?« Philosophisch-politische und anthropologische Vergebungsdiskurse im Licht der fünften Vaterunserbitte, in: Ebacht, Jürgen: »Wie? Auch wir vergeben unsern Schuldigern?«: *Mit Schuld Leben (Jabboq)*, Gütersloh 2004, S. 179–215.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 180–191.

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 198.

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 202.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 203.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 214.



## Zur Situation geflüchteter ukrainischer Roma\* in Bayern

*Rainer Burger, Thomas Höhne und Jeany Poschauko-Seitz, Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Bayern e.V.*

Hintergrund unserer Arbeitsgruppe im Rahmen der Fachtagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen bildete die seit eineinhalb Jahren anhaltende Diskriminierung und Ungleichbehandlung geflüchteter ukrainischer Roma\* in Bayern. Nach einem Input zur Situation der Geflüchteten sowie den bisher gemachten Erfahrungen im Kontext »Flucht aus der Ukraine und Antiziganismus« war es ein Ziel der Arbeitsgruppe, bestehende Defizite und Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit für die Unterstützung geflüchteter ukrainischer Roma\* in Bayern zu erörtern.

Der erste Input in der Arbeitsgruppe setzte an den Ereignissen im Frühjahr 2022 an. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine begann eine große Fluchtbewegung in Richtung Westen. Während es vielerorts eine große Bereitschaft zur Aufnahme Kriegsgeflüchteter aus der Ukraine gab, stellte sich die Lage von ukrainischen Geflüchteten, die der Roma-Minderheit angehören, völlig anders dar. Insbesondere stand in Bayern in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn die Stadt München im Fokus einer offensichtlichen Segregation und Ungleichbehandlung von ukrainischen Roma\* bzw. von als Roma\* wahrgenommenen Menschen. In den Münchner Messehallen waren von den zweitausend dort über mehrere Wochen untergebrachten Menschen ca. 90 Prozent geflüchtete ukrainische Roma\*. Zugleich wurden Angehörige der ukrainischen Mehrheitsgesellschaft innerhalb weniger Tage in dezentrale Quartiere weitervermittelt. Die Segregation von geflüchteten Roma\* begann unmittelbar nach deren Ankunft. Die Gründe dafür waren vielfältig: Zuweisung von Plätzen in der Massenunterkunft durch Helfer\*innen und Security, Weigerung von Ukrainer\*innen aus der Mehrheitsgesellschaft, sich zusammen mit Roma\* in einem Raum aufzuhalten, Schwierigkeiten bei der Vermittlung von privaten Wohnräumen, Zurückweisung von Roma\* aus oberbayerischen Landkreisen. Diese Praktiken der Segregation gingen stets einher mit antiziganistischen Ressentiments und Stereotypen, die zum Teil über Medien, aber auch durch Helfer\*innen sowie Dolmetscher\*innen verbreitet wurden. Aufgrund des Engagements einzelner Sozialarbeiter\*innen und Akteur\*innen aus München sowie der Intervention des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Bayern verbesserte sich in München die Situation allmählich. Dies

konnte insbesondere durch eine Vielzahl von Sensibilisierungsmaßnahmen, die alle im Hilfeprozess involvierten Mitarbeiter\*innen durchlaufen haben, erreicht werden.

Daran anknüpfend ging es im zweiten Teil der Arbeitsgruppe um die Entwicklung des Umgangs mit ukrainischen Roma\* in einem oberbayerischen Landkreis. Auch dort standen Abwehr und Ressentiments zu Beginn im Vordergrund. Nachdem ukrainische Roma\* in verschiedenen Gemeinden untergebracht worden waren, zogen sich viele angesiedelte Helfer\*innenkreise von der Betreuung zurück. Die zuständigen Kommunen zeigten sich zuerst unwillig, eine professionelle Betreuung zu organisieren, und so wurden die Geflüchteten weitestgehend sich selbst überlassen. Flankiert wurde diese Unterlassungshandlung durch antiziganistische Zuschreibungen. Durch Eingreifen des Landesverbands gelang es, diesen Zustand in Teilbereichen zu durchbrechen, indem bei den verantwortlichen Behörden professionelle Unterstützung für die Geflüchteten eingefordert und diese letztlich auch durch eine Vielzahl von Gesprächen durchgesetzt wurde. Der Landesverband fungierte auch als Mittler zwischen den Geflüchteten und verschiedenen Institutionen der Gemeinde. Eine wesentliche Voraussetzung dafür war der Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung zu den Geflüchteten, die mehrheitlich bereits starke Diskriminierungserfahrungen in ihrem Herkunftsland gemacht hatten. Ganz entscheidend war es, die bereits herkunftsbedingte Diskriminierung und deren soziale Folgen für die hiesigen Helfer\*innen und Sozialarbeiter\*innen nachvollziehbar zu machen.

Während sich in München und in einigen oberbayerischen Landkreisen Verbesserungen bei der Unterstützung ukrainischer Roma\* allmählich abzeichnen, gibt es auch bayerische Landkreise, in denen der Zustand von Segregation und verweigerter Hilfe trotz großer Anstrengungen und Interventionen fort dauert. So berichtete ein Teilnehmer der Arbeitsgruppe von seinen vergeblichen Bemühungen, in einem schwäbischen Landkreis einen Sozialdienst und eine Kinderbetreuung für geflüchtete Roma\* aus der Ukraine einzurichten. Selbst die Bitte um Einhaltung eines minimalen Standards wie bspw. eines monatlichen Besuchs in einer Unterkunft, in der von


über 100 Menschen mehrheitlich Roma\* untergebracht sind, wurde vonseiten des zuständigen kirchlichen Wohlfahrtsverbands abgelehnt. Die dabei vorgebrachten Begründungen erschienen zum Teil vorgeschoben bzw. sind als Ausdruck einer antiziganistischen Einstellung aufzufassen. Insbesondere die Tatsache, dass in der multiethnischen und multilingualen Ukraine auch ungarischsprachige Roma\* leben, instrumentalisieren hiesige Lokalpolitiker\*innen zu der Behauptung, dass es sich um keine »echten« Kriegsgeflüchteten handeln würde.

Verschärft hat sich die Situation auch deshalb, weil geflüchtete Roma\* in einigen Landkreisen zusätzlich zu ihrem Passdokument weitere Nachweise zum Beleg ihrer ukrainischen Herkunft beibringen müssen. Die dem Landesverband vorliegenden Informationen weisen darauf hin, dass diese verschärfte Nachweispflicht häufig antiziganistisch begründet wird, indem auf das gängige Vorurteil der angeblichen Ausnutzung des Sozialsystems durch Roma\* zurückgegriffen wird. Die Anforderung weiterer Dokumente und die Konfrontation mit gängigen antiziganistischen Stereotypen stellt in der Praxis für viele geflüchtete Roma\* eine unüberwindbare Hürde dar. In der Folge erhalten geflüchtete Roma-Familien in Bayern dann keinen vorübergehenden Schutz nach dem gültigen Aufenthaltsgesetz und somit auch keinen Zugang zu Sozialleistungen. Der Landesverband hat deshalb Ende Juli 2023 eine Stellungnahme veröffentlicht (<https://sinti-roma-bayern.de/aktuelles-6/>). Die gezielte zusätzliche Kontrolle von geflüchteten Roma\* und deren Folgen stellt aus Sicht des Landesverbands Bayern eindeutig eine Diskriminierung dar. Darüber hinaus besteht die Gefahr der strukturellen Benachteiligung dann, wenn allgemeingültige Auflagen geflüchtete Roma\* in besonderem Maße

treffen, da diese bereits im Herkunftsland benachteiligt wurden und bspw. über keine Papiere verfügen.

Der Landesverband fordert weiterhin nachdrücklich die Gleichbehandlung aller Geflüchteten aus der Ukraine unter Berücksichtigung bestehender Diskriminierungen im Herkunftsland. Geflüchtete Roma\* müssen als besonders schutzwürdige Gruppe anerkannt werden, wie dies auch im Bericht der »Unabhängigen Kommission Antiziganismus« gefordert wird. Konkret fordert der Landesverband:

- den gleichberechtigten Zugang zu allen sozialen Gütern und Leistungen für alle Geflüchteten aus der Ukraine, insbesondere der Zugang zu Aufenthaltstiteln, Sozialleistungen, Wohnraum, Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung muss für alle Geflüchteten zur Verfügung stehen;
- die Schaffung einer möglichst diskriminierungsfreien Verwaltungspraxis sowie die Benennung von und die Auseinandersetzung mit institutionellem Antiziganismus;
- die Schaffung geeigneter Beschwerdestrukturen sowie die Sensibilisierung aller an Unterstützungsmaßnahmen beteiligten Mitarbeiter\*innen;
- die Berücksichtigung von herkunftsbedingter Diskriminierung.

Deutschland hat eine historische Verantwortung gegenüber den ukrainischen Roma\*. Die Tatsache, dass Roma\* in der Ukraine und in andern osteuropäischen Ländern Opfer des nationalsozialistischen Völkermords waren, ist in der bundesdeutschen Erinnerungskultur kaum bekannt. 

## Herausforderungen kirchlicher Sozialarbeit heute

*Johanna Albers und Josefin Olsson, Diakonie Hasenberg e. V.*

### Diakonie Hasenberg e. V.

Die Diakonie Hasenberg e. V. ist ein gemeinnütziges soziales Dienstleistungsunternehmen im Münchner Norden mit über 60 Einrichtungen/Projekten und über 550 Angestellten sowie zusätzlich vielen ehrenamtlichen Mitarbeitenden in unterschiedlichen Bereichen der Sozialen Arbeit. Sie ist Mitglied im Diakonischen Werk Bayern. Ihre Aufgaben nimmt sie als eigenständige Partnerin in der Sozialarbeit wahr und stellt sich dabei in die christliche Verantwortung. Die Diakonie nimmt sich besonders der Menschen in Not, seelischer Bedrängnis und in sozial ungerechten Verhältnissen an und versucht auch, die Ursachen dieser Nöte zu beheben. In der Vernetzung und Kooperation mit anderen Trägern und Einrichtungen arbeitet die Diakonie Hasenberg e. V. innovativ und professionell, um den sozialen Problemen und Notlagen Hilfe suchender Menschen gerecht zu werden.

### Drom - Sinti & Roma

Seit Jahrhunderten sind Sinti\*zze und Rom\*nja in Europa von Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung betroffen. Die Kombination aus antiziganistischen Einstellungen und rassenbiologischen Annahmen führten während des Nationalsozialismus zu einer verheerenden Vernichtungspolitik, die bis heute Auswirkungen auf die Betroffenen und ihre Familien hat. »Bis in die Gegenwart sind die damals wirkenden antiziganistischen Denkmuster nicht kritisch hinterfragt und gesellschaftlich diskutiert worden« (Alte Feuerwache e. V. Jugendbildungsstätte Kaubstraße 2012, S. 11). Antiziganistische Einstellungen, Handlungen und Strukturen sind somit auch heute noch ein gravierendes Problem in Deutschland. Die Studie »Verlorene Mitte« geht beispielsweise davon aus, dass rund ein Viertel der Bevölkerung antiziganistische Einstellungen hat (vgl. Zick et al. 2019, S. 80). Die Erhebungen der Leipziger Autoritarismus-Studie zeigen sogar, dass über 50 % der Befragten antiziganistische Aussagen befürworten (vgl. Decker et al. 2018, S. 103).

Inwiefern dies Auswirkungen auf die Bildungssituation von Sinti\*zze und Rom\*nja haben kann, zeigt unter anderem die Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti\*zze und Rom\*nja von Daniel Strauß. Hier wird deutlich, dass zwar auch eine starke Heterogenität der Bildungswege

in der Minderheit existiert, aber dennoch von einer »gravierenden Bildungsmisere hinsichtlich formeller Bildungsabschlüsse« gesprochen werden kann (Strauß 2011, S. 93). Dies ist laut Strauß multifaktoriell bedingt. »Es gibt zum einen innerfamiliäre Bedingungen, die Bildungskarrieren hemmen und zum anderen institutionelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Bildungskarrieren von Sinti und Roma behindern« (ebd.).

Auch in München leben mehrere Tausend Sinti\*zze und Rom\*nja, deren soziale Situation sehr unterschiedlich ist.

Die Kombination aus schlechten bzw. fehlenden formellen Bildungsabschlüssen, mangelnder Berufsorientierung sowie fortwährender sozialer Benachteiligung und gesellschaftlicher Diskriminierung mindert die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für einige junge Sinti\*zze und Rom\*nja erheblich. In der täglichen Arbeit der Einrichtung der Berufsbezogenen Jugendhilfe »Junge Arbeit« der Diakonie Hasenberg e.V. wurde der Bedarf für diese Zielgruppe erkannt und entsprechende Angebote wurden entwickelt. Im Jahr 2007 wurde das Projekt S.I.N.T.I gegründet, aus dem mittlerweile die Einrichtung Drom - Sinti & Roma geworden ist.

Die Jugendberatung für Arbeits- und Lehrstellensuche (JAL) besteht seit 1978; sie ist ebenfalls eine Einrichtung der Berufsbezogenen Jugendhilfe der Diakonie Hasenberg e. V. Somit gab und gibt es bis heute zwei Beratungsstellen für junge Menschen. Ein Aspekt der Diskussion in der Arbeitsgruppe im Rahmen der Tagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen war, dass die Bereitstellung einer speziellen Einrichtung und die daraus resultierende Trennung nach ethnischer Zugehörigkeit als segregierend, diskriminierend und antiziganistisch wahrgenommen wird. Dieser Punkt ist aus unserer Sicht nachvollziehbar und sollte im Hinblick auf strukturellen Antiziganismus nochmals kritisch beleuchtet werden.

Gleichzeitig erhalten wir von Personen, die unsere Einrichtung aufsuchen, die Rückmeldung, dass es für sie sehr wichtig ist, einen Ort zu haben, an dem sie sich gut aufgehoben fühlen, sich nicht erklären müssen und ernst genommen werden. Zudem berichten einige, dass sie sich bewusst bei uns gemeldet haben, da sie in anderen Einrich-



tungen, bei anderen Trägern, negative Erfahrungen gemacht haben und ihre individuellen Bedürfnisse nicht wahrgenommen und akzeptiert wurden.

Drom - Sinti & Roma ist eine Einrichtung, die freiwillig und niederschwellig aufgesucht werden kann, selbst nicht aufsuchend tätig ist und in der Arbeit beratend auf individuelle Anliegen der Klient\*innen eingeht.

Durch den Zuschnitt der Beratungsarbeit auf die Bedürfnisse und Erwartungen sowohl der jungen Menschen als auch ihrer Familien werden wir von Personen, die uns aufsuchen, als Anlaufstelle mit dem Schwerpunkt Bildung und berufliche Orientierung akzeptiert und anerkannt. Aufgrund der Verfolgungs- und Diskriminierungsgeschichte kann eine spezifische Einrichtung als sicherer Raum dienen und eine Begegnungsstätte sein, wo sich einige Mitglieder der Gemeinschaft offen äußern können und sich nicht erklären müssen. Um gleiche Startbedingungen und eine gleichberechtigte Teilhabe für alle zu schaffen, ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich dem historischen Hintergrund der Angehörigen der Volksgruppe zu stellen. Drom wird dabei von vielen Aufsuchenden als Unterstützung wahrgenommen.

### **Angebote und inhaltliche Schwerpunkte von Drom – Sinti & Roma**

- Intensive berufliche Orientierung über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten
- Offene berufliche Orientierung – offenes, niederschwelliges Beratungsangebot
- Mädchengruppe
- Sozialberatung für die Angehörigen der jungen Menschen
- Fachberatung für andere soziale Einrichtungen

Das Bewusstsein für gesellschaftlich konstruierte Machtverhältnisse und diskriminierende Strukturen, mit denen die Jugendlichen und ihre Familien in ihrem Alltag konfrontiert werden, ist in der Beratung notwendig, um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihrer Erfahrungswelt ernst zu nehmen und einen Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge und mögliche Konfliktkonstellationen zu haben. In diesem Sinne bewegt sich die Beratung immer im Spannungsfeld zwischen Berater\*in, Klient\*in und bestimmen-

den gesellschaftlichen Bedingungen, insbesondere dem gesellschaftlichen Antiziganismus.

Für den Abbau von Vorurteilen und Ausgrenzungsstrukturen in der Mehrheitsbevölkerung ist die Vermittlung der Verfolgungs- und Diskriminierungsgeschichte bis in die Gegenwart notwendig. Zudem ist die Auseinandersetzung mit den eigenen Vorurteilen, Stereotypen und der eigenen Herkunftsgeschichte ein sehr wichtiger Bestandteil der Arbeit im sozialen Bereich.

### **Khetni\* – Sinti und Roma Mediation an Münchner Schulen (\*Miteinander)**

Khetni besteht seit 2012 als Kooperationsprojekt der beiden Träger Madhouse gGmbH und der Diakonie Hasenberg e. V. Im Projekt Khetni arbeiten Sinti\*zze und Rom\*nja als Mediator\*innen, um zwischen der Volksgruppe und öffentlichen Institutionen aus unterschiedlichen Bildungsbereichen als Vermittler\*innen aufzutreten und somit eine Brückenfunktion einzunehmen. Unterstützung von Betroffenen für Betroffene ist eine Möglichkeit, Zugang zum Bildungssystem zu ermöglichen.

Dadurch können aus kulturellen Unterschieden hervorgehende Missverständnisse vermieden und Bildungspartizipation gefördert werden.

Das Angebot der Mediator\*innen richtet sich explizit an Sinti\*zze und Rom\*nja, ist aber nicht exklusiv. Es umfasst Folgendes:

- Ansprechpartner\*in für Lehrkräfte, Schüler\*innen, Eltern, Familienangehörige
- Offene Sprechstunden
- Vermittlung bei auftretenden Konflikten
- Sensibilisierung für diskriminierende Situationen
- Pädagogische Angebote
- Auf Wunsch auch Hausbesuche und informelle Treffen mit Familien
- Beratung in Schulfragen
- Vermittlung von Hilfsangeboten, beispielsweise für Hausaufgaben
- Aufklärungs- und Antidiskriminierungsarbeit

Viele Familien haben aufgrund der Verfolgungsgeschichte im Nationalsozialismus verständlicherweise auch heute noch große Skepsis vor Behörden und staatlichen Einrichtungen. Darunter fällt auch die Schule. Die Zweisprachigkeit der Mediator\*innen (Romanes) sowie die eigene Kulturzugehörigkeit sind für einige Familien im Kontext Schule daher vertrauensstiftend und können positiv auf den Schulalltag vieler Familien wirken.

Diskriminierungserfahrungen zu begegnen und sie Stück für Stück abzubauen, ist weiterhin wegweisend für Khetni. Vorurteile und Rassismus findet man nicht nur bei Schüler\*innen und Lehrer\*innen und innerhalb von Behörden, sondern auch nach wie vor bei pädagogischem Personal in der Schulsozialarbeit, in der Bezirkssozialarbeit und in anderen »Schnittstellen« zwischen Schule und Elternhaus. Die Arbeit der Mediator\*innen ist daher häufig auch eine Gelegenheit, der Angst vieler Eltern, dass ihre Kinder ungleich behandelt werden, und generell etwaigen antiziganistischen Ressentiments entgegenzuwirken.


### Quellen:

Alte Feuerwache e. V. Jugendbildungsstätte Kaubstraße (2012): Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Mit einer Einführung in die Geschichte von Sinti und Roma und in die Theorie des Antiziganismus, Unrast Verlag, Münster.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Psychosozial-Verlag, Gießen.

Strauß, Daniel (2011): Studie zur Bildungssituation deutscher Sinti und Roma. Dokumentation und Forschungsbericht. Marburg: RomnoKher.

Strauß, Daniel (2021): Ungleiche Teilhabe. Zur Lage der Sinti und Roma in Deutschland. Mannheim: RomnoKher.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter, Dietz-Verlag, Bonn. 

# Erfahrungen, Hürden und Fallstricke in der kirchlichen Sozialarbeit mit zugewanderten Roma\*

*Johanna Smith, Diakonisches Werk Dortmund und Lünen*

## **Diakonie in Dortmund und Lünen: Rat, Hilfe und Begleitung für (fast) alle Lebenslagen**

Das Diakonische Werk Dortmund und Lünen leistet im Auftrag des Ev. Kirchenkreises Dortmund professionelle Hilfe und praktiziert christliche Nächstenliebe. Mit über 600 Mitarbeitenden und 500 Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, versteht sich die Diakonie in Dortmund und Lünen als moderne Dienstleistungsorganisation mit christlichem Profil, die mit lösungsorientierten Beiträgen in einer Zeit des gesellschaftlichen Wandels vor Ort wirksam wird.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht der Hilfe suchende und Not leidende Mensch – ungeachtet seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner sexuellen Orientierung oder Religion. Durch vielfältige Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsleistungen werden Menschen in schwierigen Lebenslagen individuell unterstützt. Die Hilfeleistung ist partnerschaftlich angelegt, versteht sich als Begleitung eines selbstbestimmten Lebens und zielt auf gesellschaftliche Teilhabe. Gemeinsam mit Betroffenen setzt sich das Diakonische Werk Dortmund und Lünen öffentlich für eine inklusive Gesellschaft ein.

## **Verpflichtung zu Diversität und Vielfalt**

Im Juni 2023 unterzeichnete die Geschäftsführung im Namen aller Mitarbeitenden die Charta der Vielfalt.<sup>1</sup> Die Diakonie in Dortmund und Lünen verpflichtet sich, die Vielfalt der Gesellschaft und deren Bedürfnisse innerhalb und außerhalb der Organisation anzuerkennen und zu respektieren. Die Idee dahinter: Eine Organisationskultur, in der Vielfalt selbstverständlich gelebt wird, führt dazu, dass alle Beschäftigten ihr Potenzial bestmöglich einbringen. Divers zusammengesetzte Teams werden als wichtige Ressource begriffen, um Menschen professionell religions- und kultursensibel zu begleiten.

## **Expertise im Handlungsfeld Migration**

Die Stabstelle »Migration und Integration« bringt langjähriges Erfahrungswissen in den Arbeitsgebieten Flucht, Asyl, Migration und in dem 2016 neu eingerichteten Bereich EU-Zuwanderung mit. Eine teilhabeorientierte und diskriminierungsen-

sible Perspektive fließt in die Konzeption und Umsetzung aller Angebote mit ein.

Diese werden sowohl als diakonische Einzelprojekte als auch als Maßnahmen im Trägerverbund an unterschiedlichen Standorten in Dortmund durchgeführt.

Die gewonnenen Erfahrungen werden innerhalb und außerhalb der Organisation geteilt, um die Teilhabe von Migrant\*innen voranzutreiben. Es ist ein hochdynamischer Bereich, da nur wenige Angebote regelhaft und auskömmlich finanziert sind.

Das Team der Mitarbeitenden zeichnet sich durch eine hohe sprachliche und kulturelle Diversität aus. Durch die Förderung von dual Studierenden, die Unterstützung von berufsbegleitenden Weiterbildungen und gezieltes Recruiting ist es gelungen, staatlich anerkannte Sozialarbeiter\*innen mit eigener Migrations- und/oder langjähriger Auslandserfahrung zu gewinnen. Das Sprachportfolio der Fachkräfte umfasst Bulgarisch, Rumänisch, Polnisch, Französisch, Russisch, Italienisch und Spanisch.

Es ist ein Anspruch und ein Ziel der Stabsstelle, innerhalb der eigenen Strukturen berufliche Chancen und gleichberechtigte Zugänge für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu schaffen.

Das Diakonische Werk betreibt mit dem Caritasverband Dortmund und der GrünBau seit Juni 2014 eine Anlaufstelle für EU-Bürger\*innen, in der herkunftssprachliche Beratung angeboten wird. Die dort angebotenen Projekte werden im Trägerverbund durchgeführt und unterstützen in der Phase der Erstintegration.

Damit wird ein weiterer Schritt in Richtung Diversität und dichter Vernetzung unternommen. Mitarbeitende, die bei unterschiedlichen Trägern angestellt sind, arbeiten trägerübergreifend in der Einzelfall- und Netzwerkarbeit zusammen.

Durch diesen Zusammenschluss ist es gelungen, eine Struktur zu schaffen, die in den letzten Jahren zwischen 1.000 und 2.000 Personen pro Jahr in Teilhabe begleiten konnte.<sup>2</sup> Der Verein Roma-

no Than e. V. ist ebenfalls vor Ort und Kooperationspartner des Trägerverbundes.

### **Zuwanderung von Roma\* als Impuls für einen professionellen, trägerübergreifenden Handlungsansatz**

Die verstärkte Zuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien nach Dortmund, darunter auch viele Roma\* und andere Minderheitenangehörige,<sup>3</sup> war 2011 der Ausgangspunkt für die Entwicklung eines professionellen Netzwerks, dem inzwischen über 70 Akteur\*innen angehören. Was als »Roma-Netzwerk« mit dem Fokus Südosteuropa begann, hat sich zu einer Struktur entwickelt, die für alle neu nach Dortmund zugewanderten oder geflüchteten Menschen Lücken im System induktiv erkennt und passende Hilfsangebote entwickelt. Die Diakonie Dortmund und Lünen hat diese Struktur mit dem Caritasverband Dortmund e. V. und dem Sozialdezernat der Stadt Dortmund in der operativen Steuerung initiiert und weiterentwickelt.

In thematischen Fachgruppen, die paritätisch mit Vertreter\*innen der Freien Wohlfahrt und der Stadt Dortmund besetzt sind, werden relevante Themen in den Fokus genommen, Probleme beschrieben und Handlungsansätze erarbeitet (z. B. Erstintegration, Kinder und Jugendliche, Arbeit, Gesundheit, Wohnen und Zusammenleben im Quartier, Ausbeutung und Menschenhandel).<sup>4</sup> Selbstorganisationen von Migrant\*innen sind Teil dieser Struktur. In einem jährlich erscheinenden, öffentlich einsehbaren Sachstandsbericht der Stadt Dortmund werden die Ergebnisse und Handlungsansätze veröffentlicht.

Die Dortmunder Gesamtstrategie legt den Schwerpunkt auf inkludierende Ansätze, die sich an spezifischen Lebenslagen orientieren. Unterschiedliche Angebots- und Partizipationsformen für neu zugewanderte Roma\* sind aber auch Teil des Unterstützungsangebotes geworden. Sie beziehen sich primär auf die Selbstorganisation oder die Förderung der kulturellen Identität (Verein Romano Than e. V. oder Kulturfestival Djelem, Djelem). Bildungsmediator\*innen sind im Rahmen von Brückenprojekten an ausgewählten Schulen tätig.<sup>5</sup>

### **Besondere Hürden für neu zugewanderte EU-Bürger\*innen und Roma\***

Die Zuwanderung von bulgarischen und rumänischen Personen nach Dortmund hat Netzwerk- und Angebotsstrukturen geschaffen, von der auch

andere Zugewanderte profitieren. Der direkte Vergleich mit Angehörigen anderer EU-Staaten zeigt auf, dass Probleme, die noch vor zehn Jahren ausschließlich der Zielgruppe der Roma\* zugeschrieben wurden, inzwischen auch Angehörige anderer Minderheiten betreffen, die aus Spanien, Italien oder Griechenland migrieren.

Während bildungsnahe Fachkräfte mit Sprachkenntnissen aus diesen EU-Mitgliedsländern schnelle Zugänge in Strukturen erhielten und nach wie vor erhalten, ist es für Menschen ohne finanzielle Ressourcen, ohne Sprachkenntnisse und mit geringer Qualifikation äußerst schwierig bis unmöglich, Teilhabe und ein menschenwürdiges Existenzminimum unmittelbar umzusetzen.

Gesetzliche Leistungsausschlüsse machen einen Bezug von Transferleistungen ohne eine Erwerbsarbeit unmöglich. Gleichzeitig begegnen Menschen, die offen als Roma\* gelesen werden, auch in Dortmund Anfeindungen und Vorurteile. In der medialen Öffentlichkeit überwiegen negative Zuschreibungen und die Hilfsbereitschaft in der Aufnahmegesellschaft ist im Vergleich zu den übrigen Geflüchteten gering.

Im Umkehrschluss heißt dies für viele Betroffene, dass jede Arbeit angenommen werden muss, um das Existenzminimum zu gewährleisten. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist eine Katastrophe für die ganze Familie, da in den Anfangsjahren auch der Bezug von SGB-II-Leistungen zeitlich begrenzt ist.

Auch erfahrene Sozialarbeitende sind in der Praxis oft handlungsunfähig, wenn sie es mit systemischer Exklusion zu tun haben. Vielleicht ist es gerade diese Erfahrung, die ein gemeinschaftliches Vorgehen und Zusammenlegen von Ressourcen vorangetrieben hat.

### **Empfehlungen**

Viele Ansätze haben Chancen und Risiken. Der Nutzen für die Klient\*innen sollte daher immer wieder kritisch hinterfragt werden.

### **Fallstrick: Ethnisierung von Problemlagen**

Die Soziale Arbeit hat die Aufgabe, Menschen mit Problemen zu helfen. Was als Problem empfunden wird, ist allerdings ein soziales Konstrukt. Schulabstrenzung ist z. B. ein solches Problem. Viele Kinder und Jugendliche sind davon betroffen. Die Ethnisierung von Problemlagen und eine Einordnung als ethnisches Problem ist nicht ziel-

führend, da so der Blick auf andere Faktoren zu kurz kommt.

Der Einsatz von »Roma-Mediator\*innen« oder »Roma-Bildungsbegleiter\*innen« im schulbegleitenden Dienst unterstützt einerseits den Ankommensprozess und ist dazu gedacht, Schulabstimmung und Diskriminierung zu verhindern. Andererseits können aber stereotype Annahmen auch verstärkt werden (»Kinder werden nicht zur Schule geschickt«). Zielführender wären sprachlich diverse Teams, die alle zugewanderten Schüler\*innen und Eltern kultursensibel unterstützen und gemeinschaftlich gegen unterschiedliche Formen der Diskriminierung vorgehen.

### **Fallstrick: Zielgruppenspezifische Angebote nur für Roma\***

Es ist verständlich, wenn Vereine oder Selbstorganisationen den Anspruch haben, sichere Räume zu schaffen und Angebote nur für Roma\* zu gestalten. Im Kontext von Gruppenangeboten der Sozialen Arbeit ist in der Praxis oft ein Machtgefälle und eine strukturelle Ungleichheit beobachtbar. Die soziale Fachkraft gehört in den meisten Fällen keiner Minderheit an. Es stellt sich die Frage, wer das Mandat und die Rolle innehat, zielgruppenspezifische Angebote zu entwickeln. Kirchliche Institutionen, freie Wohlfahrtspflege oder ausschließlich die Selbstorganisationen?

Eine Hilfe durch Organisationen ist in Form von Finanzierungshilfen oder einer kostenlosen Bereitstellung von Räumlichkeiten unbedenklich und sinnvoll, wenn dies angefragt und gewünscht wird.

### **Fallstrick: Erhebung von ethnischen Daten**

In vielen Projektstrukturen, darunter auch in europäischen Fördersträngen, wird die Zugehörigkeit zur Minderheit der Roma\* abgefragt. Es

mag verlockend sein, diese Daten zu erheben, doch ist dieses Vorgehen abzulehnen. Die Kirche ist sogar verpflichtet, sich gegen diese Praxis auszusprechen. Die Erfahrungen mit dem Zuzug aus Südosteuropa zeigen, dass einige Kommunen ein Ethnic Profiling von Menschen aus Südosteuropa praktizieren und dies für sinnvoll erachten, um etwas über die Zielgruppe zu erfahren, Hilfen, aber auch Sanktionen zu initiieren und Fördergelder zu begründen. Die Tatsache, dass das so praktiziert wird, zeigt, dass Schutzstrukturen gegen die Erhebung ethnischer Daten versagen.

Die Kooperation und Zusammenarbeit mit Antidiskriminierungsstellen und der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus muss systematisch und flächendeckend in kirchliche/diakonische Angebote implementiert werden.

### **Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Siehe dazu <https://diakoniedortmund.de>.

<sup>2</sup> Die Zahl variiert aufgrund des Wegfalls von Projekten und unterschiedlicher Aufnahmekapazitäten.

<sup>3</sup> Die Diakonie erhebt keine ethnischen Daten. Aus Bulgarien kamen jedoch viele Personen, die sich der türkischen oder mazedonischen Minderheit zugehörig fühlten. Eine Selbstzuschreibung im Beratungsgespräch als Roma\* fand bei bulgarischen Staatsbürger\*innen selten statt. Unter den rumänischen Staatsangehörigen migrierten auch Personen, die durch die spezifische Trachtenkleidung der Erwachsenen als Roma\* identifiziert werden konnten.

<sup>4</sup> Siehe dazu: Certa, Christiane (o. D.): *Möglichkeiten und Chancen guter Vernetzung am Beispiel der Dortmunder Gesamtstrategie*. Online: [ISA\\_tf\\_vor\\_komm\\_materialsammlung\\_1\\_06.indd](#) (transferagentur-nordrhein-westfalen.de).

<sup>5</sup> Siehe dazu: *Dortmunder Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa 2022*. Online: [ISA\\_tf\\_vor\\_komm\\_materialsammlung\\_1\\_06.indd](#) (transferagentur-nordrhein-westfalen.de).



## Aufsuchende Sozialarbeit am Beispiel des Projekts Teilhabe von Roma\* in Stuttgart

Renate Melis, Diakonisches Werk Württemberg

Mein Name ist Renate Melis und ich arbeite für das *Diakonische Werk Württemberg*. Der Dienstort ist bei der *Evangelischen Gesellschaft* in Stuttgart. Mein Auftrag ist es, Menschen aus der Gruppe der neu zugewanderten Roma\*, die zu meist aus Rumänien stammen, ans Hilfesystem anzubinden.

Die Familien aus Rumänien erhalten als neu zugewanderte EU-Bürger\*innen in Deutschland nicht automatisch Sozialleistungen. Sie leben meist auf der Straße und schlafen im Park. Sie dürfen zwar einreisen, müssen sich jedoch selbst versorgen bzw. eine Arbeit finden. Erst wenn sie eine Stelle gefunden haben, werden sie in Sozialunterkünften untergebracht und erhalten Leistungen vom Jobcenter.

Oft suchen sie verzweifelt nach Arbeit, weshalb ich sie auch bei der Arbeitssuche unterstütze.


Immer wieder gibt es Konflikte mit Ladenbesitzer\*innen, bei Hilfestellen und Behörden. Häufig werden sie dort als zu laut und fordernd empfunden. Wie Diskriminierung im Alltag aussehen kann, möchte ich Ihnen anhand einiger Beispiele schildern.

Vor einiger Zeit kam eine Familie zu mir, die nach Rumänien zurückkehren wollte. Auf dem Sozialamt fragte ich die zuständige Sachbearbeiterin nach Rückreisetickets. Ich bat sie, dafür zu sorgen, dass die Familie bis zum Ausreisedatum eine Unterkunft erhält, da es zu diesem Zeitpunkt sehr kalt war und zur Familie zwei Kinder im Alter von neun Jahren gehörten. Darauf sagte die Sachbearbeiterin wörtlich zu mir: »Die Kinder haben das neun Jahre überlebt, sie werden es auch noch das zehnte Jahr überleben.«

Einer anderen Familie habe ich im Rahmen des Projekts einige Artikel im Drogeriemarkt gekauft. Als der Familienvater mich um den Beleg bat, erklärte ich ihm, dass ich diesen für die Abrechnung behalten müsse. Der junge Mann sagte mir, dass er ihn brauche, da ihm die Polizei sonst Ladendiebstahl vorwerfen könnte. Auf Nachfrage bei der Polizei habe ich die Mitteilung erhalten, dass man in einigen Fällen tatsächlich nach einem Kassenbeleg fragt. Ein Beispiel dafür sei eine Fahrzeugkontrolle, bei der ein Kofferraum voller Rasierklingen entdeckt wird. Der Fahrzeughalter werde dann nach einem Beleg gefragt.

Erst kürzlich kam ein Rom zu mir, der eine sehr hohe Geldstrafe erhalten hatte. Der Grund dafür war, dass er eines innerstädtischen Platzes verwiesen wurde. Auch hier stellt sich die Frage, weshalb Angehörige der Minderheit, die sich in Stuttgart aufhalten, von öffentlichen Plätzen verwiesen werden.

Des Weiteren ist zu erwähnen, dass einige Roma\* nahezu gänzlich aus dem Hilfesystem ausgeschlossen werden. Dazu zitiere ich eine diakonische Bezirksstelle: »Wir sind nicht für Sinti\* und Roma\* zuständig!« Die Familie erhielt die Beratung ausschließlich in meiner Begleitung.

Somit sind meine Aufgaben, Brücken zum Hilfesystem zu bauen, bei den verschiedenen Stellen zu vermitteln sowie Unterstützung bei alltäglichen Dingen anzubieten, die die Familien allein nicht bewältigen können. Dabei muss ich feststellen, dass es viel zu wenig niederschwellige Hilfsangebote für sie gibt. 

# Erfahrungen aus der Bildungsarbeit über Nationalsozialismus und Rassismus gegen Sinti\* und Roma\*

*Maria Macher, Diakoniewerk Simeon, Berlin*

Im Rahmen eines Landesprogramms haben die sogenannten Stadtteilmütter die primäre Aufgabe, migrantische Familien zu Hause in ihren Wohnungen aufzusuchen und sie dort in deren Muttersprache und auf Augenhöhe zu insgesamt zehn Themen der Erziehung, Bildung und Gesundheit zu informieren. Erwerbslose Mütter aus dem Stadtteil werden in einem halbjährigen Kurs qualifiziert und auf die Tätigkeit vorbereitet. Die so ausgebildeten Stadtteilmütter besuchen dann andere Familien ihrer ethnischen Community in ihrem Wohnumfeld und unterstützen Eltern und Kinder beispielsweise beim Erlernen der deutschen Sprache, verweisen auf kieznahe Bildungseinrichtungen oder helfen bei der selbstständigen Wahrnehmung der Erziehungsverantwortung. Die Familien erhalten bei den insgesamt zehn Besuchen ausführliche Informationen und Materialien in ihrer Muttersprache, die zur Auseinandersetzung mit dem eigenen Erziehungsverhalten motivieren und gleichzeitig Hilfsangebote im Bezirk aufzeigen. Die Stadtteilmütter selbst werden sozialpädagogisch begleitet und erhalten für ihre Tätigkeit eine tarifliche Entlohnung. Das Projekt kooperiert eng mit Kindertagesstätten, Grundschulen, Familienzentren, Beratungsdiensten und der kommunalen Jugend- und Gesundheitshilfe, insbesondere dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst.

Die Frauen gewinnen durch die Mitarbeit im Projekt an Selbstbewusstsein, nehmen innerhalb der eigenen ethnischen Community eine positive und ermutigende Vorbildfunktion ein und haben daher auch Einfluss auf die Erziehung und Entwicklung der Kinder in den betroffenen Familien. Durch ihre hoch angesehene Tätigkeit ermutigen sie auch andere Frauen, stärker zu partizipieren und mitzugestalten.

## Projektziele im Einzelnen

- Förderung der Integration von Familien mit Migrationserfahrungen durch Stärkung der Erziehungskompetenz
- Vermittlung konkreter Hilfen und Informationen für Familien im Bezirk
- Stärkung der Zusammenarbeit von Eltern und Bildungseinrichtungen

- Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe
- Qualifizierung und Förderung erwerbsloser Migrantinnen

## Grundsätze der Arbeit

Die Arbeit gründet auf Respekt und Wertschätzung für die unterschiedlichen Lebenswelten und Lebensentwürfe der Familien. Das Projekt verfolgt einen partizipativen Ansatz, der auf den Ressourcen und Stärken der Eltern aufbaut. Die Besuche sind kostenlos und richten sich an interessierte Mütter/Eltern, unabhängig von Konfession und Nationalität.<sup>1</sup>

## Stadtteilmütter auf den Spuren der Geschichte

Seit 2006 kooperieren die Stadtteilmütter aus Berlin mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in dem gemeinsamen Projekt »Stadtteilmütter auf den Spuren der nationalsozialistischen Geschichte«. Inzwischen haben allein im Bezirk Neukölln etwa 500 Stadtteilmütter daran teilgenommen. Bereits zu Beginn der Kooperation regten die Neuköllner Stadtteilmütter selbst an, nach Abschluss der Basisqualifizierung mehr über den deutschen Nationalsozialismus zu erfahren. Ihnen war durchaus bewusst, dass dieses Thema auch heute noch eine große Rolle spielt. Darüber hinaus wollten sie in der Lage sein, ihren Kindern, die mit vielen Fragen von Gedenkstättenbesuchen oder aus dem Geschichtsunterricht nach Hause kamen, Antworten zu geben.

Daraufhin entwickelte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste eine Seminarreihe mit zehn Terminen und einer Wochenendfahrt mit folgendem Konzept: Die Stadtteilmütter setzen sich in den Workshops mit filmischen und schriftlichen Materialien zum Thema auseinander, welche verschiedene historische Aspekte und Perspektiven beinhalten. Sie treffen Zeitzeugen sowie deren Nachkommen und besuchen Gedenkstätten.

Im Rahmen der Seminarreihe erzählen sich die Teilnehmerinnen auf einer Wochenendfahrt auch ihre eigenen Migrationsbiografien. Mit Methoden aus der Biografiearbeit wird ihren Geschichten von Migration, Flucht, von Bürgerkriegen, Ausgrenzung und von Armut in den Herkunftslän-

dern und von einem Leben mit Diskriminierungserfahrungen in der hiesigen Gesellschaft Raum gegeben. Es sind Geschichten, die nur selten erzählt werden können. Biografische Vielfalt wird dadurch sichtbar gemacht und wertgeschätzt. Auch die Beziehung der jeweiligen Herkunftsgeschichten der Stadtteilmütter zur deutschen Geschichte wird herausgearbeitet. Denn auch die Geschichten der eingewanderten Frauen gehören zur deutschen Geschichte. Die Thematisierung von Migration ist wichtig, um sowohl Diskriminierungserfahrungen als auch Erfahrungen der Zugehörigkeit als Teil des Prozesses des historisch-politischen Lernens zu begreifen.

Die an den Seminarreihen teilnehmenden Stadtteilmütter wollen verstehen, wie der Nationalsozialismus als politisches und gesellschaftliches System funktionierte und ob bzw. wo es Kontinuitäten in der aktuellen deutschen Gesellschaft gibt. Die Bereitschaft, sich mit den Mechanismen von Ausgrenzung, Verfolgung und Völkermord zu beschäftigen, ist sehr hoch.

Im Anschluss an jede Seminarreihe gibt es eine öffentliche Abschlusspräsentation. Die Stadtteilmütter legen großen Wert darauf, das angeeignete Wissen und die Erlebnisse einer breiten Öffentlichkeit (Familienangehörige, besuchte Familien, Presse, politische Vertreter\*innen, Gedenkstättenmitarbeiter\*innen und Wissenschaftler\*innen) zu präsentieren.

Den inhaltlichen Schwerpunkt einer Seminarreihe bestimmen die Teilnehmerinnen nach eigenen Interessen selbst. Zum Beispiel das Euthanasieprogramm, die Rolle der Frauen im Nationalsozialismus, der Umgang mit Täterinnen nach 1945, die Vernichtung von Homosexuellen, Rassismus in der heutigen Gesellschaft sowie Rassismus gegen Sinti\* und Roma\* waren bisherige Schwerpunkte.

Mit der Umsetzung der Freizügigkeit für osteuropäische Arbeitnehmer\*innen im Jahr 2014 traten auch osteuropäische Roma\* aus Bulgarien und Rumänien verstärkt in den Gesundheits- und Bildungseinrichtungen in Erscheinung. Es kam zu ersten persönlichen Kontakten mit Müttern, die besucht wurden, von denen sich manche später selbst als Stadtteilmütter engagierten. Aufgrund persönlicher Kontakte mit Romnja haben die Stadtteilmütter den Schwerpunkt Geschichte der Sinti\* und Roma\* im Nationalsozialismus gewählt, um gestärkt dem alltäglichen Rassismus in der Gegenwart entgegenzutreten zu können. Im Workshop liegt der Fokus auf der Geschichte der

nationalsozialistischen Verfolgung von Sinti\* und Roma\*, den Kontinuitäten, Brüchen und Folgen nach 1945 und auf dem aktuellen Rassismus, der sich gegen Angehörige der Minderheit richtet. Wie in der Mehrheitsgesellschaft ist auch in den migrantischen Communitys wenig über die Geschichte der Sinti\* und Roma\* bekannt. Ihre Geschichte soll stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein gerückt werden, um die Bürger\*innen für den Rassismus und die Diskriminierung zu sensibilisieren, die den Angehörigen der Minderheiten von Sinti\* und Roma\* bis heute entgegenschlagen – unabhängig davon, ob sie schon seit vielen Generationen zur deutschen Gesellschaft gehören oder erst kürzlich eingewandert sind. Das bedeutet für den Workshop auch, mit Betroffenen direkt ins Gespräch zu kommen – nicht übereinander zu reden, sondern miteinander.

Die Auseinandersetzung mit dem Rassismus, dem Sinti\* und Roma\* ausgesetzt sind, und die Sensibilisierung haben dazu beigetragen, dass Stadtteilmütter in der Lage sind, Segregation in manchen Elterncafés entgegenzuwirken und Personen unterstützend zur Seite zu stehen, die aus der Gemeinschaft ausgegrenzt werden. Die Dokumentation »Wir müssen unseren Kindern die Geschichte der Sinti und Roma erzählen« beschreibt die Seminarreihen zu dieser Thematik (erhältlich über ASF – [www.asf-ev.de](http://www.asf-ev.de)).

Eine Gruppe von Stadtteilmüttern reiste 2017 nach Rumänien, besuchte dort Bildungseinrichtungen und traf Vereine und Aktivist\*innen, um besser verstehen zu können, unter welchen Bedingungen Roma\* im Herkunftsland leben und wie die Migration nach Deutschland verläuft. Folgende Fragen stellten sich die Teilnehmerinnen vor der Reise: Wie prägt die Geschichte jahrhundertelanger Verfolgung die heutige Roma-Minderheit? Wie können wir erreichen, dass Migration nicht nur problematisiert, sondern als legitimes Recht anerkannt und als Chance für eine vielfältige Gesellschaft betrachtet wird? Ist Rassismus eine Ursache für die Auswanderung aus Rumänien? Wie können wir dem Rassismus in der deutschen Gesellschaft entgegenwirken, der die Themen »Roma\*« und »Migration« immer wieder verknüpft? Bei den Besuchen lernte die Gruppe die Vielfalt der Perspektiven, Anliegen und Zugänge wertschätzen und gewann Einblicke in die Praxis und Herausforderungen der Arbeit vor Ort. Erlebnisse und Ergebnisse der Studienreise wurden in der ASF-Broschüre »Wir wollten unsere Zukunft nicht versäumen« festgehalten (erhältlich über ASF – [www.asf-ev.de](http://www.asf-ev.de)).




Die Beschäftigung mit antisemitischer und rassistischer Verfolgung in der Geschichte lenkt den Blick auch auf aktuelle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Das Wissen um geschichtliche Zusammenhänge ist für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft wichtig. Zudem stellt sich durch die Beschäftigung mit dem Leben von Verfolgten, Täter\*innen und Mitläufer\*innen im Nationalsozialismus automatisch die Frage nach ethischen und politischen Handlungsmöglichkeiten zwischen Anpassung, strukturellen Zwängen, Zivilcourage und Widerstand.

Das Vorurteil, Migrant\*innen seien nicht an Themen der Aufnahmegesellschaft interessiert oder tendenziell zu antisemitisch, um sich mit dem Holocaust zu beschäftigen, stimmt nicht mit unseren Erfahrungen überein. Wir haben die Frauen als sehr wissbegierig, offen und empathisch erlebt. Durch ihre Tätigkeit als Stadtmütter haben die Frauen die Erfahrung gemacht, dass Bildung – auch politische Bildung – für jede Frau und Mutter eine wichtige Rolle in der persönlichen Entwicklung spielt. Durch die intensive Auseinandersetzung mit politischen und historischen Themen, die für die deutsche Gesellschaft relevant sind, bezeugen die Stadtmütter, dass sie sich als Teil dieser Gesellschaft betrachten und in Deutschland wirklich angekommen sind.

Vierzehn Stadtmütter aus Berlin-Neukölln haben die Erfahrungen ihrer Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte aufgeschrieben. Daraus ist eine lesenswerte Broschüre entstanden: »Unsere Geschichten – eure Geschichte? Neuköllner Stadtmütter und ihre Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus« (erhältlich über ASF – [www.asf-ev.de](http://www.asf-ev.de)). In dem 2011 entstandenen Film »Es ist auch meine Geschichte – Stadtmütter auf den Spuren des Nationalsozialismus« werden drei Stadtmütter aus Neukölln und Kreuzberg bei ihrer Begegnung mit Zeitzeugen und an Gedenkorten porträtiert (erhältlich über ASF – [www.asf-ev.de](http://www.asf-ev.de)).

*Beitrag zum gleichnamigen Workshop, durchgeführt in Zusammenarbeit mit Janika Raisch (Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.)*

**Anmerkung:**

<sup>1</sup> Weitere Informationen über das Stadtmütterprojekt erhalten Sie unter: Landesprogramm Stadtmütter – Berlin.de und Stadtmütter in Neukölln | Diakoniewerk Simeon ([diakoniewerk-simeon.de](http://diakoniewerk-simeon.de)). 

## JOKESI Club - das erste deutschsprachige Kinderbuch mit romani und sinti Charakteren als Heldinnen der Geschichte

*Tayo Awosusi-Onutor, RomaniPhen e.V., Berlin*

Im Rahmen der Fachtagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen habe ich aus meinem Kinderbuch »JOKESI Club« gelesen und dazu einen Workshop durchgeführt.

»JOKESI Club« ist das erste deutschsprachige Kinderbuch mit romani und sinti Charakteren als Heldinnen der Geschichte. Es handelt von den drei Mädchen Jovanka, Kemi und Sina. Sie sind die besten Freundinnen und zufälligerweise auch die Gründerinnen des JOKESI Clubs. Der Club hat schon so einige knifflige Rätsel und Fälle gelöst. Außer ihrer Freundschaft haben die drei Freundinnen noch etwas gemeinsam. Jovankas und Kemis Familien sind Roma. Sinas Familie sind Sinti. Die drei Freundinnen gehen in die vierte Klasse einer Grundschule in Berlin. Eigentlich läuft alles ganz normal, wie immer eben. Bis nach den Herbstferien Lukas neu in ihre Klasse kommt. Lukas scheint ganz nett zu sein und etwas schüchtern. Er trägt immer eine grüne Mütze. Wahrscheinlich ist die Mütze sein Glücksbringer. Eines Tages sehen die drei Freundinnen Lukas hinter der Turnhalle weinend auf dem Boden sitzen. Was ist da nur passiert? Wieso weint Lukas? Und wo ist seine grüne Mütze? Jovanka, Kemi und Sina wissen sofort: Das ist ein Fall für den JOKESI Club ...

Nach einer Lesung aus »JOKESI Club« wurde über den Entstehungsprozess, die Motivation und den großen Bedarf an Kinderbüchern mit dieser Thematik gesprochen. Es entwickelte sich ein angeregter und konstruktiver Austausch zur Frage, welche Darstellungen von Rom\*nja und Sinti\*zzi

in den Medien bekannt sind und wieso es wichtig ist, das Narrativ positiv zu verändern. Dabei kamen die Geschichte von Rom\*nja und Sinti\*zzi, die romani Existenz in Deutschland bzw. in deutschsprachigen Gebieten und die Wirkmacht von Worten zur Sprache. Trotz der begrenzten Zeit war es ein schöner und produktiver Arbeitsprozess. So konnten die Teilnehmenden neues Wissen mitnehmen und gleichzeitig ihr mitgebrachtes Wissen mit der Workshop-Gruppe teilen. Welche Wichtigkeit Own-Voices-Bücher haben, wurde ebenfalls besprochen.

Im letzten Workshop-Teil sammelten die Teilnehmenden Beispiele für Own-Voices-Bücher und für Beiträge von romani Persönlichkeiten aus Medien, Kunst, Kultur, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Es wurde deutlich, dass die Fremdbeschreibung von Rom\*nja und Sinti\*zzi in der Literatur sowie sämtlichen weiteren Darstellungen einer jahrhundertelangen Kontinuität folgt. Gleichzeitig existieren wertvolle Beiträge aus verschiedensten Bereichen der romani und sinti Community. Diese gilt es sichtbarer, präsenter und leichter zugänglich zu machen.

Informationen zum Buch:

*JOKESI Club. Jekh, Dui, Drin – 3 Freundinnen in Berlin (Band 1)*

*Mit Illustrationen von Olufemi Stella Awosusi.*

*Herausgegeben von Tayo Awosusi-Onutor*

*50 Seiten, Hardcover, 2. Auflage (2023), Deutsch  
ISBN: 9783982534619*

*Erhältlich über [www.omobooksverlag.de](http://www.omobooksverlag.de)*



## Identität – Religion – »Rasse« – Verfolgung Die Geschichte von Mariechen

*Dr. Hans Hesse unter Mitarbeit von Kevin Kyburz-Fischer vom Kreismuseum Syke*

Mariechen<sup>1</sup> wird 1927 als Tochter einer katholischen Sinteza geboren und wächst seit ihrem ersten Lebensjahr als Pflegekind in einem evangelischen Dorf in Niedersachsen auf. Als ihre Konfirmation Anfang der 1940er-Jahre ansteht, wird infrage gestellt, ob sie Teil der örtlichen Gemeinschaft sein darf. Deutungen und Zuschreibungen im Hinblick auf ihre »Rasse«, Religionszugehörigkeit, Pflegefamilie und die leiblichen Eltern bestimmen fortan ihr Schicksal – ohne Mariechens eigene Antworten auf die Frage nach ihrer Identität je miteinzubeziehen. Am Ende steht ihr Tod im September 1944 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück – sie ist gerade einmal 17 Jahre alt.

Der nachfolgende Text skizziert das kurze Leben Mariechens und die vielschichtigen Identitäten und Zuschreibungen, denen das Mädchen ausgesetzt war.

### Mariechen

Mariechen wurde am 21. September 1927 in Riepe (bei Aurich) geboren. Ihre Mutter Maria Erika Franz wurde am 23. Dezember 1908 in Berlin-Spandau geboren, der Lebenspartner der Mutter hieß Josef Jakob, geboren am 15. Juli 1904 in Segeberg. Das Paar hatte zwei Kinder: Willi (geboren am 15. Januar 1934 in Neuss) und Walter (geboren am 15. Januar 1936 in Mönchengladbach). Als Beruf gab die Mutter »Artistin« an.<sup>2</sup> Der Stiefvater war Pferdehändler.<sup>3</sup> Der leibliche Vater Mariechens sei ein Kesselflicker namens »Stewo« gewesen.<sup>4</sup>

Unmittelbar nach ihrer Geburt kam Mariechen wegen einer schweren Erkrankung in ein Bremer Krankenhaus. Die Mutter gab an, dass ihre Tochter nur drei Monate bei ihr geblieben und dann in ein Bremer Krankenhaus eingeliefert worden sei. Bekannte aus Bremen hätten ihr später erzählt, dass ihr Baby in dem Krankenhaus gestorben sei. Erst ca. 10 Jahre nach der Geburt habe sie vom Jugendamt in Krefeld erfahren, dass ihr Kind lebte. Sie habe zwar versucht, das Kind zu sich zu holen, aber die Pflegeeltern hätten das nicht gewollt. Der Name von Mariechens Vater wäre ihr unbekannt. Sie sei bei der Geburt selbst erst 16 Jahre alt gewesen<sup>5</sup> und hätte nicht weiter nach ihm geforscht. Ihren Eltern gegenüber habe sie Josef Jakob als Vater angegeben.<sup>6</sup> Die Eltern der

Mutter waren Johann Franz und Margarete Franz, geb. Steinbach.

Da die Mutter nach der Genesung Mariechens nicht ermittelt werden konnte, wurde Mariechen am 29. März 1928 dem Kinderheim Mainstraße in Bremen überstellt. Fortan war das Bremer Jugendamt für das wenige Monate alte Kind zuständig. Am 16. Oktober 1928 wurde für Mariechen eine Pflegefamilie in Klein Mackenstedt bei Bremen gefunden.

### Mariechen Legenhausen

Mariechen kam in die Familie des Arbeiters Heinrich Legenhausen (geb. 1891) in Klein Mackenstedt (heute Heiligenrode). Laut Eintrag im Meldebuch Heiligenrode erfolgte der Zuzug am 29. Oktober 1928.<sup>7</sup> Ebenfalls ist dort der Eintrag »ev.« vermerkt. Mariechen gilt ab diesem Zeitpunkt als evangelisch. Gesundheitlich litt das Mädchen weiter an einer Einschränkung des Hörvermögens (infolge von »Ohrenlaufen«) und war mäßig schwerhörig. Die Pflegefamilie hatte Mariechen nur übernommen, weil sie zeitgleich einen Pflegesohn, Eduard Bennecke, erhalten hatte. Er war zwei Jahre älter als Mariechen und lebte zuvor ebenfalls in dem Kinderheim in Bremen.<sup>8</sup>

Mariechen lebte scheinbar unbehelligt bei dieser Familie. 1933 wurde sie eingeschult. Eine Mitschülerin, Jahrgang 1931, erinnert sich, Mariechen in den Pausen gesehen zu haben. Sie habe viel gelacht, sei ein lustiges Mädchen gewesen und nicht von ihren Mitschüler\*innen geärgert worden. Gleichwohl habe man gemunkelt, dass sie eine »Zigeunerin« gewesen sei. Nach 1945 sei man davon ausgegangen, dass sie abgeholt worden sei, sie sei ja plötzlich verschwunden gewesen.

Auf einem Klassenfoto von 1938 lächelt sie im Kreise ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler in die Kamera. Sie wirkt keinesfalls isoliert. Auf der Rückseite eines Fotos aus dieser Zeit gab Mariechen ihren Namen mit »Mariechen Legenhausen« an.

Währenddessen teilte die Fürsorgebehörde in Krefeld der Mutter 1937 mit, dass ihre Tochter am Leben war und wo sie sich aufhielt. Außerdem

sagte man ihr, dass sie für das Kind aufzukommen hätte. Da sie aber das Fahrgeld (von Klein Mackenstedt nach Krefeld) nicht aufbringen konnte, blieb Mariechen weiterhin in der Pflegefamilie. 1939 war die Mutter jedoch in der Lage, die Fahrt zu bezahlen, und erklärte ihren Wunsch, das Kind zu sich zu nehmen: »Ich bitte daher das Erforderliche zu veranlassen, dass meine Tochter Maria von Bremen nach Aachen kommen kann.«<sup>9</sup> Das Jugendamt verweigerte sein Einverständnis mit einer rassistischen Begründung. Dass sie ihr Kind nunmehr haben wolle, entspreche »weniger echten und aufrichtigen Muttergefühlen, als vielmehr dem Gedanken, dass das Kind, das jetzt herangewachsen ist, der F. [Franz, d. A.] bei ihrem zigeunerhaften Umhertreiben wertvolle Dienste leisten kann.«<sup>10</sup>

Diese Zeilen sind der früheste Nachweis dafür, dass Mariechen eine Sinteza war.

Zu einer Zuspitzung kommt es im Zuge der Planung ihrer Konfirmation am 29. März 1942 und der Schulentlassung am 5. April 1942. Mariechen wurde nicht konfirmiert. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und noch nicht eindeutig geklärt. Laut Eintrag in der Meldebescheinigung galt Mariechen als evangelisch. Möglicherweise war jedoch bereits bekannt bzw. hatten Erkundigungen ergeben, dass Mariechen kurze Zeit nach ihrer Geburt in Aurich katholisch getauft worden war. Dann hätte sie, um konfirmiert werden zu können, die Konfession wechseln müssen. Da sie jedoch als »Zigeunerin« galt, wäre ihr dieser Wechsel verwehrt worden.

Bekannt ist im Moment lediglich, dass sie nicht konfirmiert wurde und dass sie in Bremen als Katholikin gemeldet war. Es muss also in Klein Mackenstedt zur Kenntnis neuer Informationen gekommen sein, die Mariechens Identität mindestens zweifach neu bestimmten: 1. dass sie eine Sinteza war, und 2. dass sie eine Katholikin war.

### Mariechen Franz

Am 15. April 1942 trat Mariechen eine Stelle als Hausgehilfin in einem Kindergarten der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) in Bremen an. Gemeldet war sie in Bremen in der Woltmershauserstr. 257, der Adresse des Kindergartens. Aus der Meldekarte geht des Weiteren hervor, dass Mariechen nunmehr als Katholikin angesehen wurde. Ein weiterer Vermerk lautet »Zigeuner-Mitt[eilung]Jug[end]Amt«<sup>11</sup>.

Ursprünglich handelte es sich hier um einen evangelischen Kindergarten. Dessen Leiterin, die Diakonisse Thea Stoldt, war mit Mariechens Arbeitsleistung unzufrieden und wandte sich am 18. Juli 1942 an das Bremer Jugendamt: »Es handelt sich bei Mariechen um ein schwachsinniges Mädchen, welches sehr triebhaft, aufdringlich, hemmungslos, wenig leistungsfähig in der Arbeit, aber willig und gehorsam und anhänglich ist. Im Kindergarten ist sie schwer tragbar, dazu kommt, dass sie als nichtarisch (Zigeuner?<sup>12</sup>) für die NSV-Arbeit nicht in Frage kommt. M. ist sehr määner toll und versucht mit allen vorübergehenden Männern anzubändeln. Vor einigen Tagen fand ich einen Flaksoldaten in ihrem Zimmer. [...] Beide behaupteten, keinen GV [Geschlechtsverkehr, d. A.] gehabt zu haben.«<sup>13</sup> In derselben Akte wird an anderer Stelle das Schreiben von Thea Stoldt ebenfalls wiedergegeben. Dort ist das Fragezeichen hinter dem Wort »Zigeuner« allerdings durchgestrichen. Des Weiteren wird der Name des Flaksoldaten mit Gustav Klein angegeben.

Mariechen durchlief in den folgenden Monaten diverse Einrichtungen in Bremen: Zunächst kam sie in eine Jugendfürsorgeeinrichtung für Mädchen, im September 1942 wurde sie in die Bremer Nervenlinik eingewiesen. Von dort wurde im Februar 1943 der Antrag auf Zwangssterilisation gestellt. In dem Verfahren musste Mariechen eine Schriftprobe abgeben. Sie wurde angewiesen, »Mariechen Franz« zu schreiben.<sup>14</sup> Nach dem Beschluss der Zwangssterilisation wurde Mariechen am 4. November 1943 als 16-Jährige in der Bremer Frauenklinik unfruchtbar gemacht.

### Z 10544

Am 1. März 1944 erfolgte auf Veranlassung des Jugendamts Mariechens Verlegung in das Bewahrungshaus Hamburg-Farmsen. Der Grund dürfte die schon einmal angestrebte Deportation nach Auschwitz gewesen sein, die in Bremen nicht zustande gekommen war. Am 18. April 1944 verließ ein Deportationszug mit Sinti\* und Roma\* Hamburg in Richtung des »Zigeunerfamilienlagers« Auschwitz-Birkenau. Ihr wurde die Nummer »Z 10544« auf den Unterarm tätowiert.<sup>15</sup>

Als sie am 21. April 1944 das Lager erreichte, waren ihre Mutter und deren Lebenspartner sowie ihre Brüder bereits in Auschwitz ermordet worden<sup>16</sup>: Ihre Mutter starb am 13. August 1943,<sup>17</sup> Willi am 6. September 1943<sup>18</sup>, Walter ebenfalls 1943<sup>19</sup> und der Vater starb am 4. Februar 1944<sup>20</sup>. Auch die in Hamburg in der Olgastr. 4 wohnen-

den Eltern von Maria Franz, Johann und Grete Franz, wurden in Auschwitz ermordet.<sup>21</sup>

#### 40274

Nur einen Monat später, am 24. Mai 1944, wurde Mariechen in das FKL Ravensbrück überführt. Hier erhielt sie die Häftlingsnummer 40274.

Mariechen starb am 25. September 1944 um 20:30 Uhr im Krankenzentrum des FKL Ravensbrück, angeblich an Lungentuberkulose.<sup>22</sup>

#### Gedenken

Für Mariechens Eltern und ihren jüngsten Bruder Willi wurden im Juli 2007 STOLPERSTEINE in Köln, Großer Griechenmarkt 37, verlegt.<sup>23</sup> Für Mariechen liegt seit September 2008 in Bremen-Neustadt, Osterstr. 20, ein STOLPERSTEIN. Ihr Name wird des Weiteren auf dem Namensdenkmal im Lohsepark am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof in Hamburg nachgetragen werden.

Nach gegenwärtigem Stand (November 2023) wird ein STOLPERSTEIN für Mariechen auf eine städtische Initiative hin auf öffentlichem Grund vor der ehemaligen Schule in Heiligenrode (ehemals Klein Mackenstedt) verlegt werden. Ebenso soll eine Gedenktafel mit einem Klassenfoto, auf dem Mariechen zu sehen ist, entweder an oder vor der ehemaligen Schule aufgestellt werden, und zwar möglichst an der Stelle, wo das Klassenfoto seinerzeit aufgenommen wurde. Gearbeitet wird derzeit an dem Konzept für eine Wanderausstellung.

Es ist sehr erfreulich und ermutigend, dass so viele Akteure und Einrichtungen (Gemeinde Syke, Kreismuseum Syke, Evangelische Kirche in Bremen, um nur einige zu nennen) sich der Aufarbeitung von Mariechens Geschichte annehmen wollen und ihrer gedenken, eines Mädchens, das nie eine wirkliche Chance hatte, eine eigene Identität zu entwickeln und zu leben.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Das Schicksal von Mariechen Franz wurde von Gerda Engelbracht in mehreren Veröffentlichungen dargestellt: Engelbracht, Gerda, *Der tödliche Schatten der Psychiatrie. Die Bremer Nervenlinik 1933–1945*, Bremen 1996, S. 50–54; dies., »Denn bin ich unter das Jugendamt gekommen.« *Bremer Jugendfürsorge und Heimerziehung 1933–1945*, Bremen 2018, S. 43–47; dies., *Maria Franz*, in: Christoffersen, Peter / Johr, Barbara (Hg.), *Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Neustadt (Bremen) 2020*, S. 91–94; dies., *Maria Franz*, <http://www.stolpersteine->

[bremen.de/detail.php?id=353](http://www.stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=353), zuletzt besucht am: 27.8.2021; vgl. a. Nitschke, Asmus, *Die »Erbpolizei« im Nationalsozialismus. Zur Alltagsgeschichte der Gesundheitsämter im Dritten Reich. Das Beispiel Bremen, Opladen/Wiesbaden 1999*, S. 242–247, sowie Hesse, Hans, »Ich bitte, die verantwortlichen Personen für ihre unmenschlichen barbarischen Taten zur Rechenschaft zu ziehen«. *Die Deportation der Sinti und Roma am 8. März 1943 aus Nordwestdeutschland*, Bremen 2022, S. 45–50; ders., [www.spurensuche-bremen.de/spur/zweifach-verfolgt-und-schliesslich-ermordet-mariechen-franz/](http://www.spurensuche-bremen.de/spur/zweifach-verfolgt-und-schliesslich-ermordet-mariechen-franz/), zuletzt besucht am: 29.11.2023.

<sup>2</sup> Für die Angaben über die Mutter vgl. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, BR 2034, Nr. 13; über den Vater vgl. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, BR 2034, Nr. 20, und über den Sohn Willi vgl. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, BR 2034, Nr. 21. Bei den drei Akten handelt es sich um Bestände der Kriminalpolizei Köln, Dienststelle für Zigeunerfragen.

<sup>3</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, BR 2034, Nr. 20.

<sup>4</sup> Aussage der Mutter Maria Franz am 10.5.1939 vor der Kriminalpolizei in Aachen, in: Archiv des Krankenhaus-Museums am Klinikum Bremen Ost, 18231, Bl. 12.

<sup>5</sup> Tatsächlich war sie bei der Geburt 18 Jahre alt.

<sup>6</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, BR 2034, Nr. 13, Abschrift des Protokolls der Vernehmung von Maria Franz v. 10.11.1942. Auftraggeber des »Verhörs« war die Rassenhygienische Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes Berlin-Dahlem. Sie wollte wissen, wer der Vater war.

<sup>7</sup> Gemeindearchiv Stuhr, Bestand 04. Altakten Heiligenrode, Signatur: 04.3310, An- und Abmeldebuch Nr. 5.

<sup>8</sup> Er starb am 28. April 1945 als 19-jähriger Soldat bei Padua/Italien. Ich verdanke diese Information Kevin Kyburz-Fischer.

<sup>9</sup> Archiv des Krankenhaus-Museums am Klinikum Bremen Ost, 18231, Aussage der Mutter am 10.5.1939 vor der Kriminalpolizei Aachen, Bl. 12.

<sup>10</sup> Ebd., Bl. 12 (versus).

<sup>11</sup> StAB, 4, 82/1 Franz, Maria, Meldekartei.

<sup>12</sup> In der Abschrift des Schreibens in der Akte des Erbgesundheitsgerichts Bremen (StAB 4, 130 2 – XIII Nr. 16 1943, Bl. 6) fehlt das Fragezeichen.

<sup>13</sup> Das Schreiben der Diakonisse ist nur in Auszügen überliefert in: Archiv des Krankenhaus-Museums am Klinikum Bremen Ost, 18231, Bl. 4.

<sup>14</sup> Archiv des Krankenhaus-Museums am Klinikum Bremen Ost, 18231, Bl. 15; vgl. a. StAB 4, 130 2 – XIII Nr. 16 1943, Bl. 9.

<sup>15</sup> Gedenkbuch. *Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau*, München/London / New York / Paris 1993, Bd. 1, S. 706, Z 10544.

<sup>16</sup> Sie waren am 2.3.1943 in Köln verhaftet worden, vgl. Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, BR 2034, Nr. 20, Bl. 21.

<sup>17</sup> Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, München/London / New York / Paris 1993, Bd. 1, S. 132, Z 1645.


<sup>18</sup> Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, München/London / New York / Paris 1993, Bd. 2, S. 814, Z 1435.

<sup>19</sup> Ebd., S. 814, Z 1436.

<sup>20</sup> Ebd., S. 814, Z 1434.

<sup>21</sup> Der Vater Johann, geb. 6.5.1875, gest. 29.6.1943, Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, München/London / New York / Paris 1993, Bd. 2, S. 930, Z 3408. Die Mutter, geb. 25.10.1885, gest. 9.5.1944, Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, München/London / New York / Paris 1993, Bd. 1, S. 272, Z 3826 (Geburtsdatum dort falsch »27.10.1925«). Möglicherweise hat die Großmutter demnach ihre Enkelin in Auschwitz noch getroffen.

<sup>22</sup> Archiv des Krankenhaus-Museums am Klinikum Bremen Ost, 18231, Bl. 42.

<sup>23</sup> Zu der Besonderheit dieser STOLPERSTEINE s. Hesse, Hans, STOLPERSTEINE. Idee. Künstler. Geschichte. Wirkung, Essen 2017, S. 183 ff. 

## Kirchliche Sozialarbeit und Wohnpolitik in westdeutschen Großstädten

*Anna Reinöhl, Universität Hamburg, und PD Dr. Yvonne Robel, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg*

Die 1970er und 1980er Jahre gelten gemeinhin als diejenige Phase, in der Sinti\* und Roma\* verstärkt zur Zielgruppe gestaltender Sozialpolitik und der sich gerade etablierenden Sozialarbeit und -pädagogik wurden. Ein bis heute sichtbares Zeichen dafür sind separate Wohnsiedlungen, die in verschiedenen Städten zu dieser Zeit konzipiert und erbaut wurden. Vielfach wurden sie mit Beteiligung kirchlicher Akteur\*innen umgesetzt, deren Sozialarbeit mit Sinti\* und Roma\* oft wei-

ter zurückreichte. Dieser Beitrag, der die Diskussionen einer Arbeitsgruppe auf der Tagung des Netzwerks Sinti Roma Kirchen dokumentiert, beschäftigt sich beispielhaft mit der Entstehungsgeschichte solcher Siedlungen in Hamburg und Köln. Gefragt wird nach dem zeitgenössischen Kontext ihrer Geschichte, nach der Rolle der jeweiligen kirchlichen Akteur\*innen vor Ort und nach von ihnen vertretenen Integrations- und Partizipationskonzepten.

## Der Georgswerder Ring und die Mission für Südosteuropa (Hamburg)

*Anna Reinöhl*

Der Georgswerder Ring liegt im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg südlich der Elbe, zwischen der Veddel und dem Georgswerder Energieberg. Es handelt sich um eine kleine kreisförmig angelegte Siedlung mit rund 20 rotbraunen Klinkerhäusern. Gebaut wurde sie Anfang der 1980er Jahre auf Initiative und im Auftrag der Stadt Hamburg speziell für eine Familie Hamburger Sinti\*: Familie Weiß, die dort mit ca. 150 Personen bis heute wohnt. Anhand von städtischen Unterlagen und Presseberichten aus dem Hamburger Staatsarchiv lässt sich der Entstehungsprozess der Siedlung (zumindest das, was davon öffentlich dokumentiert wurde) nachzeichnen. Erste Pläne für den Bau einer Siedlung wurden in den frühen 1970er Jahren bekannt.<sup>1</sup> Anlass dafür waren die schlechten Bedingungen, unter denen Mitglieder der Familie Weiß damals auf einem Gelände etwas weiter nördlich am sogenannten Georgswerder Bogen lebten. Familienmitglieder, die die Schrecken des Nationalsozialismus überlebt hatten, waren nach 1945 nach Hamburg zurückgekehrt.<sup>2</sup> Dort erlebten sie wie viele Sinti\* und Roma\* in Deutschland eine auf Segregation, Abschreckung und Vertreibung ausgerichtete Wohnungspolitik.<sup>3</sup> Familie Weiß lebte in der frühen Nachkriegszeit auf wechselnden Plätzen in Wilhelmsburg, von denen sie immer wieder vertrieben wurde. Erst 1973 wurde die Stadt Hamburg, damals von der SPD regiert, auf die schlechten Lebensbedingungen am Georgswerder Bogen aufmerksam. Mitglieder der Familie Weiß erzählen heute differen-

zierter, teilweise auch sehr positiv von Erinnerungen an das Leben am Georgswerder Bogen.<sup>4</sup> Der Senat aber konstatierte mit Verweis auf deren prekäre Lebensbedingungen akuten Handlungsbedarf, in das Leben von Familie Weiß einzugreifen. Bau- und Sozialbehörde begannen daraufhin, mit der SAGA, einem Hamburger Wohnungsbaunehmen, und in Absprache mit einzelnen Vertreter\*innen der Familie Weiß eine neue Unterbringung zu planen.<sup>5</sup> Zum ersten Mal legte die Stadt Wert auf eine partizipative (oder zumindest bedarfsorientierte) Planung. Sieben Jahre später, im September 1980, legte der Hamburger Senat als Ergebnis dieser Planung der Hamburger Bürgerschaft ein Konzept für das sogenannte »Modellvorhaben ›Wohnungen für Zigeuner in Hamburg« zur Abstimmung vor.<sup>6</sup>

Das Konzept des Hamburger Senats sah den Bau einer neuen Siedlung einige Hundert Meter südlich des Georgswerder Bogens vor. Ziel dieser Siedlung war demnach die »unabweisbar notwendige Verbesserung der schlechten Wohnbedingungen«<sup>7</sup> der Familie Weiß. Gebaut werden sollte darüber hinaus eine Siedlung, die »die besondere Lebensweise und die Wohnbedürfnisse der Zigeuner umfassend berücksichtigt und über eine bloße Sesshaftigkeit hinaus die weitere Eingliederung der Zigeuner zulässt und fördert.«<sup>8</sup> Der Senat verfolgte mit dem Bau einer neuen Siedlung also gleich drei Ziele: bessere Wohnbedingungen, Kulturerhalt und Integration. Das Konzept für den

Georgswerder Ring steht damit exemplarisch für einen wichtigen Richtungswechsel in der bundesdeutschen Minderheitenpolitik in den 1970er Jahren: Bis dahin dominante ordnungspolitische Ansätze, die Sinti\* und Roma\* als per se gefährliche Gruppe konstruierten, der man mit staatlicher Kontrolle und Verfolgung begegnete, wurden abgelöst durch sozialpolitische Ansätze, die Sinti\* und Roma\* als hilfsbedürftige soziale Randgruppe konstruierten, die auf staatliche (oder kirchliche) Fürsorge und Sozialarbeit angewiesen ist.<sup>9</sup> »Die progressiv gemeint[e] Leitformel ›Integration bei gleichzeitiger Wahrung der ethnischen Identität«<sup>10</sup> verstärkte paradoxerweise antiziganistische Stereotype, die Sinti\* als »anders« markierten und abwerteten. Auch die Argumentation des Hamburger Senats in Bezug auf den Georgswerder Ring baut auf diesen antiziganistischen Stereotypen auf. 1980 war der Bau einer neuen Siedlung für Mitglieder der Familie Weiß für die Stadt Hamburg auch deswegen attraktiv, weil dadurch Flächen am Georgswerder Bogen für einen finanziell lukrativen, »dringend benötigte[n] Autohof«<sup>11</sup> frei wurden.

Im Konzept für den Bau des Georgswerder Rings betonte der Hamburger Senat, dass die Planung »frühzeitig mit den künftigen Bewohnern abgestimmt«<sup>12</sup> wurde. Tatsächlich erinnern sich auch Mitglieder der Familie Weiß daran, dass Gespräche zwischen der Stadt und den damals Ältesten der Familie stattgefunden hatten. Der Senat plante 21 zweigeschossige Doppelhäuser mit insgesamt 42 Wohnungen unterschiedlicher Größe in lockerer, ringförmiger Anordnung. Familie Weiß hatte demnach vor allem darauf bestanden, auch in Zukunft in unmittelbarer räumlicher Nähe zusammenleben zu können.<sup>13</sup> Vertreter\*innen der Familie hätten sich zudem große Wohnküchen und geschlechtergetrennte Toiletten gewünscht, worauf der Senat eigenen Angaben zufolge in der Planung Rücksicht genommen hatte.<sup>14</sup> Als 1980 die konkreten Baupläne für den Georgswerder Ring bekannt wurden, wurden diese öffentlich kontrovers diskutiert. Einerseits kam es zu Protesten in der Georgswerder Nachbarschaft.<sup>15</sup> Andererseits wurden die Baupläne von der CDU-Opposition stark kritisiert: Das Projekt sei zu teuer, sozialpolitisch falsch und ungerecht gegenüber anderen Minderheiten.<sup>16</sup> Die SPD verteidigte die neue Siedlung daraufhin auch als Akt der symbolischen Wiedergutmachung für eine im Nationalsozialismus verfolgte und lange diskriminierte Minderheit. SPD-Bausenator Volker Lange sagte 1980 in einer Sendung des NDR: »Wir sind uns [...] darüber im Klaren, dass wir aus der geschichtlichen Entwicklung heraus Verpflichtung

und Verantwortung dafür tragen, die ~~Zigeuner~~ in Hamburg vernünftig unterzubringen.«<sup>17</sup> Im November 1980 setzte sich die SPD in der Hamburger Bürgerschaft durch und der Bau der Siedlung wurde beschlossen.<sup>18</sup> Die SAGA und der Architekt Carl Groth wurden mit der Umsetzung beauftragt. Zwei Jahre später, im Oktober 1982, war der Georgswerder Ring bezugsfertig und ein Großteil der Familie Weiß zog in die neue Siedlung.<sup>19</sup>

Wie in den vorherigen Abschnitten deutlich wurde, ist die Geschichte des Georgswerder Rings aus Perspektive der Stadt und aus Perspektive der Hamburger Öffentlichkeit relativ gut dokumentiert. Viel weniger ist bisher über Perspektiven innerhalb der Familie Weiß bekannt. In meiner Masterarbeit habe ich mich deswegen explizit mit der Entstehung und Bedeutung des Georgswerder Rings aus dieser Perspektive beschäftigt.<sup>20</sup> Wie erinnern sich Mitglieder der Familie Weiß an die Entstehung des Georgswerder Rings und an den Umzug in die Siedlung? Welche Bedeutung schreiben sie dem Georgswerder Ring und seiner Entstehung zu? Um diesen Fragen nachzugehen, habe ich von Juni bis September 2023 ausführliche Erinnerungsgespräche mit Mitgliedern der Familie Weiß geführt.<sup>21</sup> So lernte ich auch die freichristliche Missionsgemeinde kennen, deren Arbeit im Georgswerder Ring in Bezug auf das Thema der diesjährigen Tagung besonders spannend erscheint.

Die Missionsgemeinde im Georgswerder Ring ist Teil der Mission für Südosteuropa, eines freikirchlichen Vereins, der sich eigenen Angaben zufolge seit 1900 dafür einsetzt, »das Evangelium von Jesus Christus [...] bisher unerreichten Völkern und Volksgruppen«<sup>22</sup> zu verkünden. Eine wichtige Zielgruppe der Missionsarbeit sind Sinti\* und Roma\* in Deutschland. Seit den frühen 1950er Jahren war die Mission für Südosteuropa unter Hamburger Sinti\* aktiv.<sup>23</sup> Vor allem eine Missionarin, Gertrud Wehl, bemühte sich in Wilhelmsburg um die bis dahin katholische Familie Weiß. Familienmitglieder erzählen heute, die Familie reagierte, traumatisiert durch ihre Erfahrungen im Nationalsozialismus, zunächst misstrauisch. Insbesondere im Kontakt mit den Kindern aber hätte sich Gertrud Wehl ihr Vertrauen erarbeitet.<sup>24</sup> 1962 dann wurde Wilhelmsburg von einer starken Sturmflut getroffen. Große Teile des Stadtteils wurden zerstört, die Wohnwagen der Familie Weiß blieben jedoch nahezu unversehrt. Diese Erfahrung gilt heute als kollektives Erweckungserlebnis – große Teile der Familie bekehrten sich zum freichristlichen Glauben.<sup>25</sup> Solange Familie Weiß in Wilhelmsburg auf wechselnden Wohn-



wagenplätzen wohnte, nutzte die Gemeinde einen sogenannten »Heilands Bus« für Kinder- und Bibelstunden.<sup>26</sup> 1982 dann zog die Gemeinde mit Familie Weiß in den Georgswerder Ring um. Dort etablierte sich die sogenannte »Hütte der Geborgenheit« als Kirche und Gemeindehaus. Akten aus dem Hamburger Staatsarchiv zeigen, dass sich die Missionarin Getrud Wehl bereits aktiv am Entstehungsprozess des Georgswerder Rings beteiligte.<sup>27</sup> Ein erneuter Blick in das Konzept, das der Hamburger Senat 1980 für den Bau des Georgswerder Rings veröffentlichte, zeigt, dass darin für eine erfolgreiche Verwirklichung des Wohnprojekts auch »projektbegleitende soziale Maßnahmen«<sup>28</sup> vorgesehen waren. Der Senat plante eine Ansprechstelle, die »vor Ort für sie [Familie Weiß, Anm. d. Verf.] bereitsteht und sich ihrer Probleme auf der Grundlage von gewachsenem Vertrauen und Kenntnis der besonderen Situation der Zigeuner annehmen kann«<sup>29</sup>. Konkrete Aufgaben sollten z. B. Familienfürsorge oder Nachbarschaftsarbeit sein. Als Räumlichkeiten für diese Sozialarbeit war das Club- und Umkleidehaus des ehemaligen Sportplatzes vorgesehen, der sich vor 1980 auf dem Gelände des Georgswerder Rings befand. Tatsächlich wurde die im städtischen Konzept beschriebene Sozialarbeitsstelle nie besetzt. Stattdessen befindet sich in den Räumlichkeiten, die für die Sozialarbeit gedacht waren, seit 1982 die »Hütte der Geborgenheit«. Die Missionsgemeinde, so mein Argument, hat diese Rolle zu großen Teilen übernommen und kümmert sich bis heute um vielfältige soziale Aufgaben.

Der Georgswerder Ring ist »wie ein eigenes Dorf und die Kirche mittendrin«<sup>30</sup>, so die Beschreibung einer meiner Gesprächspartner\*innen. Auch ich hatte vor Ort den Eindruck, die Missionsgemeinde nimmt im Georgswerder Ring räumlich und im übertragenen Sinn eine zentrale Rolle ein.<sup>31</sup> Tägliche Gebets- und Bibelstunden, Sonntagsgottesdienste oder Zeltmissionen im Sommer strukturieren den Alltag der Siedlung. Die Gemeinde leistet soziale Fürsorge durch Seelsorge, aber auch durch Kinderbetreuung, Alten- und Krankenbesuche oder Konfliktberatung. Sie engagiert sich darüber hinaus als Interessensvertretung z. B. auf Ämtern und in Behörden sowie für den Dialog zwischen Sinti\* und Nicht-Angehörigen der Minderheit, beispielsweise durch regelmäßigen Kontakt zu »deutschen« Partnergemeinden.<sup>32</sup> Außerdem pflegt die Gemeinde das kollektive Gedächtnis der Familie Weiß durch gemeinsame Rituale und Jubiläumsfeiern oder das Sammeln und Bewahren von Erinnerungsgegenständen. Die Präsenz der Missionsgemeinde im unmittelbaren Wohnumfeld fördert meiner Beobachtung nach eine enge und persönliche Beziehung zwischen der Missionsgemeinde und Mitgliedern der Familie Weiß. Die Missionsarbeit ist dabei jedoch auch geprägt von essenzialistischen und paternalistischen Narrativen. Der Missionsgedanke an sich setzt die Abwertung einer Lebensweise voraus, die Sinti\* traditionell zugeschrieben wird. Bekehrungsgeschichten reproduzieren zum Teil antiziganistische Stereotype. Das Engagement von Missionar\*innen als Vermittler\*innen zwischen zwei Welten bringt diese vermeintlich getrennten Welten erst sozial hervor.

## Wohnen in Köln-Roggendorf und der Sozialdienst Katholischer Männer e. V.

PD Dr. Yvonne Robel

Wie auch in Hamburg wurden in den 1970er Jahren in Köln Wohnprojekte für Sinti\* und Roma\* initiiert. Ein erstes Wohnprojekt wurde 1975 fertiggestellt. Neben Freiburg, Hildesheim oder München diente es für spätere Initiativen als Modellprojekt im Feld der »Integration«. Die Entstehung und Existenz des Kölner Wohnprojekts ist wie auch in Hamburg zugleich eine Geschichte konfessionell gebundener Sozialarbeit. In diesem Fall rückt als zentraler Akteur der Sozialdienst Katholischer Männer e. V. (SKM) in den Blick. Als Fachorganisation des Caritasverbandes war er zugleich in die sogenannte »Zigeuner- und No-

madenseelsorge« der katholischen Kirche eingebunden.

Die Vorgeschichte des Kölner Wohnprojekts ähnelt denen in anderen Städten: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zunächst ein Platz in der Stadt als Ort für Rückkehrende und Zuziehende genutzt, der während des Nationalsozialismus als »Zigeunerlager« und somit zur Organisation der Deportationen gedient hatte. In Ermangelung einer Alternative und weil die Stadtpolitik seit Anfang der 1950er Jahre darauf abzielte, alle anderen in der Stadt verteilten Wohnwagen u. Ä. an einem Ort zu konzentrieren, nahm die Be-

wohnerschaft des Platzes im Laufe der 1950er Jahre stetig zu.<sup>33</sup> 1958 wohnten dort ca. 650 Menschen. Im selben Jahr wurde der Platz von der Stadt geräumt, offiziell wegen städtebaulicher Planungen und gesundheitspolitischer Bedenken. Die Betroffenen erfuhren erst wenige Tage zuvor, dass sie auf einen anderen Platz in Köln-Roggendorf/Thenhoven umgesiedelt werden sollten. Der neue Platz, als Übergangslösung angekündigt, lag am äußersten Stadtrand, 18 km vom Zentrum entfernt, auf freiem Feld, ohne Anschluss an öffentlichen Nahverkehr, ohne Stromanschluss. Zudem wurde beschlossen, sogenannte »Zigeunerfamilien« dahin umzusiedeln, andere Bewohner\*innen jedoch andernorts unterzubringen. Die Bewohner\*innen des Platzes am Rande von Köln lebten in Wellblechhütten und alten Bussen. 1963 ersetzte die Stadt sie durch ausgediente Eisenbahnwaggons und erhob eine Wohngebühr. Die Umsiedlung 1958 kam einer kompletten Separierung gleich, die fehlenden Infrastrukturen machten sich eklatant bei der Versorgung sowie bei Wegen zur Arbeit oder Schulbesuchen bemerkbar.<sup>34</sup>

Mit der Umsiedlung an den äußersten Rand der Stadt setzte auch die Arbeit des Sozialdienstes Katholischer Männer e. V. in Köln ein. Ende der 1950er Jahre entdeckte der Verband die Arbeit in sogenannten »sozialen Brenn- und Schwerpunkten« als Aufgabe für sich. Wie auch andere definierte er damit »Randgruppen« als Ziel sozialer Fürsorge. Der SKM gründete einen entsprechenden Fachbereich – unter die Brennpunkte fasste er Wohnungslosenprojekte sowie sogenannte »Zigeunersiedlungen«. Seit 1959 war er personell und räumlich auf dem Platz, auf dem Sinti\* und Roma\* lebten, präsent. Davor hatte der Anfang des 20. Jahrhunderts gegründete SKM offensichtlich keinerlei Erfahrung in der Arbeit mit Minderheitenangehörigen.<sup>35</sup>

Allgemein setzte sich der SKM zum Ziel, in jenen (selbst definierten) Brennpunkten sogenannte »Spielstuben« einzurichten. Hierbei handelte es sich um Tageseinrichtungen für Kinder, die oftmals zu Sozialzentren und somit zu Anlaufstellen für Jugendliche, Erwachsene und Eltern ausgebaut wurden. Auf dem Platz in Köln-Roggendorf startete zunächst eine Fachkraft des SKM eine Spielstube in einem abgestellten Bus, ab 1971 stand ein Holz-Fertigbau für eine Kindertageseinrichtung zur Verfügung. Die Einrichtung diente zur Vorbereitung des Schulbesuchs für Kinder, zudem zu Lese- und Schreibkursen für Erwachsene und zur Hilfe bei Arbeitsvermittlungen. Sukzessive wurde die Personalsituation aufge-

stockt. Seit 1965 waren vor Ort auch zwei Frauen aus der Community als Erziehungshelferinnen angestellt – neben zwei externen Fachkräften, Praktikant\*innen, Honorarkräften und Ehrenamtlichen. Finanziert wurde das Ganze vom Erzbistum Köln und der Stadt.<sup>36</sup>

Der SKM nahm bereits in der frühen Phase seiner Arbeit eine sehr ambivalente Rolle ein: Einerseits handelten dessen Mitarbeiter\*innen aus einem christlich motivierten Hilfeverständnis heraus, arbeiteten vor Ort, suchten das direkte Gespräch und den Kontakt mit Betroffenen. Andererseits verfolgten sie das Ziel der Erziehung und reproduzierten permanent vorurteilsgeprägte Einstellungen gegenüber den Betroffenen. Der Verein verstand sich – anders als die Missionsgemeinde in Hamburg – explizit als Akteur der Sozialarbeit. Es ist nahezu erstaunlich, wie wenig seelsorgerische Arbeit in den dokumentierten Zielen und Inhalten der SKM-Arbeit auftaucht. Entsprechend waren die Ansätze des Verbands stets auch von allgemeinen Entwicklungen der Sozialen Arbeit abhängig.

Seit Anfang der 1970er Jahre wurden in Köln konkrete Schritte unternommen, in der Stadt eine Wohnsiedlung für Sinti\* und Roma\* zu erbauen und damit Abhilfe für die nach wie vor prekäre Wohnsituation in den Eisenbahnwaggons zu schaffen. Der SKM sah die langfristige Verbesserung der Wohnsituation als »zweite Integrationsstufe« an. Anfang 1972 legte der Verein dem Rat der Stadt und der Kölner Verwaltung ein Arbeitspapier vor, in dem er anmahnte, menschenwürdige Wohnungen zu schaffen und die sozialarbeiterische Tätigkeit zu intensivieren.<sup>37</sup> Die Debatte darüber wurde im zuständigen Ausschuss der Kölner Sozialverwaltung geführt; umstritten war vor allem der Standort einer zukünftigen Siedlung: am bisherigen Eisenbahnwaggon-Platz oder an einem neuen Standort in Roggendorf, näher an der bestehenden Wohnbebauung. In der potenziellen zukünftigen Nachbarschaft regte sich schnell Protest: Bei einer Bürgerversammlung im Ortsteil, bei der der Bauplan vorgestellt wurde, wurden Einwände laut, dass das Grundstück stattdessen für eine Schule oder ein Gemeindezentrum genutzt und freistehende Sozialwohnungen für Sinti\* und Roma\* verwendet werden sollten. Einige Anwesende äußerten offen antiziganistisch ihre Ablehnung.<sup>38</sup> Trotzdem erging 1973 schließlich der Auftrag zum Bau. Das dafür vorgesehene Grundstück gehörte der Stadt und befand sich im selben Stadtteil wie der bisherige Platz, aber etwas näher an der Stadt und besser angebunden. Umgesetzt wurde das Projekt mit

der Wohnungsbaugenossenschaft GAG. 18 Wohnhäuser waren im August und September 1975 bezugsfertig, zu dieser Zeit wohnten noch knapp 100 Menschen auf dem Eisenbahnwaggon-Platz.<sup>39</sup>

Parallel versuchte der SKM Anfang der 1970er Jahre, die eigene Arbeit mit einem klaren Profil zu versehen. Wichtige Parameter waren dabei: ein ganzheitlicher Einbezug von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Erwachsenen in die Sozialarbeit, die Kooperation mit anderen Akteuren (insbesondere städtischen Institutionen), der Einbezug von Betroffenen sowie eine aktive Nachbarschaftsarbeit.<sup>40</sup> Als der SKM 1975 das neue Wohnprojekt von Sinti\* und Roma\* zum Anlass nahm, um ein Rahmenkonzept für die Tätigkeit am konkreten Ort zu verabschieden, spiegelten sich darin jene allgemeinen Ansätze wider.<sup>41</sup>

Allerdings – und das ist das Charakteristische dieser »zweiten Stufe der Integration« – wurde das Integrationskonzept des SKM für die Arbeit mit Sinti\* und Roma\* zugleich massiv mit dem Konzept der Identität angereichert. 1971 hieß es u. a., »daß der Versuch einer Integration der ~~Zigeuner~~ in die moderne Industrie- und Leistungsgesellschaft auf keinen Fall auf Kosten der Identität dieses alten Volkes erfolgen« dürfe.<sup>42</sup> Der SKM sah seine eigene Aufgabe darin, eine (irgendwie gelagerte kollektive) Identität der Betroffenen zu achten und »identitätsstärkend«<sup>43</sup> zu wirken. Fortan war in Konzeptionen des SKM wiederholt vom Wesen und von der Eigenart der Gruppe die Rede,<sup>44</sup> ebenso von »zigeunerspezifische[n] Besonderheiten der Berufsfindung und Arbeitsförderung«<sup>45</sup>. Der SKM entdeckte sozusagen eine Minderheitsidentität als zu schützendes Gut. Er folgte der Leitformel »Integration bei gleichzeitiger Wahrung kultureller Identität«. Ganz konkret schlug sich dies z. B. bei der Diskussion der Bauplanung nieder, bei der der SKM »spezifische Wohnvorstellungen« von Sinti\* und Roma\* beachtet wissen wollte. Als typisch wurden beispielsweise errichtet: höchstens zweigeschossige Bauten, ein großer Wohnraum, die Ausstattung mit Kachelöfen, ein besonderer Platz zum Abstellen von PKW und Wohnwagen sowie eine Hoffläche (da sich, so die Begründung, ein Großteil des Lebens im Freien abspielen würde).<sup>46</sup>

Im Grunde wiederholten sich ähnliche Vorgänge einige Jahre später beim Bau einer zweiten Siedlung in Köln-Longerich: Auf einem Platz in diesem Stadtteil, auf dem Sinti\* und Roma\* lebten, war der SKM seit 1968 ebenfalls als Betreiber einer Spielstube tätig.<sup>47</sup> 1975 führte er eine Befragung unter den Bewohner\*innen des Platzes

durch und versuchte, Bedarfe für das zukünftige Wohnen zu ermitteln. Zwei Jahre darauf beschloss der Rat der Stadt, eine weitere Siedlung inklusive eines Sozialzentrums des SKM zu errichten. Abermals wurde der »identitätsstärkende Ansatz« betont. 1979 schließlich zogen etwas mehr als 100 Menschen, die zuvor gemeinsam auf einem Platz im selben Stadtteil gewohnt hatten, in die neu errichteten Häuser ein.

Zwei Punkte möchte ich für die 1970er Jahre hervorheben, da sie meines Erachtens bis in die Gegenwart wirksam sind: 1) Mit der Formel der »Integration unter Wahrung der Identität« versuchte sich der SKM zwar von älteren Modellen der kompletten Ausgrenzung zu distanzieren, konstruierte aber beständig eine kollektive »Andersartigkeit« von Sinti\* und Roma\*. 2) Mit der speziellen Verbindung von Integration und Identität brachte sich der SKM selbst permanent zugleich als »Experte für Sinti\* und Roma\*« ins Spiel. Dies korrelierte in den 1970er Jahren mit einem Ansatz, den ich »Empowerment von oben« nennen würde.

Die Umsetzung der Wohnprojekte und der Schwenk zu Identitätskonzepten ging auch damit einher, dass nun erstmals explizit versucht wurde, Betroffene einzubeziehen oder zumindest Bedarfe abzufragen. Hier standen also durchaus Partizipationsideen im Raum. Die Einstellung von zwei Erziehungshelferinnen aus der Community im Sozialzentrum des SKM in Köln-Roggendorf (Mitte der 1960er Jahre) kann z. B. als ein erster sichtbarer Schritt hin zu einer Mitgestaltungsmöglichkeit verstanden werden. Deutlicher wurden Ansätze von Partizipation im Zuge der konkreten Überlegungen zum Wohnprojekt, als Mitarbeiter des SKM verstärkt das Gespräch mit Bewohner\*innen des Eisenbahnwaggon-Platzes suchten, um Bedürfnisse abzufragen. Als Fürsprecher der zukünftigen Bewohner\*innen des Roggendorfer Wohnprojekts wurden 1971 schließlich vier Männer gewählt – als sogenannter »Zigeunerrat« oder auch »Viererrat« tauchen sie als Interessensvertretung später immer wieder in Unterlagen der Stadt und des SKM oder in Zeitungsmeldungen auf. 1973 gehörten die vier Vertreter ebenso wie Angestellte des SKM und der Stadt Köln dem neu gegründeten Arbeitskreis »Integration der ~~Zigeuner~~« an. Dort wurden beispielsweise auch Entscheidungen über die konkrete Einrichtung der Wohnungen getroffen.

Vonseiten des SKM war weniger explizit von Partizipation die Rede, sondern vielmehr von einem Bedarf an »Aktivierung« der Betroffenen.

Wenngleich sich der SKM in seinen Ansätzen von paternalistischen und sozialromantischen Haltungen distanzieren wollte, war er doch stets gelenkt durch die Idee des Anlernens. In einem seiner Konzeptpapiere ist z. B. von einer notwendigen »Hinführung zur Selbstverantwortung und Selbstbestimmung«<sup>48</sup> die Rede. Er vertrat also ein sehr spezielles Verständnis von Partizipation oder Empowerment – sozusagen »Empowerment von oben« oder »Empowerment mit Anleitung«.

Im Grunde beanspruchte der SKM eine große Interpretationshoheit, auch über »kulturelle Eigenarten« von Minderheitenangehörigen. Sichtbar wird dies in Selbstdarstellungen des SKM, in denen es stets hieß, dass alle Schritte in Sachen Wohnprojekt mindestens in Anregung, wenn nicht in Eigeninitiative des SKM erfolgt waren – hierzu zählten die Bedarfsmeldung neuen Wohnraums, die Wahl der vier Vertreter aus der Community oder auch Schritte zur Wiedererlangung von Staatsbürgerschaften. Seit Anfang der 1970er Jahre publizierte der SKM aktiv zum Thema und versuchte damit, die eigene Expertenrolle und Deutungshoheit zu untermauern.<sup>49</sup> Auch in der Lokalpresse, die sich sichtlich für den Bau der Wohnungen interessierte, wurde die Selbstdarstellung zur Rolle des SKM übernommen. Dort war immer wieder die Rede von »Hilfe bei der Eingewöhnung« und »Betreuung«.<sup>50</sup> Zudem wurde der SKM als Experte für die »Eigenheiten« der Minderheit wahrgenommen.

Solche Deutungen reproduzieren anhaltend das Bild der wehrlos ausgelieferten, hilfebedürftigen »Anderen«. Selbst-Empowerment von Minderheitenangehörigen, das nicht zuletzt mit der Bürgerrechtsbewegung, aber auch mit den neuen sozialen Bewegungen sichtbarer als zuvor war, fand dabei kaum Erwähnung. Wenn darauf verwiesen wurde, dass Sinti\* oder Roma\* sich lautstark zu Wort meldeten, wurde ihnen vorgeworfen, überzogene Forderungen oder ein (fälschliches) Misstrauen gegenüber der Stadt zu haben.<sup>51</sup>

Verschiedene Veröffentlichungen<sup>52</sup> sowie Zeitungsartikel zeugen davon, dass die Wohnsituation der Kölner Sinti\* und Roma\* zeitgenössisch recht viel öffentliche Aufmerksamkeit erntete. Der SKM selbst hatte sich Öffentlichkeitsarbeit explizit auf die Fahnen geschrieben. Und er erreichte die Öffentlichkeit durchaus, auch dort, wo man es zunächst nicht vermuten mag. So erschien 1972 z. B. ein mehrseitiger Bericht über die Kölner Wohnsituation von Sinti\* und Roma\* in der Frauenzeitschrift *Brigitte* – freilich nicht ohne den SKM abermals als »Experten« zu inszenieren.<sup>53</sup>

Es ist bei aller kritischen Einschätzung nicht zu unterschätzen, dass der SKM durchaus sein vorhandenes politisches Kapital einsetzte, um auf die Wohn- und Lebenssituation von Sinti\* und Roma\* aufmerksam zu machen. Es gehörte letztlich zur damals vertretenen Idee von Integration, in der Bevölkerung Wissen über die soziale Situation der Minderheit herzustellen. Zugleich lässt sich mit Abstand freilich fragen: Wie viel Öffentlichkeit benötigt Soziale Arbeit eigentlich und wem diente sie tatsächlich im Fall des SKM?

Der SKM nutzte ebenso aktiv seine institutionelle Verankerung in der katholischen Amtskirche. Letztlich stärkte auch dies wieder die »Expertenposition« des SKM. Mit der Autorität der Amtskirche im Rücken wurde er nicht nur auf lokalpolitischer Ebene als wichtiger Akteur wahrgenommen, sondern auch auf bundespolitischer Ebene.<sup>54</sup> Er arbeitete im katholischen »Arbeitskreis Zigeuner« im Deutschen Caritasverband mit, außerdem in der Arbeitsgruppe »Hilfen für Zigeuner« am Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit sowie im Arbeitskreis »Landfahrer« des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Der SKM formte als wichtiger Player also weit über Köln hinaus Wissen über die Minderheit und Ansätze minderheitsbezogener Sozialarbeit mit.

Genauer zu untersuchen wäre neben diesen weiter greifenden Vernetzungen die Rolle einzelner Akteure innerhalb des Verbands. Öffentlich äußerst präsent war Peter Ludemann, der 22 Jahre als Geschäftsführer des SKM fungierte. Aus seiner Leitungsposition heraus, nicht also aus der persönlichen Arbeit direkt vor Ort, bezog er sein Wissen und verbreitete es systematisch. Bekannter ist Silvia Sobeck. Sie war zeitweise Leiterin der Spielstubenarbeit in Köln, ab 1974 Sozialreferentin der »Katholischen Zigeuner- und Nomadenseelsorge«. Heute steht ihr Name für eine extrem antiziganistische Herangehensweise an die Soziale Arbeit der 1970er Jahre und ein fragwürdiges, auf rassistischem Wissen basierendes Expert\*innen-tum.<sup>55</sup> In den Wohnungsbaudebatten in Köln im engeren Sinne taucht sie jedoch nicht als zentrale Akteurin auf.<sup>56</sup> Zu fragen wäre, inwieweit Personen wie Ludemann mit ihrer Sozialen Arbeit in Köln in den 1970er Jahren versuchten, sich von der Position Sobecks abzuheben. Zumindest vertrat er nicht ihre Meinung, dass Hilfe zur Selbsthilfe nicht möglich sei, weil Minderheitenangehörige zu rückständig seien. Dennoch machten sich auch bei Ludemann tradierte Vorurteile und ein gehöriges Maß an Paternalismus bemerkbar.

Mitarbeitende des SKM sind weiterhin im Familienzentrum der Roggendorfer Siedlung tätig. Ob sich mit den Jahren inhaltliche Rahmenkonzepte verändert haben – dies wäre im Kontext einer Aufarbeitung kirchlicher Sozialarbeit und ihrer Rolle in einer Geschichte des fortgesetzten Unrechts erst noch genauer zu untersuchen. Präsen-

tiert werden die Wohnprojekte weiterhin als Vorzeigeprojekte, wenn man etwa auf die Homepage des SKM schaut.<sup>57</sup> Kritisch zu prüfen wäre, inwieweit heute noch die Idee der expert\*innen-gestützten Anleitung – also ein Konzept des »Empowerment von oben« – dominiert.

## Diskussionspunkte in der Arbeitsgruppe

■ Die in den 1970er und 1980er Jahren entstandenen Siedlungsprojekte sollten im Rahmen einer ausführlichen Aufarbeitung der zweiten Verfolgung nach 1945 – im Sinne einer Wahrheitskommission laut Forderung des UKA-Berichtes – kritisch untersucht werden. Dabei sollte klar benannt werden, dass solche Siedlungsprojekte ein nach wie vor sichtbares Beispiel für rassistische Segregation in deutschen Großstädten sind. Inwieweit also hat gerade die Existenz solcher separierter Siedlungen den sozialen Ausschluss und die Einengung des Alltags von Bewohner\*innen verstärkt? Insbesondere auch Formen von Umweltrassismus sollten dabei aufgearbeitet werden. War der »Georgswerder Energieberg« doch z. B. in den 1970er und 1980er Jahren eine Müllkippe, die Georgswerder mit toxischen Substanzen verseuchte.

■ Eine größere kritische Reflexion sollten langfristige Ethnisierungsprozesse und ihre Folgen finden. Verleitete die sozialpolitische Wende in der Minderheitenpolitik Sinti\* und Roma\* unter prekären Lebensbedingungen u. a. auch zur Selbst-Ethnisierung, was langfristig die Diskriminierung verstärkte? Lässt sich die Entstehungsgeschichte der Siedlungen ohne einen Blick auf das Leben von Minderheitenangehörigen vor dem Nationalsozialismus untersuchen?

■ Die historische Aufarbeitung führt zu der Frage, wie mit der Existenz der Siedlungen in der Gegenwart umzugehen ist. Kollidiert die Kritik an den Siedlungen als »in Stein gebaute antiziganistische Überbleibsel der Nachkriegsgeschichte« mit Alltagserfahrungen und Bedürfnissen von Bewohner\*innen der Siedlungen (die sich ggf. auch aufgrund von NS-Traumata wünschen, als Community zusammenzuleben)? Welche Strategien werden gegenwärtig damit verfolgt, wenn für die Auflösung der Siedlungen plädiert wird? Instrumentalisieren städtische Autoritäten Siedlungsbewohner\*innen für eigene Interessen? Setzt sich eine paternalistische Haltung in Sachen Wohnen bis in die Gegenwart fort?

■ Einer kritischen Reflexion bedarf es hinsichtlich der Sichtbarkeit von Sinti\* und Roma\* als Akteur\*innen in der Entstehungsgeschichte der Siedlungen. Wie genau lässt sich der Grad an Partizipation von Sinti\* und Roma\* nachvollziehen – angesichts vieler Quellen, die wie so oft stark von der Sicht »auf« Minderheitenangehörige geprägt sind?

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Vgl. »Wie plant man Wohnungen für eine Zigeunersippe?«, in: Die WELT, 16.7.1974.

<sup>2</sup> Zur Geschichte der Familie Weiß im Nationalsozialismus siehe u. a. Viviane Wünsche, *Als die Musik verstummte ...: das Schicksal einer Harburger Sinti-Familie im Dritten Reich / ein Beitrag zum Wettbewerb um den Bertini-Preis, Hamburg 2000.*

<sup>3</sup> Vgl. Yvonne Robel, *Sinti und Roma in Hamburg. Zum Potenzial lokalgeschichtlicher Perspektiven auf Minderheiten*, in: *Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2018*, S. 35.

<sup>4</sup> Im Rahmen meiner Masterarbeit habe ich von Juni bis September 2023 Erinnerungsgespräche mit Mitgliedern der Familie Weiß zur Entstehung des Georgswerder Rings geführt, mehr dazu siehe unten.

<sup>5</sup> Vgl. Niederschrift Ortsausschusssitzung, 16.10.1974, in: StAHH, 446, 56.

<sup>6</sup> Vgl. *Hamburgische Bürgerschaft, Drucksache 9/2548, 9.9.1980.*

<sup>7</sup> Ebd., S. 2.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Vgl. Peter Widmann, »An den Rändern der Städte. Sinti und Jenische in der deutschen Kommunalpolitik.«, Berlin 2001, S. 18.

<sup>10</sup> Wolfram Stender, *Über die Schwierigkeit Sozialer Arbeit, nicht antiziganistisch zu sein*, in: ders., *Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis*, Wiesbaden 2016, S. 330.

<sup>11</sup> Hamburgische Bürgerschaft, Drucksache 9/2548, 9.9.1980, S. 3.

<sup>12</sup> Ebd., S. 2.

<sup>13</sup> Vgl. ebd.

<sup>14</sup> Vgl. Hamburgische Bürgerschaft, Drucksache 9/2548, 9.9.1980, S. 2.

<sup>15</sup> Vgl. »Zigeuner? Ja – aber ... Wilhelmsburger Bürger fürchten ihre künftigen Nachbarn«, in: Hamburger Abendblatt, 27.3.1980.

<sup>16</sup> Vgl. »Zu schön für Zigeuner? Streit um Modellprojekt«, in: Die ZEIT, 7.11.1980.

<sup>17</sup> »NDR Nordschau 1980«, in: Susan Sekerci, »Djangos Erben« (Dokumentarfilm), 2008.

<sup>18</sup> Vgl. »Die Zigeuner bekommen eine eigene Siedlung. Senat gibt 12,4 Millionen Mark«, in: Hamburger Abendblatt, 13.11.1980.

<sup>19</sup> Vgl. »Zigeuner feierten Einweihung«, in: Harburger Anzeigen und Nachrichten, 11.10.1982.

<sup>20</sup> Ich studiere im Master Empirische Kulturwissenschaft an der Universität Hamburg. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ist meine Masterarbeit noch nicht abgeschlossen.

<sup>21</sup> Den Georgswerder Ring zum Gegenstand kulturwissenschaftlicher Forschung zu machen, setzt eine kritische Auseinandersetzung mit antiziganistischen Forschungstraditionen meines Faches voraus. Mehr noch: Zentrale Fragen meiner Arbeit – Fragen von Raum und Wohnen – adressieren im Kern antiziganistische Denk- und Handlungsmuster, deren kritische Reflexion macht einen großen Teil meiner Arbeit aus.

<sup>22</sup> Mission für Südosteuropa, »Über uns«, URL: <https://msoe.org/Ueber-uns.html> (letzter Zugriff: 23.11.2023).

<sup>23</sup> Vgl. Notizen Feldtagebuch, 16.7.2023.

<sup>24</sup> Vgl. Notizen Feldtagebuch, 9.7.2023 und 4.8.2023.

<sup>25</sup> Diese Erzählung begegnete mir während meiner Forschung immer wieder in unterschiedlichen Gesprächen.

<sup>26</sup> Vgl. Notizen Feldtagebuch, 16.7.2023.

<sup>27</sup> Vgl. Ortsausschussprotokoll, 28.4.1973, in: StAHH, 446-4, 55.

<sup>28</sup> Hamburgische Bürgerschaft, Drucksache 9/2548, 9.9.1980, S. 5.

<sup>29</sup> Ebd., S. 3.

<sup>30</sup> Vgl. Notizen Feldtagebuch, 16.7.2023.

<sup>31</sup> Nicht alle Bewohner\*innen des Georgswerder Rings sind Teil der Gemeinde oder stehen im Kontakt zur Gemeinde.

<sup>32</sup> Im Rahmen der Missionsarbeit wird zwischen »deutschen« und »Sinti«-Gemeinden unterschieden, ungeachtet dessen, dass z. B. Familie Weiß gleichermaßen die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

<sup>33</sup> Karola Fings / Frank Sparing, Rassismus – Lager – Völkermord. Die nationalsozialistische Zigeuner-Verfolgung in Köln, Köln 2005.

<sup>34</sup> Svenja Kemmerling, Die Entwicklung der Wohnsituation der Sinti und Roma in Köln seit 1945, Diplomarbeit, Universität Köln 2008, S. 35–39.

<sup>35</sup> Sozialdienst Kath. Männer e. V., Wer wir sind – was wir tun: Tätigkeitsbericht 1980, Köln 1980, S. 79–93.

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> Gesichtspunkte zum Versuch einer Weiterentwicklung der Arbeit in der Zigeuner-Siedlung Köln-Roggendorf (Thenhoven), 12.11.1971, in: SKM, Materialien zum Thema »Arbeit mit Zigeunern«, Köln 1981, o. S.

<sup>38</sup> Kemmerling, Wohnsituation, S. 50 f., erwähnt zugleich den Verein »Freunde und Förderer der Zigeuner«, der in St. Augustin gegründet wurde.

<sup>39</sup> Ebd., S. 41.

<sup>40</sup> SKM, Tätigkeitsbericht 1980, S. 55.

<sup>41</sup> Rahmenkonzeption für die Tätigkeit des Sozialdienstes Kath. Männer e. V. Köln im Sozialzentrum des neuen Zigeuner-Wohnungsprojekts Köln-Thenhoven, am Pletschbach, 1975, in: SKM, Materialien, o. S.

<sup>42</sup> Gesichtspunkte, S. 1.

<sup>43</sup> Rahmenkonzeption, S. 6.

<sup>44</sup> Christian Hagen, Gedanken und Erfahrungen zur beruflichen Integration von Zigeunern – Probleme und Möglichkeiten, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Soziale Arbeit mit Zigeunern – Einige Orientierungshilfen aus der Praxis für die Praxis, Frankfurt a. M. 1981, S. 14–30, hier S. 14.

<sup>45</sup> Ebd., S. 25.

<sup>46</sup> SKM, Materialien.

<sup>47</sup> Peter Ludemann, Gesichtspunkte zur Arbeit und Zusammenarbeit mit Zigeuner-Familien, in: Deutscher Verein, Soziale Arbeit, S. 57–82.

<sup>48</sup> 20 Jahre Arbeit mit Zigeuner-Familien in Köln, in: SKM, Materialien, o. S.

<sup>49</sup> Siehe etwa auch: Peter Ludemann, Ein Wohnprojekt für »sebhafte« Zigeuner, in: Caritas, 74. Jg., 1973, S. 306–311.

<sup>50</sup> Etwa: »Zigeuner planen an ihren neuen Wohnungen selbst mit«, in: Kölnische Rundschau, 11.2.1975; »Das Federvieh durfte nicht mit umziehen«, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 26.8.1975.

<sup>51</sup> »Muß Thenhoven sich mit der Zigeunersiedlung abfinden?«, in: *Kölnische Rundschau*, 23.6.1973; Kemmerling, *Wohnsituation*, S. 56 f.

<sup>52</sup> Zwei Publikationen, die dem Kölner Projekt besonderes Interesse entgegenbrachten, dabei allerdings auf Wissenstraditionen eines Hermann Arnold und einer Silvia Sobeck zurückgriffen: George von Soest, *Zigeuner zwischen Verfolgung und Integration. Geschichte, Lebensbedingungen und Eingliederungsversuche*, Weinheim 1979; Margret Weiler, *Zur Frage der Integration der Zigeuner in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Untersuchung der gegenwärtigen Situation der Zigeuner und der sozialpolitischen und sozialarbeiterischen Maßnahmen für Zigeuner*, Köln 1978.

<sup>53</sup> »So traurig ist das Zigeunerleben«, in: *Brigitte*, 8.12.1972, S. 52–58.

<sup>54</sup> SKM, *Tätigkeitsbericht 1980*, S. 89.

<sup>55</sup> Zu Sobeck siehe u. a. den Beitrag von Valerie Mitwali in diesem Heft.

<sup>56</sup> Siehe allerdings: Silvia Sobeck, *Zur Entwicklungsgeschichte des neuen Zigeuner-Wohnprojekts Köln-Thenhoven, Fortuinweg. Empirische Aufzeichnungen eines Integrationsversuchs aus dem Jahre 1972*, Bonn 1972 (unveröffentlicht).

<sup>57</sup> <https://www.skm-koeln.de/skm-koeln/geschichte/> (letzter Zugriff: 3.12.2023).



## Kirche für und mit Roma\* in Tschechien

*Pfarrer Mikuláš Vymětal, Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder*

### Geschichte

Die ersten Roma\* kamen während der Hussitenkriege vor etwa 600 Jahren in die böhmischen Länder. Im Laufe der folgenden Jahrhunderte wurden sie in zunehmendem Maß ausgegrenzt und diskriminiert, wie beispielsweise durch die Edikte von Maria Theresia von Österreich, zu deren Kaiserreich Böhmen damals gehörte. Die Kirche stand dem Schicksal der Roma\* weitgehend gleichgültig gegenüber, obwohl sie sich in diesem Gebiet eindeutig zum Christentum bekannten.

Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten etwa 6.500 Roma\* und Sinti\* im tschechischen Teil der Tschechoslowakei, etwa 100.000 in der Slowakei und weitere in der transkarpatischen Ukraine, die zwischen 1918 und 1939 zum Staatsgebiet gehörte. Der Völkermord an den Roma\* im Protektorat Böhmen und Mähren wurde auf brutale Art und Weise durchgeführt, sodass nur etwa ein Zehntel der tschechischen Roma\* überlebte. Im faschistischen Slowakischen Staat überlebte hingegen die überwiegende Mehrheit der Roma\* den Krieg.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Sudentendeutschen aus den Regionen vertrieben, sodass die Einwohnerzahlen vor allem in den tschechischen Gebieten drastisch sanken. Dies führte dazu, dass viele Roma\* aus der Slowakei in die Tschechische Republik kamen, um dort zu arbeiten. Heute leben etwa 300.000 Roma\* in der Tschechischen Republik, was einem Anteil von 3 % an der Gesamtbevölkerung entspricht. In der Slowakei leben rund 500.000 Roma\*. Dies entspricht einem Anteil von 10 % an der Gesamtbevölkerung. Die soziale Situation der Roma\* in Tschechien ist nicht so prekär wie in der Slowakei, wo jedoch auch das Engagement der Kirchen größer ist. Auf die Situation der Roma\* in der Tschechischen Republik möchte ich nun näher eingehen.

### Die aktuelle Situation der Roma\* in der Tschechischen Republik

Die Mehrheit der heute in der Tschechischen Republik lebenden Roma\* stammt aus Familien, die in den letzten 75 Jahren zum Arbeiten ins Land gekommen sind. In der Slowakei lebten sie zuvor in landwirtschaftlichen Siedlungen. Ihre Erstsprache war Romanes, Slowakisch ihre

Zweitsprache. Sie waren größtenteils Analphabet\*innen. Heute ist Tschechisch die Erstsprache der Roma\* in der Tschechischen Republik, die Zweitsprache ist oft Englisch oder Deutsch. Romanes beherrschen die meisten nur noch partiell. Viele Roma-Familien haben einen sozialen Aufstieg erlebt – etwa ein Drittel der Roma\* in der Tschechischen Republik ist gesellschaftlich gut integriert, ein Drittel gehört zur ärmeren Arbeiterschicht und ein Drittel befindet sich am äußersten Rand der Gesellschaft. Fremdenfeindlichkeit und Antiziganismus sind tief verankert in der tschechischen Gesellschaft, in den vergangenen Jahrzehnten jedoch etwas zurückgegangen. Zwei gegenläufige Entwicklungen lassen sich beobachten: Einerseits spielen die Traditionen der eigenen Kultur für die Roma\* eine weniger große Rolle, andererseits erleben sie in anderer Hinsicht ein kulturelles Erwachen – das sich vor allem in der Roma-Literatur zeigt, die innerhalb der letzten 30 Jahre entstanden ist und hauptsächlich das Werk von Autorinnen umfasst.

Auch prominente Persönlichkeiten, die nicht der Community angehören, haben zur Entwicklung der Roma-Kultur in der Tschechischen Republik beigetragen, wie beispielsweise Milena Hybšmanová, die an der Erweckung der Roma-Literatur beteiligt war; Růžena Černá, der Vorsitzende der *Kommission für die Arbeit mit den Roma des Ökumenischen Rates der Kirchen*; Pavel Řičan, ein Psychologe, der sich mit der Problematik der Adoption von Roma-Kindern durch Nicht-Roma-Familien befasst hat; und Zbyněk Andrš, ein Sprachwissenschaftler, der an der Übersetzung des Neuen Testaments ins Romanes beteiligt war.

### Die Roma\* und der Glaube

Die Roma\*, die nach dem Krieg aus der stärker religiös geprägten Slowakei in die Tschechische Republik kamen, waren es gewohnt, am Gemeindeleben aktiv teilzunehmen. Sie kamen jedoch zu einer Zeit des Kommunismus, die für die Kirchen äußerst schwierig war. Es kam zu einer Privatisierung des Roma-Glaubens – viele Roma leben ihren Glauben bis heute im Privaten und besuchen die Kirche nur noch zu Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen.

Die Familie tritt hier an die Stelle der Gemeinde: Hier wird der Glaube gelebt. Hier beten sie das Vaterunser, vielfach noch auf Slowakisch, weil



sie es aufgrund des geringen Kontakts zur tschechischen Kirche noch nicht auf Tschechisch gelernt haben. Auch Bilder und Rosenkränze sind für diesen traditionellen Glauben wichtig.

Konfessionelle Unterschiede zeigen sich in den verschiedenen Regionen: Im religiöseren Mähren blieben die Roma\* weiterhin katholisch, während in Böhmen in den letzten 20 Jahren neue Roma-Gemeinden und -Kirchen entstanden sind. Einige von ihnen sind Teil der etablierten Kirchen (Apostolische Kirche, Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Brüderkirche), andere gründeten sich entweder durch Missionen aus dem Ausland (Deutschland, England, Frankreich) oder als völlig unabhängige Gemeinden. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die gläubigen Roma\* in Böhmen eher den Protestant\*innen und Evangelikalen angehören, während die meisten mährischen Roma\* Katholik\*innen geblieben sind. Innerhalb der katholischen Kirche engagieren sich die Salesianer Don Boscos für die Roma\* in der Slowakei und der Tschechischen Republik.

### Persönlichkeiten

Im Laufe der Zeit trat eine Reihe prominenter christlicher Roma\* in Erscheinung, die ich hier gerne nennen möchte – da wäre zum Beispiel Vlado Oláh, ein Roma-Dichter und -Übersetzer, der in den 1990er Jahren zu einem prominenten Vertreter christlicher Roma\* wurde. Daniela Cincibusová von der Baptistenkirche zog als Erzieherin in einem SOS-Dorf zahlreiche Roma-Kinder auf. Koloman Staněk hat mithilfe der gesamten adventistischen Gemeinde von Třebechovice pod Orebem das Neue Testament ins Romanes übersetzt. Auch Jožka Miker, ein katholischer Roma-Aktivist, Zdeno Žiga, ein Roma-Prediger der Brüdergemeinde, und René Ferko, ebenfalls Referent dieser Fachtagung, sollen an dieser Stelle genannt sein.

Ebenso spielen Christ\*innen, die nicht selbst Roma\* sind, sondern diese unterstützen, eine wichtige Rolle. In zahlreichen Roma-Gemeinden gibt es Prediger\*innen, die keine Roma\* sind. Roma-Gemeinden werden auch von Nicht-Roma\* besucht, die dort jederzeit willkommen sind.

### Entwicklung des Roma-Glaubens

Die Entwicklung des Glaubenskonzpts der Roma\* lässt sich an der Entwicklung ihrer christlichen Lieder ablesen. Traditionelle christliche Roma-Lieder sind reuevoll und beschreiben Gott als fern, streng und strafend. Die moderneren Lieder haben manchmal eher die Form eines

Csárdás mit einem schnelleren Rhythmus oder sind angelehnt an englische Popsongs (Rompop), Gospels und Hymnen. Die Themen Freude, Lob und Erlösung sind in diesen Liedern zentral: Der Roma-Glaube ist optimistischer geworden.

### Das Neue Testament in Romanes

2014 wurde in der Slowakei eine Übersetzung des gesamten Neuen Testaments, »E Nevi Zmluva«, in slowakisches Romanes veröffentlicht, mit der der Versuch unternommen wurde, alle Romanes-Dialekte zu vereinheitlichen und unverständliche Wörter durch Slovakismen zu ersetzen. Im Jahr 2022 wurde in Tschechien eine Übersetzung des Neuen Testaments, »O Névo Zákonos«, veröffentlicht, die auf dem sogenannten Abov-Dialekt des Romanes basiert, welcher von der Mehrheit der Roma\* von der westlichen Grenze der Tschechischen Republik bis hin zur transkarpatischen Ukraine verstanden wird. Es ist ein bedeutendes geistliches Werk, das von einer kleinen Roma-Gemeinde der Siebenten-Tags-Adventisten in der osttschechischen Stadt Třebechovice pod Orebem erstellt wurde. Dieses Neue Testament zeigt die ausgeprägte intellektuelle Kompetenz der Roma-Gemeinschaft, eine eigene Übersetzung der Heiligen Schrift zu erstellen, und macht die Christ\*innen der Mehrheitsgesellschaft auf die Präsenz von Roma-Christ\*innen sowie auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Austauschs aufmerksam.

### Glaube und soziale Unterstützung

Besonders arme Roma\* partizipieren am religiösen Leben der Roma-Gemeinden. Die Unterstützung dieser durch die Prediger\*innen oder wohlhabendere Gemeindeglieder ist häufig Bestandteil des Gemeindelebens – dies kann sowohl die Hilfe bei der Beförderung zu den Gottesdiensten, die Beratung von verschuldeten Personen, finanzielle Soforthilfe als auch die Verteilung von Lebensmitteln durch Lebensmittelfafeln sein. Soziale Hilfe ist wichtig, aber dabei besteht auch die Gefahr des Missbrauchs von beiden Seiten – viele »Gläubige« kommen nur in die Kirche, um Lebensmittel zu erhalten, hingegen helfen manche Prediger\*innen ausschließlich den Gläubigen aus ihrer eigenen Gemeinde.

### Sozialarbeit unter Einbeziehung des Glaubens

Die evangelische *Diakonie*, die katholische *Caritas* und nicht kirchliche Nichtregierungsorganisationen wie *Menschen in Not* haben sich im Laufe der Zeit stark professionalisiert und bieten inzwischen standardisierte soziale Dienste an. Ein Vorteil daran ist, dass sich die Gefahr einer falschen,

weil naiven Vorstellung von Fürsorge verringert. Andererseits bieten diese Organisationen wenig Raum für geistlichen Beistand, der für die soziale Eingliederung der Ausgegrenzten sehr hilfreich sein kann. Dieses Thema wurde in einer Studie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, »The God between the Barriers. Social Inclusion of the Roma through Religion« (2010), eingehend behandelt. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Eingliederung von Roma\* unter Einbeziehung ihres Glaubens häufig effektiver ist als Eingliederungsversuche mit den klassischen Methoden der Sozialarbeit.

### **Gemeinden für Roma\* und Nicht-Roma\***

In den letzten Jahrzehnten hat sich in der Tschechischen Republik ein Netz von Roma-Gemeinden verschiedener Religionsgemeinschaften gebildet. Diese Gemeinschaften werden von den Kirchen der Mehrheitsgesellschaft oft übersehen und erfahren häufig Geringschätzung vonseiten ihrer Pfarrpersonen. Es gibt jedoch auch Beispiele für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit wie z. B. gelegentliche gemeinsame Gottesdienste. In dem Bemühen, die Gemeinschaft zum Ausdruck zu bringen, nahm die Gemeinde in Žižkov (Prag) den Zusatz »Romani-Czech Worship« in ihren Namen auf: D. h. es werden sowohl Gottesdienste für Roma\* als auch für Nicht-Roma\* angeboten. Diese Gottesdienste finden auch in der Mehrheitsgesellschaft Anklang.

### **Ökumenischer Rat der Kirchen in der Tschechischen Republik**


Eine vom Ökumenischen Rat der Kirchen in der Tschechischen Republik berufene Kommission setzt sich sehr aktiv für die Roma\* ein. Seine Mitglieder nahmen an größeren Veranstaltungen der Roma-Christ\*innen teil – beispielsweise an der katholischen Roma-Pilgerreise in Mähren, an der in diesem Jahr etwa 450 Roma\* beteiligt waren, sowie an der Roma-Konferenz der Apostolischen Kirche in Děčín (Böhmen) mit einer Teilnehmerzahl von rund 250 Roma\*. Zudem wird regelmäßig eine Online-Bibelstunde in Romanes abgehalten. Die Kommission bereitet zurzeit einen Brief an die Ältesten und Pfarrpersonen von Gemeinden der Mehrheitsgesellschaft vor, der dazu beitragen soll, dass Roma\* in Nicht-Roma-Kirchen willkommen sind, was bisher nur selten der Fall ist. Zu den weiteren Veranstaltungen gehörten eine Pressekonferenz und ein Gottesdienst zur Enthüllung des Grabsteins von Stanis-

lav Tomáš, der nach einem Polizeieinsatz in der nordtschechischen Stadt Teplice starb – ein Fall, der an den Tod des US-Amerikaners George Floyd erinnert.

### **»Internationale Tage gegen Rassismus«**

Der Antiziganismus stellt (zusammen mit dem antimuslimischen Rassismus) in der Tschechischen Republik die auffälligste Form des Rassismus dar und beeinträchtigt sowohl das Leben der Minderheiten als auch das der Mehrheit. Die »Internationalen Tage gegen Rassismus«, die in der Tschechischen Republik das ganze Jahr über stattfinden könnten, bieten einerseits den Vertreter\*innen der Mehrheit eine Möglichkeit, Rassismus öffentlich zu verurteilen und ihre positive Einstellung gegenüber den Minderheiten zum Ausdruck zu bringen, andererseits den Vertreter\*innen der Minderheiten die Gelegenheit, von ihren eigenen Erfahrungen mit Rassismus zu berichten. Bisher fanden die Veranstaltungen der »Internationalen Tage gegen Rassismus« in der Regel in kirchlichen Räumlichkeiten statt – die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder und die Tschechoslowakische Hussitische Kirche waren offiziell daran beteiligt. In diesem Jahr fanden in diesem Rahmen rund 100 Veranstaltungen statt: darunter ein Literaturwettbewerb, ein Parlamentsseminar, Gottesdienste gegen Rassismus, Kirchenkonzerte, gemeinsame Mahlzeiten, Diskussionen etc. An mehreren Veranstaltungen waren Roma\* beteiligt – so sprachen beispielsweise der Roma-Aktivist Jožka Miker und David Tišer, der Direktor des Kulturvereins Ara Art, im tschechischen Parlament über Mehrfachdiskriminierung. In Pardubice fand in einer evangelischen Kirche ein Konzert der Roma-Gruppe *Bengas* statt, welches außer zahlreichen Roma\* auch Nicht-Roma\* besuchten, die die Anwesenheit so vieler Roma\* in ihrer Kirche begrüßten.

### **Gegenseitige Bereicherung**

Das Thema dieser Fachtagung lautet »Zwischen Paternalismus und Partizipation«. Die Einbeziehung und Mitbestimmung der Menschen ist Grundvoraussetzung für eine qualitativ hochwertige Sozialarbeit. Mein Beitrag beleuchtet die Beziehungen zwischen Roma\* und Nicht-Roma\* in den Kirchen und im Austausch zu ihrem Glauben. Das Zusammenfinden im Glauben kann eine große Bereicherung darstellen – gerade wegen der zahlreichen Unterschiede. 

## Eine Vision für Roma\* in Tschechien

*Pastor René Ferko, Apostolische Kirche in Tschechien*

Mein Name ist René Ferko und ich bin Pastor der Apostolischen Kirche in der Tschechischen Republik. Lassen Sie mich mit dem Wort Gottes beginnen. In der Bibel sagt Jesus zu seinen Jüngern: »Die Ernte ist groß, aber wenige sind der Arbeiter. Darum bittet den Herrn der Ernte, dass er Arbeiter in seine Ernte sende.« (Mt 9,37–38)

Dies kam mir in den Sinn, als ich über die Situation der Roma\* in der Tschechischen Republik nachdachte. Ich empfand die Arbeit mit und für Roma\* als große Ernte und stellte fest, dass es nicht genug Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, diese einzubringen. In diesem Zusammenhang wurde mir klar, welche Bedeutung es hat, wenn die Führungsrolle dabei von einem Vertreter oder einer Vertreterin der Community übernommen wird.

Ich möchte Ihnen von meiner Vision erzählen. Ich habe viele großartige tschechische Gemeinden und Kirchen gesehen. Roma\* habe ich dort jedoch nicht gesehen. Oder nur am Rand, keinesfalls aber in der Mitte oder gar in führender Rolle. Ich erkannte die Notwendigkeit, Gemeinden zu gründen, die allen Menschen gleichermaßen offen stehen. Roma\* zu unterstützen bedeutet, dies mit ganzem Herzen und in jeder Hinsicht zu tun: mental, geistlich und sozial. Kämen 50 Tschech\*innen am Sonntag in unseren Gottesdienst, fühlten sie sich wie zu Hause. Gingen hingegen 50 Roma\* in einen tschechischen Got-

tesdienst, wäre das ein Problem. Vorurteile gab es, gibt es und wird es immer geben. Viele Gemeinden sind in ihrer Arbeit mit und für Roma\* gescheitert, weil sie uns nach ihrem Bild umgestalten wollten. Aber wir sind anders, wir haben unsere eigene Kultur und unsere eigenen Bräuche. Ich sage bewusst wir, denn ich bin Rom und werde es auch immer bleiben. Ausschlaggebend ist für mich allein das Wort Gottes. Und das ist für alle Völker gleich.

Unsere Vision ist es, allen Menschen das Evangelium zu verkünden. Wir verfolgen das Ziel, Roma\* als Pfarrer\*innen, Lehrer\*innen und zu Führungspersonen ausbilden zu lassen. Wir wollen neue Gemeinden gründen, in denen alle Menschen willkommen sind, und möchten anderen Gemeinden bei ihrer Arbeit mit den Roma\* zur Seite stehen. Wir veranstalten Fachtagungen für alle, denen die Interessen der Roma\* am Herzen liegen. Im Mai 2023 fand die letzte große Konferenz statt, zu der mehr als 250 Teilnehmende aus der ganzen Tschechischen Republik zusammenkamen.

Unser grundlegendes Ziel ist der Abbau von Vorurteilen. Ich bin als Krankenhausseelsorger tätig und bin, soweit ich weiß, der erste Roma-Seelsorger in der ganzen Tschechischen Republik. Ich bin der erste offiziell ordinierte Roma-Pastor der Apostolischen Kirche. Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Wir gehen sie an – mit Gottes Hilfe. **D**

## Antiziganismus in katholischen Institutionen der Schweiz

Dr. Carla Hagen, Institut für Religionswissenschaft, Universität Bern

Mit dem Ziel, die »Vagantität« auszurotten, bestand in der Schweiz von 1926 bis 1973 das *Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse*, ein teilweise staatlich finanziertes Programm der Stiftung *Pro Juventute*. Die Absicht dieses Programms war, durch Kindeswegnahmen die Lebensweise der Jenischen zu zerstören, die als Korber, Schenschleifer, Schirmflicker oder Bürstenbinder, als Schmiede oder Händler von Antiquitäten, Schrott oder Seilwaren hausierend durchs Land zogen. Manche dieser jenischen Familien wohnten in Wohnungen oder Häusern und gingen von dort aus auf größere Touren, während andere das ganze Jahr über in einem Zelt oder einem Wohnwagen lebten. Im Rahmen dieser Aktion wurden mehr als 600 jenische Kinder gewaltsam aus ihren Familien entfernt und in Heimen und Pflegefamilien untergebracht.

Dieser tragische Teil der Schweizer Geschichte wurde inzwischen historisch aufgearbeitet.<sup>1</sup> Die antiziganistische Diskriminierung der Jenischen in der Schweiz besitzt allerdings auch eine religiöse Komponente, die bei der Aufarbeitung der Geschichte dieser Bevölkerungsgruppe bislang nur am Rande berücksichtigt wurde. Der religiöse Aspekt der Verfolgung steht im vorliegenden Beitrag im Zentrum.<sup>2</sup> Aufgrund der konfessionellen Ausrichtung des Schweizer Wohlfahrtssystems bis in die 1960er Jahre und der mehrheitlichen Zugehörigkeit der Jenischen zur katholischen Denomination geht es dabei hauptsächlich um die Deutungs- und Handlungsweisen von katholischen Institutionen. Inwiefern haben sich diese im Verlauf des 20. Jahrhunderts verändert? Auf der Ebene des Vatikans lässt sich Mitte der 1960er Jahre ein Wandel der Sichtweise auf diejenigen Katholik\*innen feststellen, die als »Zigeuner« betrachtet wurden. Anhand von zwei Fallbeispielen aus der Schweiz blicken wir daher auf die Zeit vor diesem Wandel sowie auf die Entwicklungen, die darauf folgten. Schlussendlich stellt sich auch die Frage, ob mit diesem Wandel antiziganistische Mechanismen überwunden werden konnten.

### Das *Seraphische Liebeswerk*: Jenische als Heid\*innen oder Opportunist\*innen

Spezifische katholische Wohlfahrtsprogramme für als »Zigeuner« oder »Vaganten« Bezeichnete existierten in der Schweiz bis in die 1990er Jahre nicht.<sup>3</sup> Dennoch standen so etikettierte Menschen

im Fokus fürsorgerischer Tätigkeiten von katholischen Institutionen. Deren Sicht war zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der antiziganistischen Idee geprägt, diese seien keine »richtigen« Katholik\*innen, sondern Heid\*innen oder bestenfalls religiöse Opportunist\*innen – sie würden die Religion also lediglich »für ihr Diebsleben benutzen«. <sup>4</sup> Der Gedanke, dass sie als »Zigeuner« zu »tapferen Bürgern und pflichttreuen Katholiken« erzogen werden müssten, war vorherrschend. Diese antiziganistische Haltung möchte ich am Beispiel des katholischen Drittordens *Seraphisches Liebeswerk (SLW)*<sup>5</sup> in der Schweiz veranschaulichen, der sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts als »Ort der Rettung« für »gefährdete« Kinder konstituierte.<sup>6</sup> Katholische Kinder, die als »sittlich und religiös verwahrlost« wahrgenommen wurden, wurden bis zur Volljährigkeit in eigenen Heimen oder in ausgesuchten katholischen Pflegefamilien untergebracht. Die »sittliche und religiöse Verwahrlosung« war gemäß dem *Seraphischen Liebeswerk* dann gegeben, wenn die Eltern der Kinder eine Lebensweise pflegten, die von katholischen Normvorstellungen abwich, oder wenn sie aufgrund einer biologistischen Einschätzung in Bezug auf ihr Erbgut als verdorben galten. Eine strenge religiöse Erziehung galt als einziges Mittel, um aus den »verwahrlosten« Kindern »korrekte Menschen« zu machen.

Der Vorwurf der »Verwahrlosung« traf nicht nur jenische Kinder, sondern auch »Scheidungswaisen«, »illegitime«, d. h. unehelich geborene Kinder sowie solche aus proletarischen Familien.<sup>7</sup> Allerdings formten die Jenischen in der Auffassung des seraphischen Fürsorgepersonals eine »besondere Menschengattung«, <sup>8</sup> die sich körperlich sichtbar von anderen Menschen unterscheidet und sich als homogene Einheit aus der Kombination von erblicher Belastung und Abstammung aus »abstoßendem Milieu« ergebe.

Damit ein Kind vom *Seraphischen Liebeswerk* aufgenommen wurde, musste es katholisch sein, d. h., es musste entweder bereits katholisch getauft sein oder zumindest einen katholischen Elternteil haben, sodass eine entsprechende Taufe gerechtfertigt war. Aus den Akten geht jedoch hervor, dass diesbezüglich auch nachgeholfen werden konnte: Wenn Unklarheit darüber herrschte, ob das Kind bereits getauft war oder nicht, erfolgte die Taufe »*sub conditione*«<sup>9</sup> gleich nach dem Eintritt ins Heim. Und manchmal wur-

de von einem Akteneintrag zum nächsten auch aus einem reformierten ein katholisches Kind. Denn zu Zeiten der Nachwehen des Kulturkampfes zwischen Katholizismus und Liberalismus, als sich die Katholik\*innen in der Schweiz in einer Sondergesellschaft isolierten und es damit einhergehend zu einem Konformitätsdruck unter den Katholik\*innen kam, galt es, »religiös gefährdete« Kinder katholisch zu erziehen und sie anschließend im katholischen Milieu zu halten.<sup>10</sup>

Das *Seraphische Liebeswerk* fand mit seiner Mission, »vagierende« Kinder vor der Verwahrlosung zu retten, insbesondere in den 1940er und 50er Jahren breite gesellschaftliche Akzeptanz und Übereinstimmung mit nicht konfessionellen Institutionen sowie staatlichen Behörden. Dies war notwendig, denn das *SLW* sah sich als katholische Fürsorgeorganisation von verschiedenen Seiten unter Druck gesetzt: Innerhalb der katholischen Sondergesellschaft wirkten Homogenisierungstendenzen, die eine Orientierung am Ultramontanismus favorisierten und auf die Bewahrung des »katholischen Milieus« abzielten. Gesamtgesellschaftlich wirkten Liberalisierungstendenzen, die die konservative Ausrichtung infrage stellten, und auf professioneller Ebene war es der Konkurrenz von immer einflussreicheren nicht konfessionellen Institutionen der Kinder- und Jugendfürsorge ausgesetzt, welche auf medizinischen und psychiatrischen Fundamenten aufbauten.

Als versorgende Instanz fungierte neben dem *Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse*, Gemeinde- und Kantonsbehörden, Elternteilen oder Verwandten auch das *Seraphische Liebeswerk* selbst resp. dessen Netzwerk.

Die Übernahme von Kindern aus dem *Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse* erfolgte nachweislich Ende der 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre. Dabei blieben die Akten der Kinder – und damit auch die Kontrolle – bei Alfred Siegfried, dem Leiter des *Hilfswerks*. Ob diese Zusammenarbeit spannungsfrei ablief, konnte ich aus den untersuchten Dokumenten nicht erschließen. Es wurde jedoch deutlich, dass sich die Kritik seitens des *SLW* – sofern welche an Siegfried geäußert wurde – ausschließlich auf seine Methoden bezog, die als kontraproduktiv und kostspielig dargestellt wurden. Die Notwendigkeit, die mobile Lebensweise der Familien zu verhindern, wurde hingegen nicht infrage gestellt.

Zwischen Heimatgemeinden resp. kantonalen Armenabteilungen und dem *Seraphischen Liebes-*

*werk* war die Zusammenarbeit oft eng. In der Schweiz standen die Gemeinden bis in die 1970er Jahre in der Pflicht, ihre Bürgerinnen und Bürger im Armutsfall zu unterstützen. Sie erhofften sich daher möglichst geringe Kosten resp. eine Entbindung von dieser Pflicht durch die günstige Unterbringung der Kinder in katholischen Heimen oder als »Verdingkinder«.<sup>11</sup>

In den meisten Fällen ging die Initiative zur Kindeswegnahme deshalb von der jeweiligen Gemeinde aus, die anschließend das *SLW* um Aufnahme oder wenigstens um eine Beteiligung an den Versorgungskosten für eines oder mehrere Kinder bat. Für die Gemeinden bedeutete eine Zusammenarbeit mit dem *SLW* nicht nur eine Erleichterung ihrer Arbeit in logistischer Hinsicht, sondern brachte vor allem auch eine finanzielle Unterstützung ihres Armenwesens, zumal an das *SLW* übergebene Kinder die Gemeinden deutlich weniger kosteten. Die Zusammenarbeit konnte jedoch auch vom *SLW* initiiert werden und sogar komplizenhafte Züge annehmen. In diesen Fällen kooperierten die Gemeindebehörden umstandslos mit dem *SLW*, teilten unhinterfragt deren Begründungen und kamen deren Forderungen nach.

Teilweise brachten auch jenische Eltern ihre Kinder in seraphische Fürsorge – das Zivilgesetzbuch von 1907 erlaubte in der Tradition der *correction paternelle* des französischen Zivilrechts auch Platzierungen durch die eigenen Eltern.<sup>12</sup> Allerdings befanden sich diese Eltern oft in einer Zwangslage – meist waren es ledige oder geschiedene Mütter, die ihre Kinder ins Heim brachten. Die untersuchten Fallbeispiele zeigen, dass sich die seraphischen Fürsorger\*innen mit viel Aufwand dafür einsetzten, die Kinder von ihren Müttern zu trennen. Anderweitige Unterstützung konnten die betroffenen Frauen nicht erwarten.

Im Rahmen meiner Studie konnte ich schlussendlich zeigen, dass die Initiative für die Kindeswegnahme auch auf Anstrengungen des *Seraphischen Liebeswerks* selbst zurückging. Um Kinder zu finden, die »versorgt« werden sollten, wurde das Netzwerk von katholischen Pfarrpersonen und Förder\*innen genutzt. Pfarrgemeinden wurden gezielt angeschrieben und dazu aufgefordert, nach entsprechenden Familien Ausschau zu halten. Die seraphischen Direktoren und Fürsorgerinnen setzten sich also aktiv und teilweise vehement dafür ein, jenische Kinder zu finden und sie den Eltern wegzunehmen.

Die Beschreibungen der jenischen Eltern und ihrer Kinder in den über sie angelegten Akten

sind durchwirkt von rassistischen, entmenslichenden und essentialisierenden Formulierungen: Sie seien liederlich und arbeitsscheu, kriminell, gewalttätig, »verkommen« und dem Alkohol erlegen. Die Verhaltensweisen der Kinder wurden auf ihre jenische Abstammung zurückgeführt und nicht etwa auf körperliche, geistige und seelische Entwicklungsschritte, auf traumatische Erfahrungen, gewaltsame Lebenssituationen, Ohnmacht und Bedürftigkeit, auf Entwurzelung, Ausbeutung, Missbrauch und Unterdrückung.

Die auf dem Mischansatz aus erblicher Veranlagung und Milieuthorie basierende Logik erlaubte es, die Kindeswegnahmen, die strenge religiöse Erziehung, aber auch ein Scheitern derselben zu legitimieren: Denn hätten die seraphischen Akteur\*innen ausschließlich eugenische Argumente angebracht, wäre es widersinnig gewesen, in die Erziehung der Kinder zu investieren – die Befürwortung von Maßnahmen wie Zwangssterilisation oder gar Euthanasie wäre folgerichtig gewesen, was wiederum gegen die Glaubensprinzipien der Katholik\*innen verstoßen hätte. Wäre man jedoch davon ausgegangen, dass lediglich das Milieu des Elternhauses die »Charakterfehler« der Kinder verursachte, hätte man die Verantwortung für ein Scheitern der katholischen Erziehungsmaßnahmen übernehmen müssen. Das *Seraphische Liebeswerk* orientierte sich also wie auch die damalige Psychiatrie an den im erbbiologischen und eugenischen Diskurs postulierten Annahmen über die »Vagantenfamilien«. Als Katholik\*innen ließen sie den Kindern jedoch die Option offen, durch Gottes Vorbild doch noch zu guten Menschen gemacht zu werden. Auf diese Weise ermöglichte, legitimierte und praktizierte das *Seraphische Liebeswerk* Gewalt und trug so zur Verfolgung der sogenannten »Zigeuner« bei.

### **Die Katholische Fahrendenseelsorge: Jenische als pilgernde »Nomad\*innen«**

Mitte der 1960er Jahre setzte ein Wandel der Positionierung der katholischen Kirche gegenüber den als »Zigeuner« bezeichneten Katholik\*innen ein, der den Anstoß zu einer übergeordneten, spezifischen »Zigeunerseelsorge« gab. In einer Ansprache in der Nähe von Rom drückte Papst Paul VI. den Sinti\*, Roma\* und Jenischen gegenüber erstmals öffentlich die wohlwollende Zuwendung der Kirche aus und empfahl den nationalen Bischofskonferenzen, eine besondere Zielgruppenpastoral aufzubauen.<sup>13</sup> Erste Richtlinien für eine katholische *Zigeuner- und Nomadenseelsorge* wurden dann aber erst 2003 im Anschluss an den fünften Weltkongress der Zigeunerseel-

sorge in Budapest öffentlich vorgestellt, und zwei Jahre später folgte mit den »Orientierungen für eine Pastoral der Zigeuner« die Veröffentlichung der pastoral-theologischen Grundlage für die in der »Zigeunerseelsorge« Tätigen.

Während in Deutschland kurz darauf die Stelle eines Nationaldirektors der *Zigeuner- und Nomadenseelsorge* geschaffen und ab 1970 mit Achim Muth besetzt wurde – Silvia Soback wurde seine Assistentin –,<sup>14</sup> geschah in der Schweiz in dieser Hinsicht lange nicht viel.<sup>15</sup> 1978 setzte die Schweizerische Bischofskonferenz (SBK) eine Pastoralplanungskommission ein, die darüber nachdachte, was die Kirche für die »Zigeuner und Jenischen« tun könnte. Im daraus hervorgehenden Bericht erkannten die Mitglieder dieser Kommission die diskriminierende Behandlung der Jenischen sowie ihre schwierige ökonomische Situation an, die auf Veränderungen im Boden- und Eigentumsrecht, auf die komplexe und mit hohen Kosten verbundene Regelung der Hausierpatente sowie auf den Verlust des Interesses an traditionellen Handwerken im Zuge der Industrialisierung zurückgeführt wurde. Die Absicht des verfassenden Gremiums war nicht, »oberflächliche und paternalistische Fürsorge- und Betreuungsmaßnahmen zu erdenken« – die Adressat\*innen des kirchlichen Handelns sollten zuallererst die »Sesshaften« sein. Daraus ging schlussendlich auch keine spezifische Fürsorge für die Angehörigen der Minderheit hervor. Es ist zu vermuten, dass dieses interne Papier den Ausschlag gab, die Arbeit des Caritas-Verbandes<sup>16</sup> auf die Bedürfnisse von Jenischen auszurichten. Dessen Ziel war zehn Jahre später, »gegenseitige Vorurteile [abzubauen] und Hilfen aus der menschlichen Nähe und Verbundenheit heraus gemeinsam mit den Betroffenen« zu entwickeln.<sup>17</sup> Dabei wurden die von der Pastoralplanungskommission unterbreiteten Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Jenischen und für Aktionen katholischer Institutionen und Akteur\*innen wieder aufgenommen.

Ein katholisches Spezialpfarramt für »Fahrende« im Sinne der päpstlichen »Zigeunerpastoral« wurde mit der *Katholischen Fahrendenseelsorge* erst in den späten 1990er Jahren eingerichtet.<sup>18</sup> Der Erzählung nach wurde diese aber nicht von der katholischen Kirche, sondern von einer jenischen Familie initiiert, die sich mit der Bitte um die Firmung der Familienmitglieder direkt an den Bischof wandte. Dieser verwies die Familie an den Dominikaner-Pater Jean-Bernard Dousse, der bereits Erfahrung mit der Vorbereitung zur Taufe und Firmung von Erwachsenen hatte. In der Fol-

ge entstanden ein Trägerverein sowie ein Pastoralrat, in welchem in beratender Funktion auch Angehörige der Jenischen, Sinti\* und Roma\* vertreten waren.<sup>19</sup> Seit 1999 führt die *Katholische Fahrendenseelsorge* jährlich eine mehrtägige Wallfahrt zum Kloster Einsiedeln durch, um die »Fahrenden« in die Kirche einzubinden. Denn für das Seelsorgeteam steht im Zentrum, dass die neue Klientel aus »Nomad\*innen« besteht, die sich an keinem Ort definitiv niederlassen. Verbunden mit der nomadischen Lebensweise wird die Freiheitsliebe als wichtiges Merkmal gesehen: Auf der Grundlage des Stereotyps wird angenommen, dass »der Nomade« der Freiheit alles andere unterordne, dass er ungezähmt und unstet sei. Zudem sind die Seelsorger\*innen der antiziganistisch geprägten Meinung, die »Fahrenden« übernahmen stets die Religion der Mehrheitsgesellschaft. Ihre Religiosität müsse deshalb von Elementen der Magie und des Aberglaubens »gereinigt« werden, und deshalb sei eine »intelligente und einfache« Theologie gefragt, welche den Glauben »begehrnt« mache.<sup>20</sup> Das Ziel ist, die Jenischen, die als in einer anderen, »fahrenden« Welt lebend wahrgenommen werden, in der eigenen, »sesshaften« Welt zu integrieren.

### Überwindung von antiziganistischen Mechanismen?

Innerhalb der katholischen Kirche kann also in Bezug auf jene Katholik\*innen, die als »Zigeuner«, »Vaganten«, »Fahrende« oder Ähnliches bezeichnet werden, ein Wandel des Modus Operandi konstatiert werden: Anstelle der Korrektur und des Ausschlusses trat nach der päpstlichen Ansprache im September 1965 die Integration. Die Frage ist nun, ob mit diesen Maßnahmen die intrakonfessionelle Diskriminierung dieser Menschen überwunden wurde. Leider ist das nicht der Fall. Nach wie vor wirken bestimmte soziale Prozesse, die das Ungleichgewicht aufrechterhalten zwischen Menschen, die mit »Zigeuner«-Stereotypen bezeichnet oder beschrieben werden (resp. dies selbst tun), und Menschen, die nicht mit »Zigeuner«-Stereotypen in Verbindung gebracht werden, wobei erstere Nachteile oder Gewalt erfahren, in der Hierarchie untergeordnet sind und nicht über die Definitionshoheit verfügen.

Ein Beispiel für einen solchen antiziganistischen Mechanismus sind Konstellationen des Double Bind, die auf antiziganistischen Annahmen basieren. Das Double-Bind-Konzept wurde in den frühen 1970er Jahren von dem Sozialwissenschaftler Gregory Bateson und seinem Team im familien-

therapeutischen Kontext entwickelt und beschreibt dysfunktionale Interaktionen in Abhängigkeitsbeziehungen.<sup>21</sup> Doppelbindungskonstellationen entstehen also in Situationen, in denen eine Gruppe von einer anderen abhängig ist. Die dominante Gruppe sendet dabei inkongruente Botschaften aus, die verschiedene Handlungsanweisungen anordnen, sich aber gegenseitig ausschließen. Für die untergeordnete Gruppe entsteht ein Dilemma, denn jede Entscheidung erweist sich als falsch.

Dieser Mechanismus kann sowohl beim *Seraphischen Liebeswerk* als auch bei der *Katholischen Fahrendenseelsorge* beobachtet werden: In beiden Beispielen basiert der Handlungsansatz gegenüber den Jenischen auf jeweils zwei widersprüchlichen Botschaften. Die Doppelbindung im Fallbeispiel des *Seraphischen Liebeswerks* bestand einerseits aus der Botschaft, die Jenischen seien hinsichtlich ihrer Religiosität, ihrer Sitten und Moral defizitär; sie wurden als erziehungsbedürftige Ungläubige angesehen. Andererseits galten die »Vaganten« als zu »wahrer« Gläubigkeit nicht fähig. Die jenischen »Zöglinge« in seraphischen Institutionen waren daher gefangen in einem unüberwindbaren Zirkel der Alterität: Entweder entsprachen sie dem antiziganistischen Bild des sündigen Heiden oder demjenigen des hinterlistigen Opportunisten. Wenn sich die Kinder und Jugendlichen gegen die gewaltsamen Korrektionsmaßnahmen auflehnten, sahen die Fürsorger\*innen und Erzieher\*innen darin die Bestätigung ihres religiösen Defizits. Verhielten sie sich hingegen fromm und angepasst, wurde ihr Verhalten als zweckorientiert und berechnend wahrgenommen – man unterstellte ihnen, dass sie damit nicht religiöse, sondern eigennützige Ziele wie beispielsweise eine baldige Entlassung oder eine bessere Ausbildung erreichen wollten.

Auch die jenischen Mitglieder der *Katholischen Fahrendenseelsorge* befinden sich in einer Double-Bind-Situation: Ihnen wird einerseits mitgeteilt, dass sie als Zugehörige einer katholischen Pastoralgemeinde Teil der katholischen Kirche seien und als solche ihrem »Anderssein« entkommen könnten. Andererseits erhalten sie die Botschaft, dass sie als »Nomad\*innen« doch grundsätzlich anders seien und spezifische Anforderungen mit sich bringen würden. Ähnlich wie bereits in der Ansprache von Papst Paul VI. im Jahr 1965 werden sie als »ewige Pilger« bezeichnet und somit ermutigt, durch eine überkonforme Religionspraxis ihr Ziel einer vollwertigen und ebenbürtigen Anerkennung als Katholik\*innen trotz ihrer systematischen Benachteiligung zu verfolgen.

Zugleich werden sie auf den damit verbundenen »Nomadismus« festgeschrieben, der sie als »die [...] immer und überall Fremde[n]«<sup>22</sup> von der Anerkennung und der Teilhabe an der Definitivsmacht ausschließt. Jenische Katholik\*innen befinden sich daher in einer Aporie zwischen Teilnahme und Ausschluss: Sie stehen unter massivem Druck, sich als konforme, der kirchlichen Institution nahestehende, »eingefleischte« Katholik\*innen zu beweisen, und zugleich werden ihnen verantwortungsvolle Positionen innerhalb der kirchlichen Hierarchie nach wie vor verwehrt.

Die Jenischen bleiben in diesem Mechanismus stets die Andersartigen, die sich nicht in die normative Ordnung einfügen lassen. Die antiziganistische Struktur wird daher mit dem Wandel, der sich in der katholischen Kirche im Verlauf des 20. Jahrhunderts vollzogen hat, nicht überwunden, sondern weitergetragen. Zwar lassen Dokumente wie der Bericht der Pastoralplanungskommission von 1978 oder der *Caritas* von 1988 hoffen, dass es Stimmen innerhalb der katholischen Kirche gibt, die sich um kritische Selbstreflexion bemühen und ein partnerschaftliches Verhältnis mit Jenischen, Sinti\* und Roma\* anstreben. Sie scheinen sich aber bisher nicht genug Gehör verschafft zu haben, um wirkmächtig zu werden. Und so bleibt noch viel zu tun, bis Jenische, Sinti\* und Roma\* in der katholischen Kirche und ihren Institutionen als ebenbürtige und vollwertige Mitglieder anerkannt werden. Ein Anfang wäre, die kirchlichen Archive zu öffnen und mit antiziganismuskritischer Begleitung auf das vergangene wie auch das gegenwärtige Handeln zu schauen.

## Literatur

Altermatt, Urs (Hrsg.) (2003), *Katholische Denk- und Lebenswelten*. Freiburg (Schweiz): Academic Press.

Altermatt, Urs, Jonas Arnold, Jürg Krummenacher, Stephan Oetterli, Simone Prodolliet und Matthias Schmidhalter (Hrsg.) (2002), *Von der katholischen Milieuorganisation zum sozialen Hilfswerk: 100 Jahre Caritas Schweiz*. Luzern: Caritas-Verlag.

Bateson, Gregory (1972), *Steps to an Ecology of Mind*. Chicago: University of Chicago Press.

Castro Varela, María do Mar und Leila Haghighat (Hrsg.) (2023), *Double Bind postkolonial*. Bielefeld: Transcript.

Dankwortt, Barbara (2008), »Sozialarbeit für ›Zigeuner‹ in den 1960er und 1970er Jahren«, in: Udo Engbring-Romang und Wilhelm Solms (Hrsg.): *Die Stellung der Kirchen zu den deutschen Sinti und Roma*. Marburg: I-Verb.de. S. 67–90.

Dousse, Jean-Bernard und Georges Scherrer (2008), »Die Kirche respektiert den eigenen Termin-Plan der Fahrenden«, *Katholische Internationale Presseagentur*, <https://www.kath.ch/upload/20080730171440.pdf> (25.01.2016).

Galle, Sara (2016), *Kindswegnahmen: Das »Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse« der Stiftung Pro Juventute im Kontext der schweizerischen Jugendfürsorge*. Zürich: Chronos.

Hagen, Carla (2022), *Bekenntnisse zum (Un-)Glauben. Jenische, Seraphische Liebeswerke und Religion in der Schweiz des 20. Jahrhunderts*. Dissertation, Universität Freiburg i. Ue.

Haupt, Gernot (2010), *Überlegungen zu einer Theologie der Roma-Befreiung, Kurzfassung des Referates am 2. Ökumenischen Kirchentag in München, 14.05.2010*, [www.ifsoz.org](http://www.ifsoz.org) (02.01.2022).

Henkelmann, Andreas (2008), *Caritasgeschichte zwischen katholischem Milieu und Wohlfahrtsstaat. Das Seraphische Liebeswerk (1889–1971)*. Paderborn: Schöningh.



Hobbs, Sylvia (2012), Die katholische Seelsorge für die Fahrenden in der Schweiz. Comme l'oiseau sur la branche ..., Masterarbeit, Freiburg (Schweiz): Freiburg.

Huonker, Thomas (1990), Fahrendes Volk – verfolgt und verfehmt. Jenische Lebensläufe. 2. Aufl. Zürich: Limmat Verlag.

Hürlimann, Gisela (2000), Versorge Kinder. Kindswegnahme und Kindsversorgung 1912–1947 am Beispiel des Kinderheims Marianum Menzingen. Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit, Universität Zürich.

Jäggi, Christian J. (1988), Fahrende Menschen in der Schweiz. Eine verkannte Minderheit. Luzern: Caritas Schweiz.

Kelch, Christian (2019), Dr. Hermann Arnold und seine »Zigeuner«. Zur Geschichte der »Grundlagenforschung« gegen Sinti und Roma in Deutschland unter Berücksichtigung der Genese des Antiziganismusbegriffs. Erlangen-Nürnberg: Friedrich-Alexander-Universität.

Leimgruber, Walter, Thomas Meier und Roger Sablonier (1998), Das Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse: Historische Studie aufgrund der Akten der Stiftung Pro Juventute im Schweizerischen Bundesarchiv. Bern: Schweizerisches Bundesarchiv.

Lischer, Markus (2013), »Verdingung«, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016581/2013-03-04/> (05.09.2021).

Morisod, Aude (2008), Eglise de Suisse en monde du voyage. Diplomarbeit, eingereicht am IMF, Fribourg.

Stender, Wolfram (2023), »Über die Schwierigkeit Sozialer Arbeit, nicht rassistisch zu sein«, in: Ders., Rassismuskritik. Stuttgart: Kohlhammer. S. 174–191.

Wartburg, Karin von (2004), »Caritas Christi urget nos«. Das Seraphische Liebeswerk und seine Fürsorgerätigkeit in der Zwischenkriegszeit. Lizenziatsarbeit, Basel: Universität Basel.

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> Siehe z. B. Huonker, 1990; Leimgruber et al., 1998; Galle, 2016.

<sup>2</sup> Die Ausführungen basieren auf meiner Dissertation, die demnächst als Open-Access-Buch bei Seismo erscheinen wird.

<sup>3</sup> Im Gegensatz dazu existierte bereits ab 1913 die evangelische Schweizerische Zigeunermission (SZM), deren Ziel es war, die »armen Zigeuner« zu missionieren. Sie war mit verschiedenen »Zigeunermissionen« in ganz Europa gut vernetzt, unter anderem auch mit Pastor Thieme aus Berlin und seinem »treuen Zigeunermissionar« Kurt Süßkind sowie mit Frieda Zeller-Plinzner und ihrem »Zigeunerschützling« Jajja Sattler (Hagen, 2022).

<sup>4</sup> Dieser Vorwurf tauchte bereits im 15. Jahrhundert in Chroniken auf. Hier liegt ein Zitat von Johann Ludwig Schöll (1789, S. 283) zugrunde, dem Verfasser einer der ersten ethnographischen Beschreibungen vagierender Bevölkerungsgruppen.

<sup>5</sup> Der Drittorden organisierte sich in der Schweiz in verschiedenen, voneinander unabhängigen Sektionen. Im Rahmen der vorliegenden Studie wurden die beiden größten Sektionen, Solothurn und Luzern, untersucht. Da lediglich strukturelle, nicht aber ideologische Differenzen festgestellt werden konnten, ist hier vom Seraphischen Liebeswerk im Singular die Rede.

<sup>6</sup> Zur Entstehungsgeschichte des Seraphischen Liebeswerks in Deutschland siehe Henkelmann, 2008; zur Entstehung in der Schweiz siehe von Wartburg, 2004.

<sup>7</sup> Siehe Hürlimann, 2000.

<sup>8</sup> Diese Sichtweise auf die Jenischen sowie auch die Wortwahl erinnern an Robert Ritters Habilitationsschrift zum »jenischen Menschenschlag«. Inwiefern dieses Werk zur Lektüre der Fürsorger\*innen und Direktor\*innen gehörte, konnte im Rahmen dieser Studie allerdings nicht belegt werden.

<sup>9</sup> Da keine Dokumentation über eine allfällige vorherige Taufe vorlag, hat man die Taufe vorgenommen – in der Annahme, die Kinder seien noch nicht getauft.

<sup>10</sup> Zur Entwicklung des Schweizer Katholizismus siehe beispielsweise Altermatt, 2003.

<sup>11</sup> Die sogenannte »Verdingung« war eine seit dem 19. Jahrhundert in der Schweiz verbreitete – da günstige – Form der Fremdplatzierung von Kindern. Uneheliche, verwaiste oder von Armut betroffene Kinder wurden in fremde Familien gegeben, wo sie Arbeitsleistungen erbringen mussten. Sie wurden meistens in Bauernfamilien platziert, die ihrerseits ebenfalls unter starkem ökonomischem Druck standen. Siehe Lischer, 2013.

<sup>12</sup> Lengwiler et al., 2013, S. 25.

<sup>13</sup> Mit einer Wallfahrt nach Rom gedenken katholische Sinti\*, Roma\* und Jenische jährlich des Zusammentreffens mit dem Papst in Pomezia.

<sup>14</sup> Zu Achim Muth und Silvia Sobeck siehe Danckwortt, 2008 und Stender, 2023.

<sup>15</sup> In den 1960er- und 70er-Jahren scheint es eine katholische Nomaden-seelsorge gegeben zu haben, über deren Wirken und Ende ich jedoch

aufgrund des eingeschränkten Zugangs zu Archiven der SBK nicht mehr in Erfahrung bringen konnte.

<sup>16</sup> Der Caritas-Verband ging zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus einem Zusammenschluss verschiedenster katholischer Fürsorgewerke hervor, die zwar im ausgehenden 19. Jahrhundert eine Lücke im Wohlfahrtswesen des Schweizer Staates füllten, jedoch stark zersplittert waren. Zur Geschichte des Verbandes siehe *Altermatt et al.*, 2002.

<sup>17</sup> *Jäggi*, 1988, S. 1.

<sup>18</sup> Zur Katholischen Fahrendenseelsorge siehe *Dousse*, 2001; *Dousse & Scherrer*, 2008; *Morisod*, 2008; *Hobbs*, 2012.

<sup>19</sup> Im Jahr 2011 wurde mit einem Jenischen erstmals ein Angehöriger der Minderheit Präsident, wobei zugleich die Aufgabe der Koordination der Seelsorge vom Präsidenschaftsamt getrennt wurde. Siehe *Hobbs*, 2012, S. 61.

<sup>20</sup> *Morisod*, 2008.

<sup>21</sup> *Bateson*, 1972. Siehe auch *Castro Varela und Haghghat*, 2023.

<sup>22</sup> Papst Paul VI., »Hl. Messe anlässlich des Internationalen Treffens der Zigeuner bei Pomezia«, 26.9.1965, deutsche Übersetzung siehe *Haupt*, 2010.

